

**7. Sitzung des Gemeindeparlamentes,  
Donnerstag, 24. Juni 2008,  
Stadthaus, Ratsaal,  
Sitzungsdauer: 18.00 Uhr – 21.20 Uhr**

Anwesend sind: 46 Ratsmitglieder (von 50 Mitgliedern)

Sozialdemokratische Partei:

1. Dr. Markus Ammann, 2. Ursula Amsler Celidonio, 3. Käthi Bolzern, 4. Rolf Braun,  
5. Lukas Derendinger, 6. Werner Good, 7. Brigitte Kissling, 8. Thomas Marbet,  
9. Rudolf Moor, 10. Markus Oegerli, 11. Brigitte Rosselet, 12. Luzia Stocker Rötheli,  
13. Dr. Arnold Uebelhart, 14. Dieter Ulrich, 15. Lea von Wartburg, 16. Caroline  
Wernli Amoser

Freisinnig-demokratische Partei:

1. Mario Clematide, 2. Heinz Eng, 3. Thomas Frey, 4. Alexandra Kämpf, 5. Urs Knapp,  
6. Stefan Nünlist, 7. Dr. Max Pfenninger, 8. Daniel Probst, 9. Rolf Schmid, 10. Arthur Spring,  
11. René Wernli, 12. Christian Wüthrich

Christlichdemokratische Volkspartei:

1. Georg Dinkel, 2. Antonia Hagmann, 3. Daniel Joss, 4. Patrick Kissling, 5. Nadja Rhiner,  
6. Armand Weissen

Schweizerische Volkspartei:

1. Marcel Buck, 2. André Köstli, 3. Rudolf Lutz, 4. Rolf Sommer, 5. Christian Werner

Grüne Olten:

1. Anita Huber, 2. Iris Schelbert, 3. Theo Schöni, 4. Felix Wettstein

Evangelische Volkspartei Olten:

1. Stephan Hodonou

Junge Alternative:

1. Anna Engeler, 2. Jonas Hertner (ab 20.00 Uhr)

Stadtrat:

Ernst Zingg, Stadtpräsident  
Silvia Forster, Vize-Präsidentin, Baudirektion  
Doris Rauber, Direktion Öffentliche Sicherheit  
Peter Schafer, Direktion Soziales  
Dr. Martin Wey, Direktion Bildung und Sport  
Markus Dietler, Stadtschreiber

Ferner anwesend:  
Adrian Balz, Verwaltungsleiter Baudirektion  
Roger Galliker, Leiter Publikumsdienste  
Roland Giger, Rektor  
Urs Husi, Finanzverwalter-Stellvertreter  
Peter Kohler, Finanzverwalter  
Mario Schenker, Controller  
Christian Winiger, Rechtskonsulent

Entschuldigt abwesend:  
Andreas Schibli  
Nico Zila  
Heidi Ehram  
Roland Rudolf von Rohr

Vorsitz: Iris Schelbert

Protokollführerin: Erika Brunner, Leiterin Stadtkanzlei

\* \* \*

#### Geschäfte:

1. Mitteilungen
  - \* 1a Gemeindeparlament/Demissionen
  2. Jugendkommission/Demission
  3. Kommission für Alters- und Gesundheitsfragen/Ersatzwahl
  - \* 3a Dringliche Motion SVP-Fraktion betr. Provisorische Schliessung Alkoholikertreff und Kündigung Leistungsauftrag mit OGG/Frage der Dringlichkeit
  - \* 3b Dringliche Interpellation SVP-Fraktion betr. Integration der Stadtpolizei in die Kantonspolizei/Frage der Dringlichkeit
  4. Einwohnergemeinde Olten, Rechnungen und Verwaltungsberichte 2007/Genehmigung
  5. Stadttheater Olten AG, Leistungsvereinbarung/Kenntnisnahme und Verpflichtungskredit/Bewilligung
  6. Direktion Öffentliche Sicherheit, Abteilung Publikumsdienste/Stellenbewilligung und Nachtragskredit
  7. Pensionskassen-Statuten, Präzisierung Art. 16/Teilrevision
  8. Stadtentwicklung Olten, weiteres Vorgehen/Kenntnisnahme
  9. Disziplinarverfahren gegen Doris Rauber/Behandlung des Antrages der Disziplinaruntersuchungskommission (DUK) (Antrag Parlamentsbüro auf nichtöffentliche Verhandlung)
  10. Wahl des Büros für die Amtsperiode 2008/09
  11. Schlussrede der abtretenden Parlamentspräsidentin
- \* Ergänzung der Traktandenliste

\* \* \*

**Parlamentspräsidentin Iris Schelbert:** Geschätzte Damen und Herren Stadträte, liebe Kolleginnen und Kollegen Gemeinderäte, werte Medienvertreterinnen und Medienvertreter, liebe Gäste, ich begrüsse Euch ganz herzlich zur letzten Gemeinderatssitzung vor der Sommerpause.

\* \* \*

# Mitteilungen

**Iris Schelbert:**

## Dringliche Vorstösse

Ihr habt zwei dringliche Vorstösse, eingereicht von der Fraktion SVP, auf dem Tisch. Wir werden nach Traktandum 3 über die Dringlichkeit abstimmen. Sollten sie als dringlich erklärt werden, würden wir sie nach Traktandum 9 behandeln.

\* \* \*

## Unterlagen

Weiter habt Ihr auf dem Tisch: Jahresbericht und Jahresrechnung 2007 der Stadttheater Olten AG und praktisch noch warm und druckfrisch das Leitbild der Stadt Olten, wunderschön und originell gestaltet. Man kann Freude daran haben.

\* \* \*

## Vorstösse/Eingang

- Dringliche Interpellation Marcel Buck (SVP-Fraktion) betr. Integration der Stadtpolizei in die Kantonspolizei
- Dringliche Motion Marcel Buck (SVP-Fraktion) betr. Provisorische Schliessung Alkoholikertreff und Kündigung Leistungsauftrag mit OGG
- Motion Iris Schelbert-Widmer und Mitunterzeichnende der Fraktion GO/JA betr. Zeitlich vorgezogene Erstellung eines Parkleitsystems unabhängig vom Bau eines Parkhauses
- Postulat Iris Schelbert-Widmer und Mitunterzeichnende der Fraktion GO/JA betr. Bedarfsgerechtere Büro- und Schalteröffnungszeiten
- Motion Felix Wettstein und Mitunterzeichnende der Fraktion GO/JA betr. Pausenplatz für das Hübelischulhaus offen halten und sichern
- Postulat Ruedi Moor und Mitunterzeichnende betr. Fussweg östliches Aareufer Richtung Aarburg

\* \* \*

## Petition betr. Beibehaltung und Sanierung der Fussgängerunterführung Bifang, eingereicht am 23. Mai 2008

Der Petition ist stattgegeben worden.

\* \* \*

## Demissionen Gemeindeparlament

Ich muss zwei Demissionen ankündigen. Wir werden sie vor Traktandum 2 genehmigen.

\* \* \*

Beilage:  
Vorstosstexte

# AUSZUG

aus dem Protokoll  
des Gemeindeparlamentes  
der Stadt Olten

vom 24. Juni 2008

Akten-Nr. 16/4

Prot.-Nr. 87

## Gemeindeparlament/Demissionen

### Parlamentspräsidentin Iris Schelbert:

Am 15. Juni 2008 hat Rolf Sommer (SVP) per 30. Juni 2008 demissioniert. Er kann auf 19 Jahre als Gemeinderat zurück blicken, mit gemischten Gefühlen von Anerkennung, aber auch so: Nicht immer erreicht, was er gerne gewollt hätte. Ich glaube, es ist alles dabei.

Weiter hat am 18. Juni 2008 Arthur Spring (FdP) aus beruflichen Gründen ebenfalls per 30. Juni 2008 demissioniert.

### Beschluss

Die Demissionen von Herrn Rolf Sommer (SVP) und Herrn Arthur Spring (FdP) werden so zur Kenntnis genommen und genehmigt.

- - - - -

**Parlamentspräsidentin Iris Schelbert:** Ich darf das Wort jetzt dem Noch-1. Vizepräsidenten Werner Good geben.

### Werner Good:

Nadja Rhiner: Ebenfalls zum letzten Mal bist Du heute bei uns. Im August 2005 bist Du mit allen anderen im Parlament vereidigt worden. Mit Deinen Erfahrungen und Kenntnissen aus Deinem Berufsleben hast Du in diesem Parlament pointiert argumentiert auch den Standpunkt aus der Finanzwelt vorgetragen. Weniger aus der Gastronomie, wo Du ja jetzt tätig bist. Ich habe dies sehr geschätzt. Im Namen aller Parlamentarierinnen und Parlamentarier danke ich Dir für Dein politisches Engagement und wünsche Dir und Deiner Familie am neuen Domizil viel Glück, Freude und Zufriedenheit und im beruflichen Leben wieder Erfüllung und Deinem Bankinstitut neue Zuversicht.

Rolf Sommer: Du bist im Jahre 1997 ins Parlament gekommen. Du schreibst zwar von 19 Jahren. Von der Kanzlei habe ich die Angabe 1997 erhalten. Also haben sie die Jahre vorher nicht gerechnet. Du schreibst in Deinem Abschiedsschreiben an das Parlament, dass Du an Deiner Gemeinderevision mitgearbeitet hast und dort nicht alles durchgebracht hast, was Du wolltest. Dich schmerzt immer noch, dass die Konsultativabstimmung nie durchgeführt wird. Du weist auch darauf hin, dass Du vorausblickende Politik geführt hast, manchmal etwas zu früh. Hier hast Du auf Deine Motion betreffend Begabtenförderung hingewiesen. Es sei auch einiges von Dir sabotiert worden. Hier kommt Dir wieder die Sportpark Olten SüdWest in den Sinn. Rolf, ich habe Deine Voten nicht immer ganz verstanden. Aber ich habe gewusst, sie haben einen inneren Kern, einen wahren Kern. Vielleicht ist ab und zu die Verpackung nicht ganz so gewesen, dass Du eben nicht immer angekommen bist. Ich danke für das, was Du hier geleistet hast, auch jetzt als Ein-Mann-Fraktion, und wünsche Dir für die Zukunft alles Gute.

Arthur Spring: Du hast geschrieben, dass die Arbeitsbelastung einer neuen beruflichen Herausforderung Dich zwingt, vorzeitig aus diesem Parlament auszutreten. Du bist seit 2003 im Gemeinderat. Seit dieser Amtsperiode bist Du Mitglied des Büros und zählst die Stimmen der Grünen/Alternativen und der CVP/EVP. Im Büro habe ich Dich als engagierten und überlegten Politiker kennen- und auch schätzen gelernt, der sich gerade auch mit Reglementen auseinander setzt. Im Namen aller Parlamentarierinnen und Parlamentarierer danke ich Dir für Deinen Einsatz und Dein politisches Mitdenken. Auch Dir wünsche ich für die Zukunft im Beruf, aber auch im privaten Leben alles Gute.

Es folgt Applaus.

**Parlamentspräsidentin Iris Schelbert** bedankt sich bei Werner Good.

Mitteilung an:

Frau Nadja Rhiner, Höhenstrasse West 17, 4600 Olten

Herrn Rolf Sommer, Krummackerweg 35, 4600 Olten

Herrn Arthur Spring, Fustlighalde 17, 4600 Olten

Kommissionenverzeichnis

Kanzleiakten

Verteilt am:

# AUSZUG

aus dem Protokoll  
des Gemeindeparlamentes  
der Stadt Olten

vom 24. Juni 2008

Akten-Nr. 16/14

Prot.-Nr. 88

## Jugendkommission/Demission

Für die Jugendkommission ist eine Demission zu verzeichnen. Es handelt sich dabei um folgende zu genehmigende Mutation:

Mit Schreiben vom 4. Juni 2008 reicht Patric Küng (FdP) seinen Rücktritt als Mitglied der Jugendkommission ein.

Das Parlamentbüro beantragt dem Gemeindeparlament, die Demission von Patric Küng (FdP) zu genehmigen.

### Beschluss

Einstimmig fasst das Parlament folgenden Beschluss:

Die Demission von Herrn Patric Küng (FdP) wird einstimmig genehmigt.

- - - - -

**Parlamentspräsidentin Iris Schelbert:** Wir verdanken selbstverständlich auch den Kommissionsmitgliedern ihre Arbeit herzlich.

Mitteilung:  
Herrn Patric Küng, Fustligweg 25, 4600 Olten  
Direktion Bildung und Sport  
Kommissionenverzeichnis  
Kanzleiakten

Verteilt am:

# AUSZUG

aus dem Protokoll  
des Gemeindeparlamentes  
der Stadt Olten

vom 24. Juni 2008

Akten-Nr. 16/8

Prot.-Nr. 89

---

## **Kommission für Alters- und Gesundheitsfragen/Ersatzwahl**

Für die Kommission für Alters- und Gesundheitsfragen ist eine Ersatzwahl zu verzeichnen. Es handelt sich dabei um folgende zu genehmigende Mutation:

Als Ersatz für Daniel Wermelinger schlägt die SP Ursula Ulrich, Riggerbachstrasse 60, als neues Mitglied der Kommission für Alters- und Gesundheitsfragen zur Wahl vor.

Das Parlamentbüro beantragt dem Gemeindeparlament, die Ersatzwahl von Ursula Ulrich (SP) zu genehmigen.

### **Beschluss**

Einstimmig fasst das Parlament folgenden Beschluss:

Die Ersatzwahl von Frau Ursula Ulrich (SP) wird einstimmig genehmigt.

Mitteilung:

Frau Ursula Ulrich, Riggerbachstrasse 60, 4600 Olten (durch Brief Stadtkanzlei)  
Oberamt Olten-Gösgen, Amthausquai 23, 4600 Olten  
Direktion Soziales  
Kommissionenverzeichnis  
Kanzleiakten

Verteilt am:

# AUSZUG

aus dem Protokoll  
des Gemeindeparlamentes  
der Stadt Olten

vom 24. Juni 2008

Akten-Nr. 14/14

Prot.-Nr. 90

## **Dringliche Motion Marcel Buck (SVP) betr. Provisorische Schliessung Alkoholikertreff und Kündigung Leistungsauftrag mit OGG/Frage der Dringlichkeit**

**Marcel Buck:** Uns ist bewusst, dass wir mit dieser Motion einen schweren Stand im Gemeinderat haben werden. Die einen sehen in der aktuellen Verlagerungstaktik eine Säuberungsaktion von Randständigen von öffentlichen Plätzen. Die anderen sind durch ihre rosa Sozialbrille derart abgehoben, dass sie die wirklichen Probleme nicht wirklich sehen. Aber hier kommt uns für einmal das Sozialgesetz des Kantons Solothurn zu Hilfe. In Kapitel 6 „Suchthilfe“ Artikel 135 steht: „Ziel und Zweck der Suchthilfe ist eine Förderung der suchtarmlen Lebensweise, die befähigt, sinnvoll und vernünftig mit Suchtmitteln umzugehen“. Weiter steht im gleichen Artikel „dass die Suchthilfen für die Vorbeugung von Abhängigkeiten zuständig sind“ und „sorgen dafür, dass die individuellen, sozialen und gesundheitlichen Auswirkungen des Suchtmittelmissbrauchs vermindert werden sollen“. Somit ist ganz klar, dass unsere Art, ein Alkistübli zu betreiben, dem Gesetz widerspricht und deshalb sofort geschlossen werden muss. Wir laufen ansonsten Gefahr, dass, wenn die dringliche Motion nicht angenommen werden sollte, der Kanton mit rechtlichen Schritten eingreifen wird. Die Frage stellt sich mir somit: Sieht man diese Probleme nicht oder will man sie nicht sehen? Weitere Begründungen zur Dringlichkeit entnehmen Sie der Motion selber. Besten Dank.

**Stadtrat Peter Schafer:** Am 21. November 2007 hat das Gemeindeparlament mit 40 : 4 Stimmen bei 2 Enthaltungen dem Beschluss zugestimmt, für das Alkistübli einen Kredit zu bewilligen. Die SVP hat jetzt eine dringliche Motion eingereicht, welche die Schliessung dieses Alkistübli beantragt. Die Motionäre wollen gemäss Satz 1 der Begründung den Betrieb der Suchthilfe gewährleisten. Deshalb sei die Motion dringlich zu überweisen. Diese Schlussfolgerung kann nicht logisch nachvollzogen werden, weil der Betrieb ja gewährleistet ist. Das Alkistübli ist ein zusätzliches Projekt, das über die Suchthilfe läuft. Aber es ist zusätzlich. Die gesetzlichen Bestimmungen, die Marcel Buck vorher aufgezeigt hat, funktionieren nach wie vor. Dort gibt es überhaupt keine Probleme. Auch die weiteren Ausführungen, etwa, dass sich die Einwohnergemeinde als Verschönerungsverein sieht, indem sie Randständige mit subventioniertem Billigbier von öffentlichen Plätzen fernhalte, begründen eine dringliche Behandlung dieses Geschäfts nicht. Tatsächlich ist es das Ziel der Einwohnergemeinde, den randständigen und suchtkranken Menschen einen Ort anzubieten, wo sie sich aufhalten können. Festzuhalten ist allerdings, dass nicht das Bier subventioniert, sondern zum Selbstkostenpreis abgegeben wird. Der Betrag der Stadt Olten ist für die zusätzlich notwendige Betreuung vor Ort. Diesen Betrag müsste man auch zahlen, wenn die suchtkranken Leute den Alkohol selber mitnehmen würden. Nächsten Samstag werden alle Gelegenheit haben – es ist Tag der offenen Tür im Alkistübli der Suchthilfe – sich selber einmal ein Bild zu machen. Es ist von 10 bis 17 Uhr geöffnet. Alle sind eingeladen.

**Luzia Stocker Rötheli:** Peter Schafer hat es eigentlich schon gesagt. Seit der Behandlung der Vorlage hat es aus unserer Sicht keine neuen Fakten gegeben. Das Parlament hat diesem Alkoholikertreff mit einer sehr grossen Mehrheit zugestimmt. Peter Schafer hat es auch schon gesagt: Das Bier wird nicht subventioniert. Es wird zum Selbstkostenpreis abgegeben. Das heisst, es ist so nicht richtig. Uns sind auch keine Beschwerden aus der Anwohnerschaft bekannt. Man kann im Gegenteil sagen, dass der Treff bewirkt hat, dass sich die Szene dort konzentriert, wenn auch nicht immer ganz unproblematisch.

Aber ich denke, das ist halt so. Aber sie konzentriert sich bei der Suchhilfe mit dem entsprechenden präventiven und beratenden Angebot, was wir sehr sinnvoll finden. Also ist aus unserer Sicht nicht nötig, den Entscheid des Parlaments in irgend einer Form rückgängig zu machen. Wenn schon, würden wir von der SVP einen konkreten Vorschlag erwarten. Dieser liegt nicht vor. Aus diesen Gründen sind wir gegen die Dringlichkeit.

### **Beschluss**

Mit 37 : 4 Stimmen bei 1 Enthaltung wird die Dringlichkeit abgelehnt.

Mitteilung an:  
Kanzleiakten

Verteilt am:

# AUSZUG

aus dem Protokoll  
des Gemeindeparlamentes  
der Stadt Olten

vom 24. Juni 2008

Akten-Nr. 35/9

Prot.-Nr. 91

## **Dringliche Interpellation Marcel Buck (SVP) und Mitunterzeichnende betr. Integration der Stadtpolizei in die Kantonspolizei/Frage der Dringlichkeit**

**Marcel Buck:** Die Begründung zur Dringlichkeit: Wie schon in der Begründung zur Dringlichkeit gesagt oder geschrieben, hat der Stadtrat das Vorgehen in seiner Beantwortung unserer ersten Interpellation selber vorgeschlagen. Wir vermuten aber, dass bis jetzt in dieser Angelegenheit nichts oder nur sehr wenig gegangen ist. Mit unserer dringlichen Interpellation geben wir dem Stadtrat Gelegenheit, jetzt zu handeln, so dass es nicht zu weiteren Verzögerungen kommt. Ebenfalls wollen wir durch die Beantwortung prüfen, welches geeignete politische Mittel zu ergreifen wäre und was die Voraussetzungen dazu sein könnten. Da wir heute die letzte Sitzung vor den grossen Ferien haben – die nächste Gemeinderatssitzung wird erst wieder im September stattfinden – wäre es aus Seriositätsgründen nötig, dass wir diese Antworten heute erhalten würden. Ein weiteres Problem sehen wir, falls die Dringlichkeit nicht angenommen werden sollte, dass weitere sechs Monate ungenutzt verstreichen würden und somit zusätzliche Abwanderungen von Stadtpolizisten zur Kantonspolizei folgen würden. Wir wissen aus einschlägigen Kreisen, dass sich diverse Personen aktuell mit diesem Thema beschäftigen. Somit nützen wir doch die Dringlichkeit, um ein sicherheitspolitisches Risiko einer Unterdotierung bei der Polizei zu verhindern und ein wichtiges Zeichen für die Polizisten und die Bevölkerung zu setzen.

**Stadträtin Doris Rauber:** Diese Interpellation ist nach Ansicht des Stadtrates absolut nicht dringlich. Das Projekt „Sicherheitsstruktur im Kanton Solothurn“ ist am Laufen. Die drei Städte Olten, Grenchen, Solothurn, der Einwohnergemeindeverband und der Kanton sind alle in dieses Projekt involviert. Man muss ganz klar festhalten, dass die Federführung beim Kanton liegt. Mit dieser dringlichen Interpellation ändert gar nichts am Tempo des Projektes. Deshalb lehnt der Stadtrat diese Dringlichkeit auch ab.

**Rudolf Moor:** Wir von der SP lehnen die Dringlichkeit hier ganz klar ab, und zwar sehen wir keinen Grund, weshalb es dringlich sein soll. Die Polizeiarbeit funktioniert eigentlich seit Jahrzehnten, und hier haben wir den Eindruck, dass es jetzt auf einen Monat mehr oder weniger auch nicht ankommt. Wir sind auch der Meinung, die Fragen könnten eigentlich, wenn sie doch so dringend sind, eben so gut in der GPK beantwortet werden. Ein Grund mehr, weshalb es aus unserer Sicht überhaupt keinen Grund gibt, das Geschäft dringlich zu behandeln.

**Stefan Nünlist:** Wir lehnen die Dringlichkeit auch ab, gestützt auf die Begründung, die Doris Rauber gegeben hat. Wir würden es aber als wichtig ansehen, dass die Interpellation vor dem Budget beantwortet wird, weil es im Budget ja zusätzliche Stellen für die Stadtpolizei gibt. Die Interpellation müsste nach unserer Ansicht eigentlich vor diesem Hintergrund bis dann beantwortet werden.

### **Beschluss**

Mit 35 : 4 Stimmen bei 1 Enthaltung wird die Dringlichkeit abgelehnt.

Mitteilung an:  
Kanzleiakten

Verteilt am:

# AUSZUG

aus dem Protokoll  
des Gemeindeparlamentes  
der Stadt Olten

vom 24. Juni 2008

Akten-Nr. 13/13

Prot.-Nr. 92

## Einwohnergemeinde Olten, Rechnungen und Verwaltungsberichte 2007/Genehmigung

Ein in diesem Ausmass unerwartetes Steueraufkommen ergibt wiederum ein Rekordergebnis. Die gute Wirtschaftslage und Rekordergebnisse der Firmen liessen die Steuererträge aus Gewinn- und Kapital reichlich fliessen, dies zur Freude der Steuerzahlenden in Olten. Ebenso erfreulich ist die gute Haushaltsdisziplin, haben doch viele Bereiche besser als budgetiert abgeschlossen.

Sehr geehrte Frau Präsidentin  
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Stadtrat unterbreitet Ihnen hiermit die Jahresrechnungen und den Verwaltungsbericht für das Rechnungsjahr 2007.

### Resultatübersicht

Wie der Bund, viele Kantone und Gemeinden schliesst die Jahresrechnung der Stadt Olten erneut und ebenfalls dank hohen Steuererträgen mit einem Rekordüberschuss ab. Höhere Steuereinnahmen waren aufgrund der letzten Betriebsergebnisse zwar erwartet worden, allerdings nie in einem solchen Ausmass. Auch wenn der hohe Überschuss vorwiegend mit den Mehreinnahmen aus Gewinn- und Kapitalsteuern begründet wird, dürfen die anderen Erfolgsfaktoren nicht unerwähnt bleiben. So haben nebst der guten Wirtschaftslage die gute Haushaltsdisziplin, der markante Schuldenabbau und die tieferen Investitionsausgaben ebenso die Rechnung positiv beeinflusst. Sowohl das Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit wie auch das operative Ergebnis vor Steuern haben die Budgetwerte um 1,5 Millionen bzw. um 3,3 Millionen Franken unterschritten.

<b>Gestufferter Erfolgsausweis in Tausend CHF</b>	<b>Rechnung 2007</b>	Budget	Abweichung
<b>3 Betrieblicher Aufwand vor Abschreibungen</b>	<b>97'427</b>	<b>99'527</b>	<b>-2'100</b>
30 Personalaufwand	48'033	48'646	-613
31 Sachaufwand	16'011	16'282	-271
35 Entschädigungen Gemeinwesen	4'277	4'451	-174
36 Beiträge	27'889	28'887	-998
38 Einlagen in Spezialfinanzierungen	1'217	1'261	-44

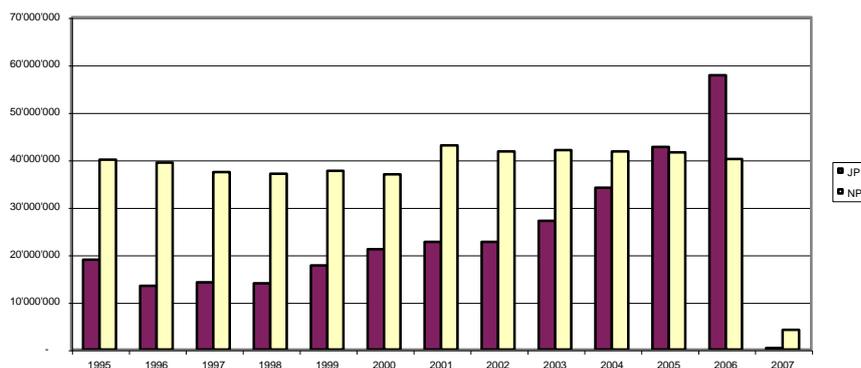
<b>4 Betrieblicher Ertrag vor Steuern</b>	<b>38'269</b>	<b>38'854</b>	<b>-585</b>
41 Regalien und Konzessionen	146	147	-1
43 Entgelte	18'091	20'493	-2'402
45 Rückerstattungen	6'307	6'811	-504
46 Beiträge für eigene Rechnungen	13'521	11'161	2'360
48 Entnahmen aus Spezialfinanzierungen	204	242	-38
<b>Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit</b>	<b>-59'158</b>	<b>-60'673</b>	<b>1'515</b>
vor Abschreibungen und Steuern			
<b>Ergebnis aus Finanzierung</b>	<b>-6'621</b>	<b>-8'419</b>	<b>1'798</b>
32 Passivzinsen (Finanzaufwand)	-3'043	-5'070	2'027
33 Abschreibungen (Finanzaufwand)	-10'161	-8'020	-2'141
42 Vermögenserträge (Finanzertrag)	6'583	4'671	1'912
<b>Operatives Ergebnis vor Steuern</b>	<b>-65'779</b>	<b>-69'092</b>	<b>3'313</b>
<b>40 Steuerertrag</b>	<b>104'878</b>	<b>71'502</b>	<b>33'376</b>
<b>Operatives Ergebnis nach Steuern</b>	<b>39'099</b>	<b>2'410</b>	<b>36'689</b>

Nachfolgend die relevanten Abweichungen zu den einzelnen Sacharten:

- 30 Vorlage Besoldungsrevision verschoben bzw. an der Urne abgelehnt
- 31 Recht gute Haushaltsdisziplin
- 35 weniger Schulgelder für Sonderschulen
- 36 weniger Kantonsbeiträge für den öffentlichen Verkehr (Neuregelung Kostenverteiler bzw. weniger hohe Belastung im Leistungsfeld Ergänzungsleistungen zum Ausgleich der Kostenneutralität nach Gesetz Aufgabenreform Soziale Sicherheit)
- 43 Rückerstattungen für Sozialhilfe zu hoch budgetiert, kompensiert mit Mehrertrag aus Lastenausgleich (vgl. Sachart 46)
- 45 zu hoch budgetierte Schulgelder für Heilpädagogische Sonderschule (kein Einfluss auf Rechnungsergebnis, da Spezialfinanzierung)
- 46 vgl. dazu Begründung zur Sachart 43
- 32 weniger Darlehenszinsen zufolge Schuldenabbau (hohes Steueraufkommen)
- 33 inkl. zusätzliche Abschreibungen aus Buchgewinnen
- 42 Buchgewinne aus Liegenschaften- und Landverkäufen
- 40 ausserordentlich hoher Steuerertrag aus Gewinn- und Kapitalsteuern

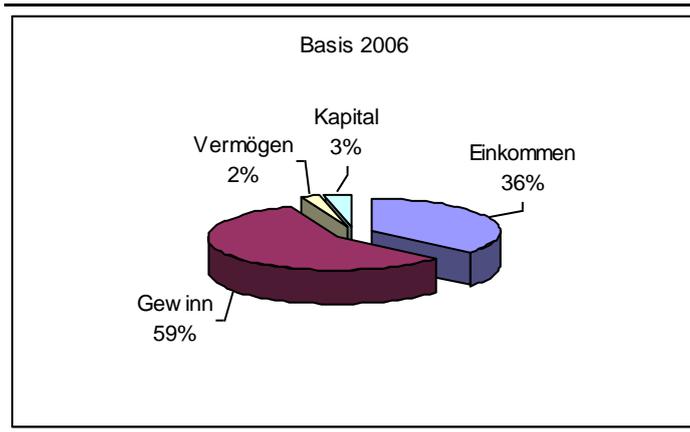
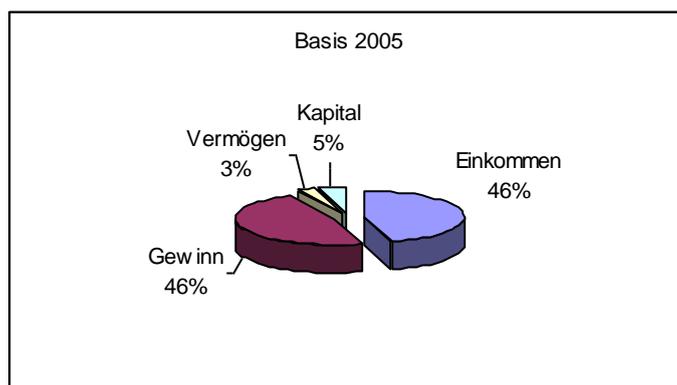
Die nachstehende Grafik zeigt die Entwicklung des kumulierten veranlagten Steueraufkommens. Während die Balken NP (Natürliche Personen) weniger stark abweichen, zeigen die Werte von JP (Juristische Personen) markante Veränderungen auf. Da zum Zeitpunkt der Rechnungsablage praktisch noch keine gesicherten (veranlagten) Angaben verfügbar sind, basiert der Ertrag für das Steuerjahr 2007 auf Hochrechnungen bzw. Schätzungen. Aus verständlichen Gründen kann auch das Steueramt des Kantons Solothurn als Veranlagungsbehörde den Gemeinden keine allgemeinen Empfehlungen abgeben. Die Ertragskorrekturen - Differenz zwischen Veranlagung/Vorbezug werden in den nächsten Rechnungsablagen ersichtlich.

### veranlagte Steuern



Die Schätzung des Steuerertrages für die Gewinn- und Kapitalsteuern ist und bleibt eine recht schwierige Angelegenheit, können doch viele Faktoren die Ergebnisse rasch und stark – positiv wie negativ - beeinflussen. Schon öfters haben sich Prognosen als unrealistisch erwiesen und mussten kurzfristig den neuen Gegebenheiten angepasst werden. Rekordgewinne bringen hohe Erträge in die Rechnungen der öffentlichen Haushalte. Krisen hingegen können diesen Haushalt sehr rasch wieder merklich belasten. So wird die letzte, noch nicht ausgestandene Finanzkrise (Subprime-Krise) weite Kreise ziehen und die nächsten Ergebnisse der öffentlichen Haushalte spürbar negativ beeinflussen. Auch die Ölkrise ist noch nicht ausgestanden.

Interessant ist auch die Steuerstatistik der letzten Veranlagungsjahre 2005 und 2006. Sie zeigen auf, dass der Steuerertrag über 90 % aus Einkommen und Gewinn resultiert und der Anteil aus Vermögens- und Kapitalsteuern verhältnismässig einen kleinen Anteil ausmacht. Das Steueraufkommen der Stadt Olten ist sehr stark von einigen wenigen Firmen abhängig.



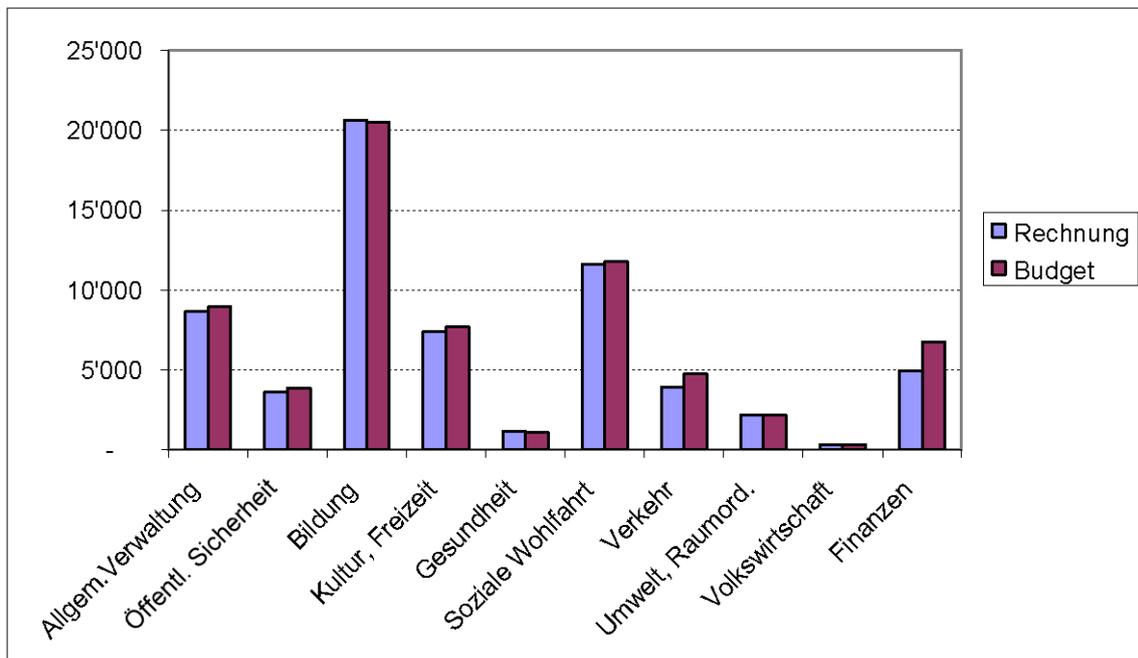
Der hohe Anteil an Gewinnsteuern im Jahre 2006 ist auf einmalige Sondereffekte zurückzuführen. Noch vor wenigen Jahren war der Anteil der Juristischen Personen wesentlich tiefer.

### Vergleich mit den Budgetzielen

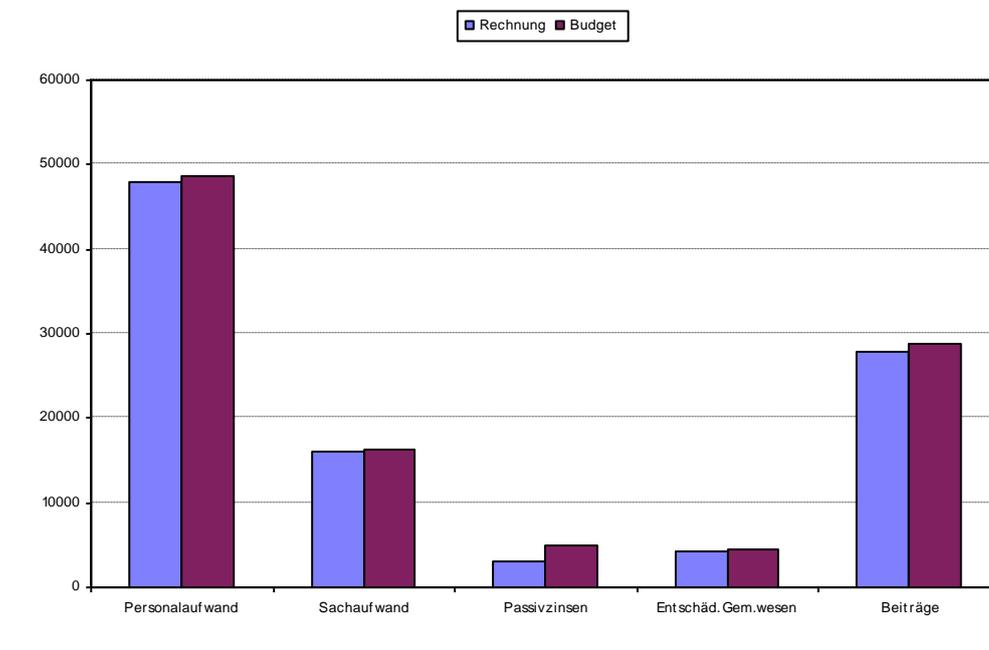
Der Stadtrat hat mit den Budgetrichtlinien die folgenden Finanzziele vorgegeben

1. Ausgleich Jahresrechnung.
2. Ein Selbstfinanzierungsgrad von 80 % für alle Investitionen ist anzustreben.
3. Als ordentliche Abschreibungen sind mindestens 10 % zu budgetieren.
4. Der Steuersatz für Natürliche Personen ist um max. 2 Steuerpunkte zu senken. Die Höhe der Senkung ist am Selbstfinanzierungsgrad auszurichten.
5. Der Steuersatz für Juristische Personen ist auf 110 Steuerpunkte festzulegen.
6. Das Wachstum für den beeinflussbaren Aufwand in der Laufenden Rechnung muss sich im Rahmen der Jahreststeuerung bewegen.

Die ersten fünf Ziele wurden deutlich übertroffen und das Wachstum für den beeinflussbaren Aufwand ist trotz Nachtragskrediten in Grenzen gehalten worden. Die folgende Grafik zeigt die gute Budgetdisziplin und die geringen Budgetabweichungen in den Hauptfunktionen.



Der Sachaufwand liegt beispielsweise um rund 270'000 Franken unter dem Budget. Im Bereich Verkehr wirkt sich der neue Kostenteiler zwischen Kanton und Gemeinden positiv aus. Die Minderbelastung für den Zinsendienst ist eine Folge des hohen Steueraufkommens der letzten beiden Jahre.



Die wesentlichen Budgetabweichungen der Aufwand- und Ertragssacharten sind im Verwaltungsbericht der Direktion Finanzen und Informatik enthalten. Nachfolgend werden die relevanten Abweichungen einzelner Funktionen in Tausend CHF kurz dargestellt bzw. begründet:

#### 0 Allgemeine Verwaltung

Nettoaufwand Budget	8'968
Nettoaufwand Rechnung	8'686
Budgetabweichung	- 282

Einsparungen resultierten aus den Funktionen Informatik (- 191) Stadthaus (- 88) und Finanzverwaltung (- 53). Bei der Informatik wurden weniger Supportleistungen beansprucht und Projekte zeitlich verschoben. Für die Refinanzierung der Überbrückungsrenten für vorzeitig pensionierte Lehrkräfte mussten hingegen (134) mehr aufgewendet werden. Diese Ausgaben sind aufgrund der Statuten der kantonalen Pensionskasse Solothurn gebunden.

#### 1 Öffentliche Sicherheit

Nettoaufwand Budget	3'884
Nettoaufwand Rechnung	3'636
Budgetabweichung	- 248

Der Minderaufwand der Stadtpolizei (- 290) ist vor allem eine Folge der verschobenen Besoldungsrevision und des nicht beanspruchten Budgetkredites für die Grundausbildung. Einsparungen sind auch in den Bereichen Zivilschutz (- 53) und Kataster (- 33) entstanden. Dafür haben Mehrauslagen für die Publikumsdienste (befristete Stelle) und für die Feuerwehr (mehr Einsatzsold) die Rechnung zusätzlich belastet.

#### 2 Bildung

Nettoaufwand Budget	20'479
Nettoaufwand Rechnung	20'650
Budgetabweichung	171

Die leichte Überschreitung ist insbesondere auf die Neuregelung der Defizitübernahme für die Bereiche „Sprachheilklassen“ und „Heilpädagogische Sonderschule, HPS“

zurückzuführen. Grössere Einsparungen verzeichnen die Bereiche Schulverwaltung (- 147), Sonderschulung (- 139) und Schulanlagen (- 138).

### 3 Kultur, Freizeit, Sport

Nettoaufwand Budget	7'692
Nettoaufwand Rechnung	7'396
Budgetabweichung	- 296

Weniger Auslagen für Parkanlagen, Wanderwege (- 107), Stadtbibliothek (- 65), Jugendmusik (- 55) stehen Mindererträge für Schwimmbad (- 108) zufolge des Hochwassers im letzten August gegenüber. Zudem sind in anderen Funktionen weitere Budgetentlastungen festzustellen.

### 4 Gesundheit

Nettoaufwand Budget	1'111
Nettoaufwand Rechnung	1'180
Budgetabweichung	69

Die Überschreitung resultiert vor allem aus dem zusätzlichen Betriebsbeitrag an die Suchthilfe Olten für das Projekt „Alktreff“ (100).

### 5 Soziale Wohlfahrt

Nettoaufwand Budget	11'756
Nettoaufwand Rechnung	11'627
Budgetabweichung	- 129

Während die Nettobelastung für die gesetzliche Sozialhilfe um ( 381) zugenommen hat, wirkt sich der tiefer als budgetierte Beitrag an den Kanton (- 427) für den Ausgleich der Kostenneutralität nach dem Gesetz über die Aufgabenreform Soziale Sicherheit positiv auf den Gesamtbereich aus.

### 6 Verkehr

Nettoaufwand Budget	4'747
Nettoaufwand Rechnung	3'913
Budgetabweichung	- 834

Die grosse Budgetunterschreitung ist wie bereits erwähnt auf den neuen Kostenteiler zwischen Gemeinden und Kanton von bisher 50/50 % auf neu 45/55 % und dem neuen Schwellenwert im Gesetz über den öffentlichen Verkehr zurückzuführen. Da die Inkraftsetzung der Teilrevision in der Budgetphase noch nicht feststand, wurden die Kosten vom Kanton noch nach dem bisherigen Kostenteiler ermittelt. Die Entlastung (693) ist eine Kompensation der Mehrkosten, welche den Gemeinden aus dem Mittelschulgesetz erwachsen sind.

### 7 Umwelt und Raumordnung

Nettoaufwand Budget	2'152
Nettoaufwand Rechnung	2'210
Budgetabweichung	58

Die Rückerstattungen für Kremationen sind um 56 zu hoch budgetiert.

### 8 Volkswirtschaft

Nettoaufwand Budget	334
Nettoaufwand Rechnung	315
Budgetabweichung	- 19

Keine wesentliche Differenzen zum Voranschlag.

## **9 Finanzen ohne Steuern**

Nettoaufwand Budget	6'755
Nettoaufwand Rechnung	4'964
Budgetabweichung	- 1'791

Diese wesentliche Budgetverbesserung ist hauptsächlich auf die Minderbelastungen im Kapitaldienst zurückzuführen. Aufgrund des hohen Steueraufkommens der letzten Jahre konnten die Schulden massiv abgebaut werden.

## **Ergebnisse aus Rechnungen mit Spezialfinanzierungen**

### **Abwasserentsorgung (711)**

Bei einem Umsatz von 4,483 Mio. CHF schliesst die Betriebsrechnung nach Abschreibungen von 1,627 Mio. CHF ausgeglichen aus. Der Buchwert der Aktiven beträgt Ende Rechnungsjahr noch 5,142 Mio. CHF. Der Wiederbeschaffungswert für Kanalisationen und Spezialbauwerke wurde seinerzeit vom Amt für Umwelt SO auf rund 86 Mio. Franken ermittelt.

Für die Abwasserbeseitigung wurden Investitionen von 1,711 Mio. CHF getätigt. An Kanalisationsgebühren konnten 0,637 Mio. CHF in Rechnung gestellt werden.

Die Tarifausgleichsreserve blieb mit 0,907 Mio. CHF unverändert.

### **Abfallbeseitigung (721)**

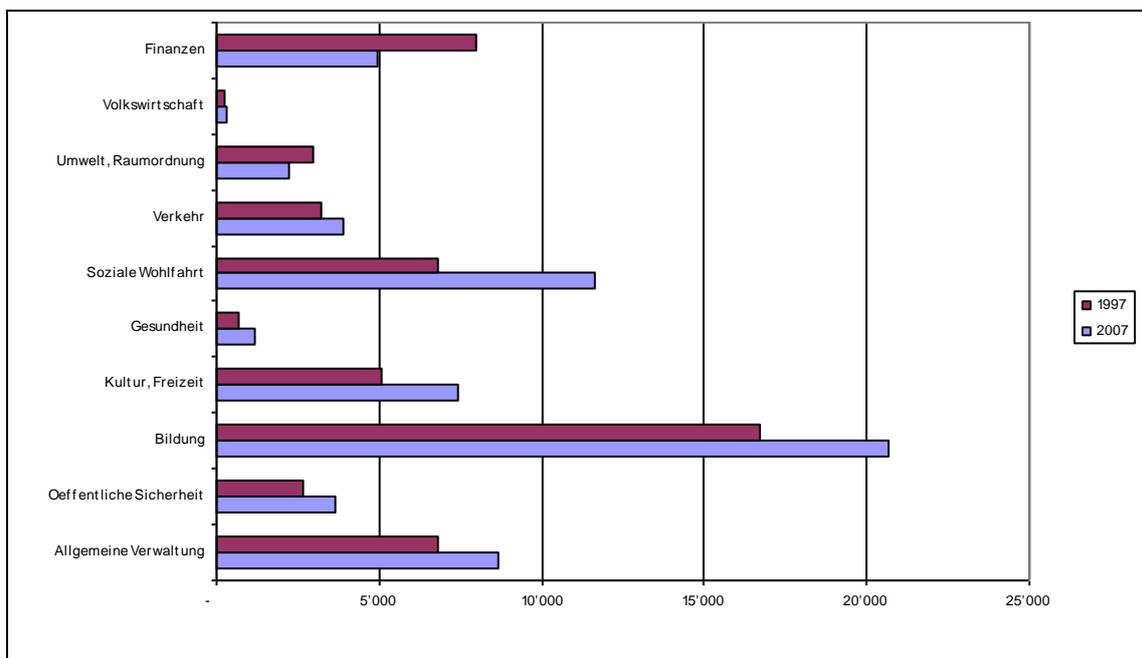
Bei einem Ertrag von ca. 2,16 Mio. Franken wird auch in diesem Bereich ein Überschuss von 27'709 Franken ausgewiesen. Dieser Betrag ist als Einlage in die Spezialfinanzierung verbucht worden. Der Buchwert der aktivierten Fahrzeuge beträgt Ende Rechnungsjahr noch 0,124 Mio. CHF.

Die Reserve für die Abfallbeseitigung beträgt danach 0,950 Mio. CHF.

Die Produktgruppen „Kehricht, Sperrgut“, „Sammelstellenbetrieb“ und „Papier, Karton“ erreichten einen ausreichenden Deckungsgrad. Dagegen musste die Produktgruppe „Grüngut, Häckseldienst, Kompostierung“ mit 129'610 Franken quersubventioniert werden.

## **Entwicklung der Nettobelastungen der Hauptfunktionen im 10-Jahresvergleich**

Die stärksten Zuwachsraten haben die Bereiche Bildung und Soziales zu verzeichnen. Das Angebot im Bildungsbereich wurde in dieser Zeit stark erweitert (ICT, Blockzeiten, Geleitete Schulen, Begabtenförderung etc.). Der Anstieg der Kosten im Sozialbereich hat verschiedene Ursachen und ist letztlich auch eine Folge der noch immer hohen Zahl von Arbeitslosen und der zunehmenden Fallzahlen.



### Investitionsrechnung

Brutto-Investitionen Budget	15'689
Brutto-Investitionen Rechnung	14'291
Budgetabweichung	- 1'398
Netto-Investitionen Budget	12'860
Netto-Investitionen Rechnung	10'672
Budgetabweichung	- 2'188

Sowohl die Bruttoausgaben als auch die Nettoausgaben liegen unter dem veranschlagten Wert, dies weil Investitionsausgaben zeitverschoben sind und später anfallen werden. Die grössten Abweichungen zum Budget sind eine Folge der Verschiebungen bei Gemeindestrassen (- 1,475 Mio.) und Kanalisationen (- 0,676 Mio.). Zudem ist die Subvention (0,442 Mio.) für die Anschaffung eines Feuerwehrfahrzeuges im Jahre 2005 erst im Folgejahr vereinnahmt worden.

Für das ERO-Projekt (Verkehrsentlastung Region Olten) wurden bisher 5,1 Mio. CHF an den Kanton überwiesen. Für das grosse Vorhaben wurden Vorfinanzierungen aus Überschüssen und jährlichen Einlagen gebildet, damit die finanzielle Belastung auf mehrere Jahre verteilt werden kann. Stand dieser Vorfinanzierung Ende Rechnungsjahr = 15,3 Mio. CHF.

### Bilanzwerte und weitere Kommentare

Die guten Ergebnisse der letzten Jahre wirken sich positiv auf die Bilanzsumme aus. So reduzierte sich der Anteil des Verwaltungsvermögens trotz Neuinvestitionen von 41,5 % auf 35,7 %. Demgegenüber ist das Finanzvermögen von 44,5 % auf 53,7 % angewachsen. Der Anteil für Kapitalvermittlungen an die Städtischen Betriebe und weitere Organisationen beträgt noch 6,3 % und die Vorschüsse für Spezialfinanzierungen ergeben einen Anteil von noch 4,3 %.

Dank den hohen Mehrerträgen in den letzten Rechnungen konnten die Schulden merklich abgebaut werden. Das Investitionsvolumen der letzten Jahre wurde selbstfinanziert. Die Darlehen konnten bei Fälligkeit also abgebaut werden. Das Fremdkapital für die allgemeine

Verwaltung hat sich im Rechnungsjahr von 36,6 % auf 32,1 % reduziert.

Weitere Kommentare sind im Jahresbericht Finanzen und Informatik - Abschnitt D - enthalten.

## **Sonderrechnungen**

### **Pensionskasse der Stadt Olten**

Die Darstellung der Jahresrechnung der Pensionskasse der Stadt Olten mit 21 angeschlossenen Körperschaften (Gemeinwesen und andere mit der Stadt Olten verbundenen Organisationen) entspricht der neuen Rechnungslegung nach Swiss GAAP FER 26. Nach Bildung von weiteren technischen Rücklagen von 0,677 Mio. CHF (für längere Lebenserwartung etc.) schliesst die Rechnung wegen der ungenügenden Kapitalrendite mit einem Mehraufwand von 1,502 Mio. CHF ab. Das schlechte Börsenjahr, verbunden mit einer vermutlich länger anhaltenden Finanzkrise, hat das Resultat negativ beeinflusst. Der Deckungsgrad ist von 88,5 % auf 87,8 % nur leicht gesunken, weil sich die Auswirkungen der letzten Statuten-Teilrevision (Beitragserhöhungen, Verzicht auf Teuerungsanpassungen bei den Renten) günstig ausgewirkt haben. Die vorhandene Arbeitgeber-Beitragsreserve von 6,692 Mio. CHF zu Gunsten der Stadt Olten entspricht einem Deckungsgrad von 3,7 %. Sie entspricht einem Anteil von rund 30 % der gesamten Unterdeckung von 22,061 Mio. CHF.

Weitere Informationen sind dem sep. Jahresbericht der Pensionskasse zu entnehmen.

### **Regionale Zivilschutzorganisation**

Der Kostenanteil für die angeschlossenen Gemeinden liegt um 139'480 Franken unter dem Budget bzw. um 88'830 Franken unter dem Vorjahreswert.

### **Regionaler Führungsstab**

Der Kostenanteil für die angeschlossenen Gemeinden entspricht in etwa dem Vorjahreswert.

## **Kennzahlen**

Zur Beurteilung der Finanzlage eines Gemeinwesens und zur Steuerung der Haushalte werden Finanzkennzahlen herangezogen. Im Vordergrund stehen

- ⇒ Nettoschuld pro Einwohner/in
- ⇒ Selbstfinanzierungsgrad
- ⇒ Selbstfinanzierungsanteil
- ⇒ Zinsbelastungsanteil

Mit dem letzten Rechnungsjahr wurde erstmals ein pro-Kopf-Vermögen ausgewiesen. Diese Kennzahl ist von CHF 580 auf CHF 2'275 angestiegen. Deshalb ist der Zinsbelastungsanteil mit - 1,2 % auch unter der Nullgrenze. Rekordergebnisse weisen ebenfalls der Selbstfinanzierungsgrad mit 461,2 % und der Selbstfinanzierungsanteil mit 32,9 % auf.

## **Antrag für die Verwendung des Mehrertrages**

Nach den Rechnungsvorschriften sind die Ertragsüberschüsse für zusätzliche Abschreibungen, für die Bildung von Vorfinanzierungen bereits bewilligter Projekte oder zu Gunsten des Eigenkapitals zu verwenden. Gestützt auf diese Vorgaben beantragt der Stadtrat folgende Verwendung:

	CHF
Einlage in die Pensionskasse für Arbeitgeberbeitragsreserve	10'000'000.--
Einlage in Ausgleichsreserve	20'000'000.--

Einlage in Eigenkapital

9'098'993.38

Total Verwendung

39'098'993.38

#### *Begründung zur Einlage in die Pensionskasse für Arbeitgeberbeitragsreserve*

Das Bundesrecht (Art. 69 BVG Abs. 2) lässt zu, dass Vorsorgeeinrichtungen von öffentlich-rechtlichen Körperschaften anstelle der vollen Kapitaldeckung ein gemischtes Finanzierungssystem anwenden. Wesentlich ist somit nicht die Rechtsform der Vorsorgeeinrichtung, sondern die öffentlichrechtliche Natur des Arbeitgebers. Das geltende Bundesrecht enthält keine spezifischen Anforderungen an gemischte Finanzierungssysteme. Diese Lücke will der Bundesrat schliessen und auch für öffentlich-rechtliche Vorsorgeeinrichtungen eine vollständige Ausfinanzierung innert 40 Jahren fordern. Im geltenden Recht übernimmt die Gemeinde die Garantie, dass die Pensionskasse ihren Verpflichtungen nachkommen kann (Art. 16 der Pensionskassen-Statuten). Die angeschlossenen Körperschaften verpflichten sich zur anteilmässigen Mithaftung.

Im Hinblick auf eine längerfristige Ausfinanzierung der Deckungslücke der Pensionskasse der Stadt Olten wurden bereits in den letzten Jahren 2005 und 2006 eine Arbeitgeberbeitragsreserve bei der Pensionskasse aus den Überschüssen der Gemeinderrechnung geäufnet. Es handelt sich um eine Rücklage ohne Verwendungsverzicht von zurzeit 6,692 Mio. CHF.

#### *Begründung zur Einlage in die Ausgleichsreserve*

Aufgrund der hohen Abhängigkeit von einigen grösseren Firmen, wurden in den Vorjahren Einlagen in eine sog. „Steuerausgleichsreserve“ vorgenommen. Eine weitere Einlage in diese Ausgleichsreserve entspricht einem Sicherheitspolster (ähnlich einer Wertschwankungsreserve für Wertschriften). Zurzeit beträgt dieses Reserve 14,479 Mio. CHF.

#### *Begründung zur Einlage ins Eigenkapital*

Das Eigenkapital dient in erster Linie als Reserve für zukünftige Aufwandüberschüsse. Diese Finanzpolitik ist der Minderung des Verwaltungsvermögens (zusätzliche Abschreibungen) vorzuziehen. Die Abschreibungen für die nächsten Jahre sind dann vom höheren Verwaltungsvermögen zu berechnen. Dies wiederum ergibt einen höheren Selbstfinanzierungs-anteil.

### **Zusammenfassung und Ausblick**

Nicht ganz unerwartet schliesst die Jahresrechnung von Olten wiederum mit einem Rekordergebnis ab. Dies ist vor allem auf die gute Wirtschaftslage und das stark gestiegene Steueraufkommen zurückzuführen. Das markante Wachstum darf aber nicht zu falschen Voraussagen verleiten. Die neuesten Prognosen der Schweizerischen Nationalbank deuten eher auf ein Nachlassen der Konjunkturdynamik hin.

Nicht zu vergessen sind die künftigen Auswirkungen aus der letzten Steuergesetzrevision. Sie bringt den Entlastungen bei den Einkommens-, Vermögens- und Kapitalsteuern. Die Krise auf den Finanzmärkten dürfte noch weite Kreise ziehen und das Steueraufkommen ebenso beeinträchtigen. Im Weiteren sind in den nächsten Jahren zusätzlich die Folgekosten des hohen Investitionsbedarfs und die sich abzeichnenden Mehrkosten für Reformen im Bildungsbereich zu verkräften.

#### **Fazit:**

Ganz im Sinne einer nachhaltigen Finanzpolitik darf dem Druck nach Mehrausgaben nicht nachgegeben werden, umso mehr als die anstehenden Grossprojekte den städtischen Finanzhaushalt in den nächsten Jahren zusätzlich belasten wird.

## Beschlussesantrag:

1. Die folgenden **Rechnungsergebnisse 2007** werden zur Kenntnis genommen:

a) Laufende Rechnung (Erfolgsrechnung)	Mehrertrag	CHF	39'098'993.38
b) Investitionsrechnung	Nettoinvestitione	CHF	10'672'170.57
	n		
c) Bilanz der Verwaltungsrechnung	Bilanzsumme	CHF	185'638'847.86
d) Betriebsrechnung Pensionskasse Stadt Olten	Mehraufwand	CHF	1'501'972.43
e) Bilanz Pensionskasse der Stadt Olten	Bilanzsumme	CHF	165'750'349.15

2. Der Mehrertrag der Allgemeinen Verwaltung ist wie folgt zu verwenden:

Einlage in die Pensionskasse für Arbeitgeberbeitragsreserve	CHF	10'000'000.--
Einlage in Ausgleichsreserve	CHF	20'000'000.--
Einlage in Eigenkapital	CHF	9'098'993.38
Total Verwendung	CHF	39'098'993.38

3. Bericht und Antrag der Rechnungsprüfungskommission vom 14. Mai 2008 sowie der Bestätigungsbericht der Kontrollstelle an die Pensionskasse vom 6. Mai 2008 werden zur Kenntnis genommen.

4. Die Rechnungen und Berichte über die Verwaltung der Einwohnergemeinde Olten und der Pensionskasse der Stadt Olten für das Berichtsjahr 2007 werden mit den darin enthaltenen Nachtragskrediten und Kreditüberschreitungen genehmigt. Behörden und Verwaltung werden von der damit verbundenen Verantwortung entlastet.

5. Dem Personal wird für seinen Einsatz und seine pflichtgetreue Arbeit der beste Dank ausgesprochen.

- - - - -

## EINTRETEN

Der vorliegende Bericht und Antrag wurde den Parlamentsmitgliedern zusammen mit der Zustimmungserklärung der Geschäftsprüfungskommission zugestellt.

**Daniel Probst, GPK:** Zum letzten Mal hat uns Peter Kohler die Rechnung präsentiert. Er hat dies gewohnt souverän gemacht, auch unsere Fragen alle beantwortet und wird uns noch einmal für einen Finanzplan erhalten bleiben. Wir können ihn heute noch nicht verabschieden. Er hat dies gut gemacht, und wir haben uns alle über die sehr gute Finanzlage der Stadt Olten gefreut und eben auch zur Kenntnis genommen, dass es natürlich jetzt gerade mit der Finanzkrise gewisse Unsicherheitsfaktoren gibt, wo man einfach die Idee der nachhaltigen Finanzplanung nicht aus den Augen lassen darf. Wir haben einige Themen wie Reservenbildung, verschiedene Arten von Reserven, diskutiert und haben uns so versichern lassen, dass der vom Stadtrat gewählte Weg ein sinnvoller Weg ist. Wir haben über Investitionen gesprochen, die gemacht worden sind und die nicht gemacht worden sind, was die Gründe sind, dass hier in der Politik zum Teil auch Entscheidungswege lang sein können, damit man halt etwas realisieren kann. Es braucht immer zuerst einen Beschluss, bevor man etwas auslösen kann. Wir haben auch über Kosten geredet, dass man diese nicht aus den Augen lassen darf, weil sich ja auch die Steuereinnahmen wieder verändern können. Wir haben schliesslich Peter Kohler auch die sehr guten Unterlagen und die Informationen, die er uns gegeben hat, verdankt. Auch an

dieser Stelle, Peter, namens der GPK ein herzliches Dankeschön für die Superarbeit, die Du hier jahrelang auch für diese Rechnung geleistet hast. Die GPK hat dann einstimmig Eintreten beschlossen und auch dem Beschlussesantrag inklusive Verwendung dieses Mehrertrags einstimmig zugestimmt.

**Stadtpräsident Ernst Zingg:** Es ist halt gleichwohl ein Zufall oder vielleicht ist es keiner, dass ausgerechnet am gleichen Tag eine sehr gute Rechnung des Kantons Solothurn im Kantonsrat verabschiedet wird und – ich glaube, ich darf dies in aller Form für uns alle hier sagen – eine ausgezeichnete Rechnung der Stadt Olten verabschiedet werden kann. Das Ganze hat einen Zusammenhang, weil, was von Olten gut ist, hilft dem Kanton, und die gute Rechnung des Kantons ist ganz sicher wesentlich durch die Stadt Olten beeinflusst worden. Das ist ein Zufall oder eben keiner. Ich finde es ein sehr gut gewähltes Datum. Vielleicht ist es wegen des Fussballs. Ich möchte zwei, drei Sachen zu Punkten sagen, die nicht unbedingt aus dem Bericht und Antrag heraus ersichtlich sind, aber für den Stadtrat und den Finanzdirektor doch wesentliche Aussagen sind. Noch einmal: Eine gute Wirtschaftslage, Rekordergebnisse von Firmen, dadurch auch Erträge im Gewinn- und Kapitalsteuerbereich, aber auch eine gute Haushaltsdisziplin der Stadtverwaltung haben zu diesem superguten Ergebnis geführt. Eine Million Franken mehr als budgetiert, auch bei den natürlichen Personen, und eben einen Rekordzuwachs bei den juristischen Personen. Sehr erfreulich - das möchte ich doch auch noch einmal betonen - ist die Entwicklung beim städtischen eigenen Haushalt - das dürfen wir wirklich auch öffentlich erklären – der Personalaufwand ist klar tiefer. Das hat auch etwas mit der nicht in Kraft getretenen Besoldungsrevision zu tun. Das ist klar. Der Sachaufwand ist tiefer. Die Beiträge und Zinsen haben dazu beigetragen, dass wir eben auch im Haushaltbereich ein gutes Ergebnis erzielt haben. Wir haben eigentlich dem Kanton vorgreifend, der das HRM2-Geldflussrechnungsmodell einführen will, bereits schon - in unserer Verwaltungsrechnung und Bericht 07 integriert auf den Seiten 61 und 62 sichtbar - das HRM2-System einfließen lassen. Das zeigt auch, dass die Stadt Olten auch auf diesem Gebiet immer etwas eine Vorreiterrolle hat. Ganz wichtig ist: Wie kommt man zu diesem Ergebnis ohne Zahlen? Oder anders gesagt: Die Basis für das Budget 07 sind veranlagte Steuern 04 und 05, und der Rest ist eine Abwägung, Abschätzung, ein Informationssystem. Wie kann dann die Rechnung 07 aussehen? Ich muss Ihnen einen Satz vorlesen, der eigentlich bezeichnend ist. Wenn wir beim Kanton fragen, ist die Aussage des Finanzdepartementes: „Den Gemeinden können wir keine allgemeine Empfehlung zur Budgetierung der juristischen Personen abgeben“. Man hat also keine Angaben. Jetzt kann man fragen: Ist das verschätzt, verkalkuliert oder eine schlechte Budgetierung? Ich habe es schon gesagt. Es ist eine sehr gute Konjunktur mit Sondereffekten und Verbesserungen auf allen Gebieten. Auch hier gibt es eine Aussage aus einem Finanzmedium der Schweiz, wo es heisst, viele Kantone und Gemeinden verbuchen überraschend hohe Steuereinnahmen und Rekordüberschüsse. Das ist gut, gleichzeitig aber auch gefährlich. Meine Damen und Herren, Strukturveränderungen in Firmen, bei den wichtigen Steuerzahlenden, auch auf dem Platz Olten, führen sehr schnell, aber sehr schnell zu völlig anderen Ergebnissen, und die Prime Crises in Amerika hat selbstverständlich ganz konkret auch Auswirkungen auf den Kanton Solothurn und somit auch auf die Stadt Olten. Das sind nur zwei Beispiele, wo man eben mit dieser Warnung gleichzeitig gefährlich umgehen muss. Wenn wir von den fünf Zielen reden, die wir uns für die Erreichung der Budgets gesetzt haben, haben wir alle fünf erreicht und zwar, wenn man ein Rating mit 5 als Maximum abgeben würde, mit 4 und das letzte, die Begrenzung des Aufwandwachstums vielleicht mit 3, 3,5 bis 4. Hier ist das Ende des Tunnels noch nicht ganz erreicht. Diese Aufwandssteigerung hält sich in Grenzen, trotz der Nachtragskredite. Heute Morgen hat im Kantonsrat ein Sprecher einer Fraktion gesagt, es sei besser, Nachtragskredite im Rahmen auszuweisen als gar keine. Das würde nämlich heissen, wenn man keine hätte, dass im Budget noch Luft gewesen wäre. Das ist auch eine Aussage, aber vielleicht eine nicht so ganz falsche. Die wichtigsten vier Kennzahlen Selbstfinanzierungsgrad, Selbstfinanzierungsanteil, Zinsbelastungsanteil und Nettovermögen sehen Sie in den ersten Blättern im dicken Buch, auch mit den nötigen Erklärungen dazu. Es ist nämlich sehr interessant, wie wir hier im Kontext auch mit anderen liegen. Es ist nicht zu verhehlen, dass es mir immer wieder Freude macht, dies auch öffentlich zu sagen, wenn es um die Steuerkraft geht, dass 37 % des Steueraufkommens der juristischen Personen des

Kantons von der Stadt Olten her kommen. Das ist doch eine ganz wesentliche Aussage. Wenn man die Steuerkraftindexe mit den Gemeinden des Kantons anschaut, kommen zuerst kleinere Gemeinden mit 32 Einwohnern wie Kammersrohr. Feldbrunnen ist etwas grösser. Beinwil, Rickenbach, und dann kommt schon die Stadt Olten. Das darf man auch nicht ganz ausser Acht lassen. Unsere beiden Schwesterstädte haben hier etwas mehr Mühe. Das tönt nicht irgendwie schadenfreudig, im Gegenteil. Aber hier sind wir einfach auf einem anderen Dampfer, und das Schiff geht für uns etwas schneller die Aare hinunter als an anderen Orten. Ich komme zum Thema der Investitionen. Auch in der GPK ist zu Recht eine Aussage gemacht worden. Wie kommt es, dass man nicht alle Investitionen hat auslösen können? Deutsch gesagt: Wir haben sowohl eine Budgetabweichung bei den Bruttoinvestitionen wie auch bei den Nettoinvestitionen. Die Erklärung ist klar die folgende: Es hat Abweichungen zum Budget gegeben, weil Verschiebungen bei den Projekten einfach eine Folge gewesen sind. Ganz konkret haben wir im Bereich Gemeindestrassen und Kanalisationen praktisch genau das nicht investieren können, das jetzt die Differenz ist. Man muss doch festhalten, dass in den letzten Jahren, das, was wir ausgelöst haben, Investitionen, immer bei 90 oder noch mehr Prozenten gewesen ist, was doch ein stolzes Ergebnis ist. Ich gehe nicht weiter auf die Verwendung des Gewinnes ein. Sie haben die Erklärungen dazu im Bericht und Antrag. Es ist einfach noch Folgendes zu ergänzen: Die Pensionskasseneinlage für Arbeitgeberbeitragsreserven ist eine freiwillige Rücklage bei der Pensionskasse zu Gunsten der Einwohnergemeinde Olten ohne Verwendungsverzicht. Das heisst, die Einwohnergemeinde Olten kann jederzeit frei verfügen bzw. entscheiden über diese Einlage. Mit dieser weiteren Einlage von 10 Millionen Franken ist die Reserve dann bei 16,7 Millionen, und der Zweck dieser Reservebildung ist primär die Absicherung der Garantieleistung. Die Arbeitgeberreserve entspricht im Übrigen einem Deckungsgrad von ungefähr 9 % und deckt somit den städtischen Anteil an der Pensionskasse grösstenteils ab. Im Übrigen hat auch die Einwohnergemeinde Trimbach - ich habe das Detail noch nicht genau gehört - einen ähnlichen Beschluss gefasst, zumindest der Gemeinderat, mit ihrem Überschuss auch ihren Teil an dieser Reserve äufnen zu wollen. Ausgleichsreserveverwendung von 20 Millionen Franken: Wir haben es in der GPK schon erklärt. Man hat einmal Steuerausgleichsreserven genannt und dann zur Kenntnis nehmen müssen, dass dies aufgrund der Terminologie, der Begriffe und Gesetzmässigkeiten so nicht geht. Deshalb heisst es jetzt neu: „Eine Einlage in die Ausgleichsreserve“. Es ist ein Sicherheitspolster. Diese Reserven verwendet man als Rechnungsausgleich. Mit einer erneuten Einlage von 20 Millionen Franken haben wir in dieser Reserve den ungefähren Jahressteuerbedarf der juristischen Personen in einem Jahr, also ungefähr 35 Millionen. Eigenkapital: Wenn kein Eigenkapital zur Verfügung steht, muss bei einem negativen Jahresergebnis ein Bilanzfehlbetrag ausgewiesen werden, was sich natürlich auch negativ auf das Rating auswirkt. Nächster Punkt Nachtragskredite: Immer ein wichtiger Punkt: Die Daumenschraube seitens der zuständigen Behörde, des Stadtrates, gilt nach wie vor als angezogen. Man hat das Ergebnis erreicht, das man gewollt hat. Man ist klar kleiner als die Richtgrösse von 3 %. Das ersehen Sie auch aus der Verwaltungsrechnung. Ich komme zu einem kleinen Ausblick und dann bald zum Abschluss. Was könnte die Rechnung der Stadt Olten 08 und weitere Rechnungen beeinflussen? Ich brauche das Wort jetzt: Eine Finanzkrise bremst auch die Schweizer Wirtschaft, eine deutliche konjunkturelle Abkühlung im ersten Quartal 08 hat Auswirkungen auf den Steuerertrag. Wenn man gestern die Medien gelesen hat, ist klar auch prophezeit worden, das Wirtschaftswachstum ist nach unten korrigiert worden, praktisch von allen Medien. Allerdings soll es wieder ändern. Hier sind wir guter Dinge, dass dem so ist. Ein höherer Beitrag an den Finanzausgleich, wenn man eine gute Rechnung hat, kann das Ergebnis beeinflussen und nicht zuletzt auch die Steuergesetzrevision, die ab 2008 zum Tragen kommt, darf man nicht vergessen. Deshalb: Achtung mit neuen Ausgaben. Es geht um eine Finanzpolitik, ausgerichtet auf Nachhaltigkeit, und wir wollen ja nicht den Handlungsspielraum für nachkommende Generationen einschränken. Es ist auch im Fazit auf Seite 11 des Berichts und Antrags so geschrieben. Ich möchte nicht ausser Acht lassen, noch etwas von einer Stadt, die uns relativ nahe steht, weil wir persönliche Beziehungen dazu haben, insbesondere die Finanzverantwortlichen, zu zitieren. Es ist die Stadt Zug. Die Stadt Zug gilt in der Schweiz ja bekanntlich als eine sehr reiche Stadt, die hervorragende finanzielle Verhältnisse hat. Der Ertragsüberschuss in Zug ist übrigens 55 Millionen Franken, was höher

als Olten ist. Bei der Steigerung, die Zug gemacht hat, sind wir allerdings viel besser. Wir haben im Vergleich eine grössere Steigerung als die Stadt Zug. Der Stadtrat von Zug sagt, die gute Wirtschaftslage habe Steuererträge „in einem Masse ansteigen lassen, die nicht vorher zu sehen waren“. Es kommen höhere Steuererträge von Personen und Firmen, die von der Steuerverwaltung definitiv haben veranlagt werden können. Schliesslich und endlich haben der Stadtrat und die Stadtverwaltung „den vor Jahren eigen eingeschlagenen Sparkurs konsequent fortgeführt“. Ich denke, dem ist nichts mehr beizufügen. Meine Damen und Herren, geschätzte Anwesende, ich möchte allen juristischen und natürlichen Personen der Stadt Olten herzlich danken. Sie haben Steuern bezahlt. Ich möchte allen Mitarbeitenden der Stadt Olten für den sehr, sehr guten Job herzlich danken. Ich möchte meinen Kolleginnen und Kollegen aus dem Stadtrat herzlich danken für das Mittragen dieser Finanzpolitik und die Durchsetzung dieser Beschlüsse, die nicht immer so ganz einfach gewesen ist. Ich möchte Ihnen hier, dem Gemeindeparlament, herzlich danken für die Unterstützung, für die harten Diskussionen, die aber dem Stadtrat immer wieder Wege aufgetan und der Finanzdirektion auch geholfen haben, diesen Kurs zu fahren. Ich möchte ganz persönlich, aber wirklich ganz persönlich Peter Kohler einfach vielmals ganz herzlich danken. Ich möchte Sie bitten, dem Antrag des Stadtrates stattzugeben und der Rechnung zuzustimmen, wie die Beschlussesanträge dies vorsehen. Ich danke Ihnen jetzt schon für die gute Kritik. Merci vielmals.

**Christian Wüthrich, FdP-Fraktion:** Ich verzichte auf Zahlen, die wir im Bericht und Antrag und im Buch genügend haben. Ich möchte mich auf zwei, drei Äusserungen unserer Fraktion hinaus lehnen. Unsere Fraktion möchte sich zuerst auch recht herzlich bei den juristischen wie natürlichen Steuerzahlerinnen und Steuerzahlen von Olten bedanken. Wir versichern ihnen, dass wir uns im Parlament auch in Zukunft für gute oder noch bessere Rahmenbedingungen einsetzen werden. Weiterhin wird unsere Fraktion alles unternehmen, damit die Mittel vernünftig und zielgerecht der Förderung und Entwicklung Oltens dienend eingesetzt und wir überflüssige Investitionen und Verschwendungen, oder sogar das sinnlose Aufblähen der städtischen Verwaltung, weiterhin bekämpfen werden. Gross überrascht hat uns dieser Geldsegen eigentlich nicht. Wir haben in den letzten Jahren immer wieder auf das weltweit bessere konjunkturelle Umfeld aufmerksam gemacht. Nicht bei allen gleich erfolgreich. Wir haben deshalb für bessere Rahmenbedingungen, immer wieder für Steuersenkungen und Steuerangleichungen für unsere Wirtschaftsregion gekämpft und schliesslich auch durchsetzen können. Kurz gesagt: Wir sind mit unserer Einschätzung und damit abgeleitet der Finanzpolitik richtig gelegen. In den Diskussionen um die Besoldungsrevision ist der FdP vor allem von der linken Seite vorgeworfen worden, dass uns das städtische Personal wenig interessiert. Im Bericht und Antrag auf Seite 10 verweisen wir auf die Ausfinanzierung der Deckungslücke der Pensionskasse, die im Jahr 2005, 2006 und 2007 mit neu 16,7 Millionen Franken praktisch ausfinanziert ist. Übrigens war dies eine freisinnige Idee der GPK im Jahr 2005 und ist hier im Parlament nachher eigentlich immer mitgetragen worden. Ich denke, das ist ein Bekenntnis zum städtischen Personal. Das ist nicht üblich, dass man mit Überschüssen aus einer Rechnung solch grosse Gesten gegenüber dem Personal macht. Bei den Investitionen haben wir konsequent in den Ausbau von zum Teil nicht vorhandenen Basisinfrastrukturen der Stadt gesetzt. Wir haben dem Stadtrat eigentlich immer die Unterstützung gegeben, die von ihm priorisierten Investitionen anzugehen. Auch dies hat sich im Nachhinein als richtig erwiesen, wenn man heute schaut, was wir erarbeitet haben. Den stadträtlichen Anträgen stimmen wir zu. Wir sind überzeugt, dass wir mehr Handlungsspielraum zum Agieren erhalten. Wir werden die Rechnungsergebnisse 2007 zur Kenntnis nehmen und dem Beschlussesantrag des Stadtrates folgen. Für uns ist selbstverständlich klar, dass die Rechnung 2008 im Finanzplan sowie im Budget 2009 klar berücksichtigt werden muss. In der Detailberatung werden von unserer Seite noch einige Bemerkungen und Fragen kommen. Wir bedanken uns bei der Finanzverwaltung unter der Leitung von Peter Kohler für die Unterlagen und beim städtischen Personal für die geleistete Arbeit im Jahr 2007.

**Felix Wettstein:** Die Grünen und Jungen Alternativen sind sehr erfreut über die positiven Zahlen des Rechnungsabschlusses. Wir denken aber, es ist jetzt langsam an der Zeit, dass

man dieser Stadt auch etwas ansieht. Es gibt zu viele Projekte, die vor sich hin schlummern. Noch viel zu wenig ist der öffentliche Raum aufgewertet, wie es eigentlich uns Einheimische und auch Besucherinnen und Besucher erfreuen könnte. Jetzt müssen wir einfach Mut entwickeln, etwas aus unserer Stadt zu machen. Die Museen, Aareufer, Bahnhofvorplätze auf beiden Seiten, eine Begegnungszone, die diesen Namen auch verdient, und nicht zuletzt die Toiletten im Stadttheater. „Die Handlungsmöglichkeiten für kommende Generationen jetzt nicht einschränken“, hat Ernst Zingg vorher gesagt. Genau das ist es. Wir sind erstaunt, dass trotz des überaus guten Abschlusses - schon des Vorjahres 2006 - die budgetierten Investitionskredite eben bei weitem nicht ausgeschöpft wurden, diesmal deutlich unter 90 %. 2,2 Millionen Franken, die bewilligt waren, sind liegen geblieben. Ernst Zingg hat es schon gesagt: Die grösste Differenz zwischen Kreditbewilligung und Realisierung gibt es im Bereich Gemeindestrassen und Sanierung der alten Kanalisationen. Wir fragen uns hier: Fehlt es vielleicht an den internen Ressourcen sprich Personal im Hause, die es halt braucht, um Bauaufträge an Private auszulösen? Es ist auch gesagt worden vom Stadtpräsidenten, dass sogar die Personalkosten tiefer als budgetiert gewesen sind. Das ist zum Teil auf die noch nicht eingesetzte Besoldungsrevision zurück zu führen. Aber wir dürfen auch nicht vergessen, dass wir auch nicht besetzte, jedoch bewilligte Stellen haben. Im Verwaltungsbericht, der insgesamt sehr informativ ist und für den wir uns auch bedanken möchten, hat uns ein Teilkapitel geärgert: Der Bericht des Regionalvereins Olten-Gösigen-Gäu. Auf Seite 114 sind ein paar tendenziöse Aussagen, die man unserer Meinung nach nicht unbesehen übernehmen dürfte. Hier hat jemand seine ganz persönliche, einseitige Meinung zur Energiepolitik, Sozialgesetzgebung, Schulreform und auch noch seine ganz tiefe Feindschaft gegenüber dem Kanton hinein verpackt. Mit Berichterstattung hat das nichts zu tun. Unsere Fraktion wird auf das Geschäft eintreten und zustimmen.

**Marcel Buck, SVP-Fraktion:** Ab diesem Mehrertrag von 39 Millionen Franken ist man versucht, der Stadtverwaltung Olten für dieses Glanzresultat zu danken und sie in den höchsten Tönen zu loben. Betrachtet man aber die Rechnung etwas differenzierter, stellt man fest, dass nicht primär die Ausgabendisziplin, sondern in erster Linie die gute Wirtschaftslage zu diesem Mehrertrag geführt hat. Deshalb bedankt sich auch die SVP bei allen Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern. Die juristischen Personen haben eigentlich mehr dafür gesorgt, dass Olten im kantonalen Steuerindex in den vordersten Rängen liegt. Das ist insofern erfreulich, dass die betreffenden hoffentlich auch weiterhin in Olten bleiben werden. Dank des hervorragenden Ergebnisses und den zwar etwas abgeschwächten, aber trotzdem guten Konjunkturdaten für die kommenden Jahre sind wir der Meinung, dass die ganze Bevölkerung von Olten am Glanzresultat beteiligt werden soll. Das heisst konkret, dass wir uns bei der Budgetberatung im Herbst dann für eine weitere spürbare Steuersenkung einsetzen werden. Ein weiteres Thema für die Budgetverhandlung wird sein, die Sozialausgaben zu straffen und dem national rücklaufenden Trend anzupassen. Dies aber nur ein kleiner Ausblick. Zu den Beschlussesanträgen ist zu sagen, dass der erste Punkt der Verwendung des Mehrertrags das grösste Diskussionsthema gewesen ist. Wir sind der Meinung, dass die Pensionskasse allgemein nicht durch Steuergelder saniert oder unterstützt werden soll, weder eine SBB-Pensionskasse noch eine Pensionskasse der Stadt Olten. Diese Meinung vertritt nicht nur die SVP, sondern sie basiert auf klaren Äusserungen aus der Bevölkerung, und es gilt sie daher zu respektieren. Speziell bedanken wir uns bei Peter Kohler für seine weitsichtige und exakte saubere Arbeit und wünschen ihm für seine Zukunft weiterhin alles Gute. Zusammengefasst stimmen wir den Beschlussesanträgen zu und werden uns nur beim Verwendungszweck differenziert verhalten.

**Dieter Ulrich, SP-Fraktion:** Ich bin fast versucht zu sagen: „Same procedure as every year“. Wenn ich daran denke, dass wir in den vergangenen Jahren immer wieder Rekordergebnisse zu kommentieren hatten und immer wieder fanden, im nächsten Jahr werde es wahrscheinlich nicht mehr so kommen, es könne nicht mehr besser werden, enthalte ich mich diesmal einer Aussage. Unser Dank gilt auch allen Steuerzahlern, die das sehr gute Ergebnis möglich gemacht haben. Wir danken dem Stadtrat, dem städtischen Personal für ihre Budgettreue, die man auch in diesem Jahr wie im letzten Jahr besonders erwähnen sollte und danken auch all denjenigen Personen, die an diesem wiederum

umfangreichen Verwaltungsbericht mitgearbeitet haben. Er ist wieder sehr informativ. Ich denke, nicht nur für die Leute wie wir, die jetzt direkt damit zu tun haben, sondern auch für Aussenstehende ist es eine interessante Lektüre, die einen Überblick darüber gibt, was im ganzen letzten Jahr so gelaufen und in dieser Stadt gemacht worden ist. Zu den Finanzen selber: Ich möchte mich hier Felix Wettstein anschliessen. Wir haben eine gute Ausgangslage. Diese gilt es zu nutzen, die gute Situation, in der sich die Stadt Olten befindet, auch in Zukunft zu erhalten oder sogar zu verbessern. In diesem Sinne möchten wir den Stadtrat auch aufrufen, die Situation verantwortungsvoll zu nutzen und das Geld dort einzusetzen, wo es für die Stadt Olten am besten dient. Wir sind insofern auch auf den Finanzplan gespannt, was uns dort präsentiert wird, nachdem man ja im letzten Finanzplan aus unserer Sicht schon erfreuliche Tendenzen gesehen hat, wie man diese Mittel verwenden möchte. In diesem Sinne ist die SP hochofreut über das vorliegende Geschäft und wird den Beschlussesanträgen des Stadtrates zustimmen.

**Stephan Hodonou:** Auch die CVP/EVP-Fraktion hat von dieser erfreulichen Rechnung und dem Verwaltungsbericht Kenntnis nehmen können, dankt dem Stadtrat und der Verwaltung für die geleistete Arbeit und wird allen Anträgen zustimmen. Peter Kohler hat auch in unserer Fraktion wie gewohnt kompetent und präzise über die Rechnung und die finanzielle Situation der Stadt Olten Auskunft gegeben. Es ist jedes Mal ein Genuss, Peter Kohler zuzuhören. Ich persönlich habe auch wieder viel gelernt und etwas in die ganzen Abläufe hinein schauen können. Peter Kohler hat die Messlatte für den Nachfolger in diesem Sinne auch hoch gesetzt. Mir scheint es auch ein eindrückliches Werk, einfach auch an Transparenz und Lesbarkeit für NichtökonomInnen. Das ist wirklich eine tolle Arbeit. Besten Dank, Peter Kohler. Es ist ja oft so, dass nach einigen fetten Jahren oder bekanntlich nach sieben fetten Jahren vielleicht auch magere Jahre folgen können. Ich möchte noch bei den fetten Jahren bleiben. Es ist konjunkturell bedingt, unter anderem auch von wenigen juristischen Personen vielleicht noch unterstützt. Insofern müssen wir uns auch bewusst sein, dass nicht nur Olten, sondern auch der Kanton in gewissem Sinne ein Klumpenrisiko hat. Deshalb müssen wir dies auch immer im Auge behalten, auch wenn jetzt diese Zahlen wunderbar glänzen, dass dies kurzfristig sein und gut ändern kann. Das wird wahrscheinlich auch den Stadtrat bewegen haben, diese Polster eben anzulegen und zu schauen, dass man auch in Zukunft gut gewappnet sein wird. Das ist sicher sehr vernünftig und auch richtig. Nach sieben fetten Jahren kommen normalerweise irgend einmal auch die sieben mageren Jahre. Dann ist es gut, quasi parat zu sein. Mit diesen Zahlen kann man ja fast nicht anders als glücklich sein. Aber es ist ein kleines Bedauern in der Fraktion aufgekommen - ich sage, es ist ein leichtes Bedauern; - dass, wenn man solche Polster anlegt, das viele Geld auf der anderen Seite nicht visionsträchtig angelegt werden kann. Ein Beispiel, das mir in der gleichen Zeit entgegen gekommen ist: Die Gemeinde Rothrist, die auch sehr hervorragend wirtschaftet, hat sich entschlossen, das Fordareal für 20 Millionen Franken zu kaufen, 20 Millionen Franken, weil sie die Hand auf der dortigen Entwicklung haben wollen. Dort spüre ich einen Hauch von Vision. Aber nicht zuletzt wollen wir festhalten, dass wir uns über dieses tolle Ergebnis wirklich freuen, und wir attestieren der gesamten Verwaltung und auch dem Stadtrat, dass tolle Budgetdisziplin bewahrt und auch gut gearbeitet wurde. Wir danken dafür noch einmal recht herzlich und werden allen Anträgen einstimmig zustimmen.

## **Beschluss**

Mit 44 : 0 Stimmen wird Eintreten beschlossen.

## DETAILBERATUNG

Kennzahlen, Ergebnisse Seiten 3 bis 8: keine Wortmeldungen

## Laufende Rechnung:

### 012.365.02, Sportliche Anlässe (Seite 11)

**Urs Knapp:** Ich nehme an, hinter diesem Budgetposten versteckt sich die Tour de Suisse. Meine Frage. Erstens: Sind dies die gesamten Kosten der Stadt oder sind darin zum Beispiel Gebührenerlasse und Aufwendungen des Werkhofes auch enthalten? Zweitens - es ist zwar ein Ausblick auf den Verwaltungsbericht - aber ich sage es deshalb gleich, damit man es gemeinsam behandeln kann: Ich habe im gesamten Verwaltungsbericht keine Bilanz über die Tour de Suisse gefunden. Es ist immerhin das grösste Sponsoring-Engagement der Stadt Olten im letzten Jahr. Ich habe nicht gesehen, ob es jetzt erfolgreich oder nicht erfolgreich gewesen ist und die gesetzten Ziele erreicht worden sind oder nicht. Es gibt siebeneinhalb Zeilen von Olten Tourismus zu diesem Thema, aber nichts von der Stadt. Vielleicht könnte man hier auch noch etwas dazu sagen. Immerhin ist ja auch ein Stadtrat Präsident des OKs gewesen.

**Stadtpräsident Ernst Zingg:** Lieber Urs, wenn Du uns dies vorher mitgeteilt hättest, hätten wir es vorbereiten können. Aber ich habe natürlich ein Blatt über den Posten 365.02, und ich kann Dir einfach sagen, dass wir für die Tour de Suisse einen Vertrag mit der IMG Zürich - das ist die Veranstalterfirma der Tour de Suisse - hatten. Wir mussten dies in zwei Tranchen, je Fr. 64'500.—, bezahlen. Es ist dann in diesem Konto 365.02 noch ein zweiter kleiner Posten von Fr. 3'600.— enthalten, was direkt die Tour de Suisse betrifft. Also zweimal Fr. 64'500.— und aufgerundet Fr. 3'900.—, ein zusätzlicher Posten. Das ist es, was ich sagen kann. Im Weiteren ist der OK-Präsident, Peter Schafer, anwesend. Vermutlich hat er aber die Frage auch nicht vorher gehabt und kann deshalb nicht viel dazu sagen.

**Urs Knapp:** Vielleicht einfach die Nachfrage: Weshalb ist im Verwaltungsbericht keine Bilanz zu diesem Sponsoring-Engagement gezogen worden? Ich würde dies beim nächsten Mal bei allen Sponsoring-Engagements der Stadt, wie zum Beispiel auch bei Silo 8, unterstützen. Das ist das Ziel gewesen. Das hat man erreicht. Hier hat man die Lehren daraus gezogen. Ich vermisse dies hier.

**Stadtpräsident Ernst Zingg:** Ich kann Dir die Erklärung auch nicht liefern. Aber die letzte Abrechnung mit den letzten Zahlen ist erst 2008 erfolgt. Das ist eben der erwähnte kleine Betrag.

## Bildung

**Rolf Sommer:** Wir haben heute im Kantonsrat über die Begabtenförderung gesprochen. Martin Wey, ich weiss, ich habe diese Frage vorher nicht gestellt. Aber sie ist auch erst heute im Kantonsrat irgendwie relevant geworden. Kannst Du mir ungefähr sagen, welche Aufwendungen wir für die Begabtenförderung haben? Es würde mich interessieren, weil dies heute im Kantonsrat wegen einer Interpellation von Thomas Müller ein Thema gewesen ist.

**Stadtrat Dr. Martin Wey:** Rolf, besten Dank für die Frage. Ich hätte die Antwort vielleicht wirklich vorbereiten können. Aber ich bin froh, dass Roland Giger anwesend ist und Dir dazu eine kurze Antwort geben kann.

**Roland Giger:** Wir haben an allen vier Primarschulen am Mittwochmorgen je vier Lektionen Begabungsförderung und zwar in vier Blöcken an acht Mittwochvormittagen. Das gibt 32 mal vier Lektionen, also 128 Lektionen. Ich müsste jetzt nachschauen: Die Lektion haben wir nach dem Ansatz des Stellvertreterlohns bei der Primarschule von Fr. 61.60, bezahlt. Jetzt müsste man dies kurz ausrechnen. Das sind die Aufwendungen, die wir für die Begabungsförderung haben. Dazu kommt ein minimaler Aufwand für Material oder Museumsbesuche, für Experimente oder Unterlagen. Dann kostet dies noch zusätzlich etwas. Dies beschränkt sich aber auf den Rahmen von rund Fr. 2'000.— bis Fr. 3'000.—.

**Parlamentspräsidentin Iris Schelbert:** Ich begrüße die Herren der Feuerwehr ganz herzlich.

Investitionsrechnung: keine Wortmeldungen

Bestandesrechnung: keine Wortmeldungen

Eventual- und Rückzahlungsverpflichtungen: keine Wortmeldungen

Nachtragskredite: keine Wortmeldungen

Regionale Zivilschutzorganisation: keine Wortmeldungen

Regionaler Führungsstab, Bevölkerungsschutz: keine Wortmeldungen

Liegenschaftsverzeichnis: keine Wortmeldungen

Revisionsbericht: keine Wortmeldungen

Verwaltungsbericht: keine Wortmeldungen

Pensionskasse: keine Wortmeldungen

Beilage zur Rechnung und Verwaltungsberichte 2007: keine Wortmeldungen

Beschlussesantrag

Ziffer 1 wird mit 45 : 0 Stimmen zugestimmt.

Ziffer 2 wird mit 43 : 0 Stimmen bei 2 Enthaltungen zugestimmt.

Ziffern 3, 4 und 5 wird einstimmig zugestimmt.

## Gesamtbeschluss

Mit 43 : 0 Stimmen bei 2 Enthaltungen fasst das Parlament folgenden Beschluss:

1. Die folgenden **Rechnungsergebnisse 2007** werden zur Kenntnis genommen:

a) Laufende Rechnung (Erfolgsrechnung)	Mehrertrag	CHF	39'098'993.38
b) Investitionsrechnung	Nettoinvestitionen	CHF	10'672'170.57
c) Bilanz der Verwaltungsrechnung	Bilanzsumme	CHF	185'638'847.86
d) Betriebsrechnung Pensionskasse Stadt Olten	Mehraufwand	CHF	1'501'972.43
e) Bilanz Pensionskasse der Stadt Olten	Bilanzsumme	CHF	165'750'349.15

2. Der Mehrertrag der Allgemeinen Verwaltung ist wie folgt zu verwenden:

Einlage in die Pensionskasse für Arbeitgeberbeitragsreserve	CHF	10'000'000.--
Einlage in Ausgleichsreserve	CHF	20'000'000.--
Einlage in Eigenkapital	CHF	9'098'993.38
Total Verwendung	CHF	39'098'993.38

3. Bericht und Antrag der Rechnungsprüfungskommission vom 14. Mai 2008 sowie der Bestätigungsbericht der Kontrollstelle an die Pensionskasse vom 6. Mai 2008 werden zur Kenntnis genommen.

4. Die Rechnungen und Berichte über die Verwaltung der Einwohnergemeinde Olten und der Pensionskasse der Stadt Olten für das Berichtsjahr 2007 werden mit den darin enthaltenen Nachtragskrediten und Kreditüberschreitungen genehmigt. Behörden und Verwaltung werden von der damit verbundenen Verantwortung entlastet.

5. Dem Personal wird für seinen Einsatz und seine pflichtgetreue Arbeit der beste Dank ausgesprochen.

Mitteilung an:  
Direktion Finanzen und Informatik/Herrn Peter Kohler  
Finanzkontrolle  
Kanzleiakten

Verteilt am:

# AUSZUG

aus dem Protokoll  
des Gemeindeparlamentes  
der Stadt Olten

vom 24. Juni 2008

Akten-Nr. 29/12

Prot.-Nr. 93

## **Stadttheater Olten AG, Leistungsvereinbarung/Kennntnisnahme und Verpflichtungskredit/Bewilligung**

Sehr geehrte Frau Präsidentin  
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Stadtrat unterbreitet Ihnen folgende Erwägungen und Anträge:

### 1. Ausgangslage

Das Gemeindeparlament hat am 25. März 2004 der Umwandlung der Theater Gastro AG in die Stadttheater Olten AG und damit der Vereinigung des operativen Geschäftes in einer Hand zugestimmt. An seiner Sitzung vom 17. November 2004 hat das Parlament zudem zur Sicherung der Liquidität einer ordentlichen und genehmigten AK-Erhöhung von 0,2 Mio. auf 0,6 Mio. bzw. 0,8 Mio. Franken zugestimmt. Heute beträgt das Aktienkapital 0,6 Mio. Franken, da die genehmigte Kapitalerhöhung von 0,2 Mio. Franken in der Folge nicht benötigt worden ist.

An seiner Sitzung vom 1. September 2005 hat das Gemeindeparlament die Leistungsvereinbarung 2006 - 2008 zur Kenntnis genommen und gleichzeitig einen Verpflichtungskredit von 2,0 Mio. Franken für die Jahre 2006 - 2008 genehmigt (2006: Fr. 750'000.--; 2007: Fr. 650'000.--; 2008: Fr. 600'000.--). In Ziff. 3 des Parlamentsbeschlusses wurde festgehalten, dass die Leistungsvereinbarung für die nächste Vertragsperiode 2006 – 2008 spätestens ein Jahr vor Ablauf der Vertragsperiode 2006 – 2008 dem Parlament zur Kenntnis gebracht werden muss. Stadtpräsident Ernst Zingg hat an der Parlamentssitzung vom 13. Dezember 2007 mündlich erläutert, warum diese Frist nicht eingehalten werden konnte. Das laufende Geschäftsjahr sei ein gutes, und man würde gerne dem Parlament den Geschäftsbericht 2007 auf den Tisch legen können, wenn es über den neuen Verpflichtungskredit entscheidet. Zudem gab es im Dezember 2007 noch diverse offene Punkte (Beitrag Kanton, Zukunft Gebäude Ecke Amthausquai/Froburgstrasse).

Die heutige betriebliche Ausgangslage der Stadttheater Olten AG darf nach wie vor als gut bezeichnet werden. Die Generalversammlung der Stadttheater Olten AG konnte am 5. Juni 2008 von einem äusserst positiven Jahresabschluss 2007 Kenntnis nehmen. Die detaillierten Zahlen können dem Geschäftsbericht 2007 entnommen werden.

### 2. Leistungsvereinbarung

Die vorliegende Leistungsvereinbarung regelt das Angebot der Stadttheater Olten AG und die finanziellen Rahmenbedingungen und lehnt sich an die bisherige Leistungsvereinbarung 2006 - 2008 an. Es kann somit auf die Ausführungen in der Parlamentsvorlage vom 1. September 2005 verwiesen werden.

Der konkrete Auftrag besteht darin, dass die Stadttheater Olten AG im Kulturbereich in Zusammenarbeit mit einem vom Verwaltungsrat zu bestellenden künstlerischen Beirat ein eigenes Kulturprogramm gestaltet und eine moderne Infrastruktur für Tagungen, Seminare, Kulturveranstaltungen, Vereinskultur und gesellschaftliche Anlässe inkl. Catering anbietet. Die Leistungsvereinbarung legt für beide Bereiche quantitative wie auch qualitative Vorgaben fest.

Im Vergleich zur Leistungsvereinbarung 2006 – 2008 wurden nur geringfügige formelle Anpassungen und Präzisierungen (Ziff. 5.1., 7.1 und 7.3.) vorgenommen. Die Kontraktsumme wurde auf dem Stand des Jahres 2008 (Fr. 600'000.--) belassen, womit im Dreijahresvergleich (2006 bis 2008 – 2009 bis 2011) eine Reduktion von Fr. 200'000.-- erreicht werden konnte.

### 3. Finanzielle Auswirkungen

#### 3.1 Betriebsbeiträge

Für die Berechnungen des Beitrages der Einwohnergemeinde Olten für die Jahre 2006 - 2008 wurden die Leistungszahlen im Businessplan zugrunde gelegt. Dieser rechnete mit Betriebsdefiziten in den ersten drei Jahren nach der Neuorganisation von Fr. 712'026.-- (1. Jahr), Fr. 660'014.-- (2. Jahr) und Fr. 595'547.-- (3. Jahr). Nicht enthalten war die Miete von externen Büroräumlichkeiten von Fr. 12'000.-- pro Jahr (zu Lasten der AG). Die rückläufige Tendenz rührte daher, dass die Erträge aus Seminar- und Tagungsveranstaltungen sowie Messen, die Weiterverrechnung von Dienstleistungen im Rahmen von Veranstaltungen, aber auch die Gastronomieerträge laut Businessplan stiegen; andererseits wuchs der Personalaufwand, weil erstmals die Rechnung in konsolidierter Form erschien. Als Gegenleistung erhielt die Einwohnergemeinde der Stadt Olten einen jährlichen Mietzins von Fr. 180'000.-- für die Gebäulichkeiten Stadttheater/Konzertsaal. Die erste Leistungsvereinbarung wurde über eine Kontraktsumme von 2,0 Mio. Franken für die Jahre 2006 - 2008 abgeschlossen.

Die Leistungsvereinbarung 2009 – 2011 basiert auf der bisherigen Leistungsvereinbarung sowie dem angepassten Finanzplan 2009 - 2011 (vgl. Beilage). Aufgrund der Erfahrungen der ersten Betriebsjahre ist es verantwortbar, die Kontraktsumme aus dem Jahre 2007 von Fr. 600'000.-- pro Jahr beizubehalten, um die heute vorhandene Qualität nicht zugefährden. Dies führt zu einen Verpflichtungskredit in der Höhe von 1,8 Mio. Franken für die Jahre 2009 - 2011 (pro Jahr Fr. 600'000.--).

Die Stadttheater Olten AG verpflichtet sich im Gegenzug zur Wirtschaftlichkeit sowie zu nachweisbaren Bemühungen um Beiträge Dritter.

Nicht im Finanzplan berücksichtigt sind die finanziellen Auswirkungen im Zusammenhang mit einer allfälligen Nutzung des Gebäudes Ecke Amthausquai/Froburgstrasse.

### 4. Controlling

Gemäss Leistungsvereinbarung erstattet der Verwaltungsrat der Stadttheater Olten AG der Einwohnergemeinde Bericht über Jahresbericht, Jahresrechnung und Revisionsbericht im Rahmen des alljährlichen Rechnungsabschlusses sowie die Einhaltung der Bestimmungen der Leistungsvereinbarung. Ferner erstattet er halbjährlich einen Zwischenbericht über den Geschäftsgang. Bei relevanten Abweichungen von Budgetzahlen ( $\pm 10\%$ ) und Finanzplan oder anderen wesentlichen Veränderungen informiert die Auftragnehmerin die Auftraggeberin umgehend.

Die Kontrolle der Jahresrechnung der Stadttheater Olten AG erfolgt durch eine externe

unabhängige Revisionsstelle (Gribi Treuhand AG).

## 5. Stellungnahme

Der Verwaltungsrat der Stadttheater Olten AG hat die vorliegende Leistungsvereinbarung an seiner Sitzung vom 9. Mai 2008 genehmigt.

### Beschlussesantrag:

1. Die vorliegende Leistungsvereinbarung der Einwohnergemeinde Olten mit der Stadttheater Olten AG für die Jahre 2009 - 2011 wird zur Kenntnis genommen.
2. Das Gemeindeparlament bewilligt einen Verpflichtungskredit von 1,8 Mio. Franken für die Jahre 2009 - 2011 und zwar

zu Handen Budget 2009 Konto 315.352.01	Fr. 600'000--
zu Handen Budget 2010 Konto 315.352.01	Fr. 600'000--
zu Handen Budget 2011 Konto 315.352.01	Fr. 600'000--

3. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

- - - - -

Der vorliegende Bericht und Antrag wurde den Parlamentsmitgliedern zusammen mit der Zustimmungserklärung der Geschäftsprüfungskommission zugestellt.

**Marcel Buck:** Die GPK hat an ihrer Sitzung vom 17. Juni freudig feststellen dürfen, dass nicht nur die Umwandlung der Theater Gastro AG in die Stadttheater Olten AG im Jahre 2004 eine richtige Entscheidung des Parlaments gewesen ist. Mit den qualitativ hochstehenden kulturellen Anlässen sowie nationalen Tagungen und Seminaren im Stadttheater leistet die Stadttheater Olten AG einen wesentlichen Beitrag zur positiven Positionierung im Kampf um die Tagungsorte und verdient so unsere weitere Unterstützung. Der Grund für die verspätete Vorlegung der neuen Leistungsvereinbarung ist, dass man die Erfahrungen aus zwei vollen Geschäftsjahren hat abwarten und erst dann konkrete Schlüsse daraus hat ziehen wollen. Die Rechnung 2007 hat ebenfalls positiv mit einem Überschuss abgeschlossen, der es erlaubt, Rückstellungen für zukünftige Infrastruktur zu machen. Ebenfalls positiv erachtet die GPK, dass das Stadttheater mittlerweile an 309 Tagen im Jahr besetzt ist, so dass die Zielsetzungen in Qualität und Quantität erreicht worden sind. Abschliessend hat die gute Entwicklung dazu geführt, dass der Verpflichtungskredit für drei Jahre um Fr. 200'000.— hat reduziert werden können. Somit empfiehlt die GPK dem Gemeindeparlament, auf das Geschäft einzutreten, den Beschlussesantrag 1 zur Kenntnis zu nehmen und dem Verpflichtungskredit von 1,8 Millionen Franken für die Jahre 2009 bis 2011 wie vorliegend zuzustimmen. Besten Dank.

**Stadtpräsident Ernst Zingg:** Lieber Marcel, ich muss fast nichts mehr sagen, nachdem, was Du jetzt gesagt hast. Vielen Dank. Ich möchte gleichwohl noch zwei, drei Punkte ergänzen. Wir haben nicht abgesprochen, was wir heute hier reden. Aber den Punkt mit der Verspätung muss ich kurz erklären. Ich habe am 13. Dezember hier erklärt, weshalb wir die Leistungsvereinbarung nicht auf Ende Jahr respektive schon im Januar vorlegen. Aus dem Grund, den Du vorher schon erwähnt hast: Die neue Vorlage mit einem Verpflichtungskredit, wie es eigentlich vorgesehen war, weil wir einfach zwei ganze Jahre haben abschliessen wollen. Das ist hiermit auch geklärt. Wir gehen von einem Aktienkapital von Fr. 600'000.— aus, das diese AG immer noch hat und das nicht erhöht worden ist. Wir alle haben am 1. September 2005 in diesem Haus mit ziemlich langwierigen, nicht langweiligen Verhandlungen schliesslich das Projekt Stadttheater Olten AG so „auf den Schlitten“

gebracht, dass ein Dreijahres-Verpflichtungskredit von Fr. 750'000.—, Fr. 50'000.— und Fr. 600'000.— bewilligt worden ist. Wir sind aktuell bei Fr. 600'000.—. An der Generalversammlung der AG am 5. Juni haben wir von einem erfreulichen Ergebnis Kenntnis nehmen dürfen. Wir haben vier Fünftel des Betriebsgewinns in die Infrastrukturerweiterungsreserve legen können und weisen dann noch einen Jahresgewinn von ungefähr Fr. 9'000.— aus. Jetzt könnt Ihr selber rechnen, wieviel dann fünf Fünftel sind. Das Ganze ist in Absprache mit der Steuerverwaltung erfolgt, weil die Aktiengesellschaft bekanntlich Steuern zahlt. Wir haben schon damals bei der ersten Leistungsvereinbarung für die ersten drei Jahre eigentlich eine generelle Zielsetzung als Unternehmerziel festgehalten. Wir möchten nämlich die nachhaltige Etablierung des Stadttheaters auf der Landkarte für Tagungen, Seminare und Messen erreichen. Beim Kulturbereich haben wir gesagt: Das Anbieten eines eigenständigen, identitätsstiftenden Programms, also Kulturangebotes, und das Zurverfügungstellen der Veranstaltungsräumlichkeiten für Vereinskultur und Drittveranstalter müssen gewährleistet sein. Ich darf mit Fug und Recht sagen, dass wir meiner Meinung nach die generelle Zielsetzung klar erreicht haben. Ich darf Ihnen sagen, dass wir rein im Kulturbereich, im städtischen Kulturprogramm, siebenmal komplett ausverkauft gewesen sind. Von diesen 6'000 Tagungen, Konferenzen, Generalversammlungen, Events, die in der Stadt Olten 2007 stattgefunden haben - das ist eine unglaubliche Zahl - bei all diesen Anbietern von Tagungen, Events, Generalversammlungen usw., wo sich 150'000 Personen begegnet sind, gehört ein ganz grosser Teil auch in das Portefeuille des Stadttheaters Olten respektive der Stadttheater Olten AG. Der Sprecher der GPK hat es bereits gesagt: 309 Tage besetzt. 2004 haben wir noch 172 Tage gehabt. 309 Tage sind fast Fullhouse. Eine wesentliche Steigerung mit den jetzigen Gegebenheiten ist schwer zu erreichen. Ich darf Ihnen für das Jahr 2008 praktisch als Ausblick sagen: Wir haben jetzt den 24. Juni. Es sind 95,5 % erreicht. Wir haben 95 % der Erwartungen für die Buchungen im Bereich Tagungen, Konferenzen, Generalversammlungen erreicht. Wir werden garantiert sicher die 100 % erreichen oder noch etwas mehr. In der Leistungsvereinbarung, die wir Euch zur Kenntnis bringen, sind kleine Unterschiede und Anpassungen zwischen 2006 - 2008 zu 2009 - 2011 aufgeführt. Der Verpflichtungskredit für diese drei Jahre ist Fr. 200'000.— tiefer als für die drei Vorjahre. Wir sind also bei dreimal Fr. 600'000.— angelangt. Dies beantragen wir auch mit gutem Gewissen, weil wir wissen, dass wir dies mit diesem Verpflichtungskredit erreichen können, wir dieses Geschäft über die Bühne bringen und uns ganz sicher an diese Vorgaben werden halten können. Die Grundlagen für die finanziellen Auswirkungen sind der Businessplan, den man seinerzeit für 2006 - 2008 gemacht hat, wo dann auch ein jährlicher Mietzins an die Stadt, an die Einwohnergemeinde von Fr. 180'000.— enthalten ist - das möchte ich doch noch festhalten - weil das Gebäude ja bekanntlich im Eigentum der Stadt ist. Der Businessplan ist durch einen angepassten Finanzplan - das machen wir jedes Jahr, genau wie bei der Stadt auch, inklusive Budgetierung - natürlich ebenso zustande gekommen, so dass wir jetzt den Verpflichtungskredit von dreimal Fr 600'000.— beantragen können. Ein ganz wichtiger Punkt ist das Controlling. Wir legen in der AG grossen Wert auf ein internes Controlling. Die Finanzdirektion führt auch die Finanzen, und wir legen grossen Wert auf eine externe unabhängige Revisionsstelle. Der Bericht ist ja auch sichtbar. Ich glaube, es ist ein sehr guter Bericht, den wir hier erhalten haben. Ich fasse zusammen: Trotz aller Unkenrufe seinerzeit - man hat ja da gewisse Zweifel gehabt - ist ein guter Job gemacht worden. Ich sage jetzt einmal: Die AG ist auf Kurs. Es würde uns freuen, wenn Sie den Beschlussesanträgen zustimmen könnten, erstens der Kenntnisnahme der Leistungsvereinbarung und zweitens dem Dreijahres-Verpflichtungskredit von total 1,8 Millionen Franken. Die Zukunft: Ich habe am 13. Dezember auch gesagt, ich möchte gerne eine Aussage zur Zukunft im Bereich des Gebäudes Frobургstrasse 1 machen können, sprich Gebäude der CREDIT SUISSE, machen können. Die CREDIT SUISSE ist jetzt im Neubau. Eigentümerin des Gebäudes Froburgstrasse 1 ist ab 1. Juli neu die Swiss Prime Site, eine sehr bekannte Immobilienfirma, eine der grössten Immobilienfirmen mit Sitz in Olten. Sie wird die Medienmitteilung mit Newsletter mit dem Foto dieses Gebäudes in ganz Europa versenden. Darin sagt sie - das ist ganz wichtig - die Bedürfnisse der öffentlichen Hand und der Privatwirtschaft können gleichzeitig abgedeckt werden „ein intelligentes und zukunftsorientiertes Modell“. Wir können uns in diesem Gebäude auch über längere Zeit grosszügig einmieten. Das Gebäude wird umgebaut. Es hat den Bedürfnissen der Swiss

Prime Site Rechnung zu tragen, die mit diesem Ausbau auch klar ihr Standortbekenntnis für die Stadt Olten an bester Lage abgibt. Der Sitz wird ausgebaut. Sogenannte Gruppenräumlichkeiten werden ganz klar der Stadttheater Olten AG für bestimmte Tagungen, die aktuell nicht berücksichtigt oder befriedigt werden können, wo aber die Anfragen ungehemmt da sind, zur Verfügung stehen. Es ist dann sehr positiv, wenn wir dies erfüllen können. Weiter möchten wir in dieses Gebäude an bester Lage die Wirtschaftsförderung als einen Teil des städtischen Vermarktungsbereichs Region Olten Tourismus und die Verwaltung des Stadttheaters in eine Integration hinein bringen, mit Synergieeffekt nutzen können, also ein sogenannter Desk, einen Schalter für Olten an bester Lage einrichten. Die Swiss Prime Site: Wir sagen im Moment eine klassische Win-win-Situation. Aktuell sind wir in der Planung und in den Verhandlungen und werden selbstverständlich rechtzeitig informieren und, wenn es um Geld geht, selbstverständlich auch die nötigen Kommissionen und das Parlament dementsprechend informieren. Das ist der Stand der Dinge bei der Froburgstrasse 1.

**Mario Clematide, FDP-Fraktion:** Eintreten und Zustimmung sind in unserer Fraktion einstimmig gefallen. Das Outsourcing der Stadttheater Olten AG ist eine Erfolgsgeschichte. Ernst: Wenn dazumal Zweifel aufgetaucht sind, hat es einfach damit zu tun gehabt, dass die Zustände vorher so gewesen sind, dass man Zweifel hat haben müssen. Das wissen alle, die dazumal bereits im Parlament gewesen sind. Ich muss aber auch sagen, dass die Erfolgsgeschichte der Stadttheater Olten AG mit einem Namen ganz wesentlich verbunden ist. Das sollte man nicht vergessen, damit die Meriten auch richtig verteilt sind. Das ist Herbert Schibler. Er ist ein öffentlicher Unternehmer, der mit Umsicht, Weitsicht und Klarsicht und vor allem mit Herzblut dabei ist. Hier hat eine Aufgabe einen Mann gefunden oder ein Mann eine Aufgabe. Das ist für die Stadt Olten sehr wertvoll. Die Zahlen bestätigen den Erfolg, und hier kann man nur sagen: Kompliment. Übrigens ist das neue Theaterprogramm, was dies anbelangt, erschienen. Eines der ersten Stücke ist von Gotthold Ephraim Lessing „Nathan der Weise“, die Toleranzparabel. Es ist einzelnen oder mich auch empfohlen, dieses Stück zu besuchen.

**Lea von Wartburg, SP-Fraktion:** Um es gleich vorweg zu nehmen: Die SP-Fraktion stimmt dem Antrag des Stadtrates ebenfalls einstimmig zu. Das Stadttheater hat sich in Olten zu einer wichtigen Institution mit Ausstrahlungskraft weit über die Region hinaus entwickelt. Es wird ein vielfältiges Angebot auf hohem Niveau geboten. Ein Lob gebührt an dieser Stelle Herbert Schibler und seinem Team, die das Stadttheater seit der Zusammenführung erfolgreich führen. Die festgelegten betrieblichen und finanziellen Zielsetzungen sind alle erreicht oder erfreulicherweise sogar übertroffen worden. So ist es gelungen - wie in der Leistungsvereinbarung 2006 - 2008 definiert - das Stadttheater Olten auf der schweizerischen Landkarte für Seminare und Tagungen zu etablieren. Es gilt jetzt, das Niveau zu halten respektive wenn möglich zu verbessern. Eine mögliche Gebäudeerweiterung bietet dabei sicher ein grosses Potenzial. Denn wer kann sonst schon ein Kongresszentrum mit eigenem Bahnhof anbieten? Auch im Kulturbereich ist das festgesetzte Ziel erreicht worden, nämlich das Anbieten eines eigenständigen, identitätsstiftenden Kulturangebots für die Agglomeration Olten. Nicht ganz zufriedenstellend finden wir Situation mit der Doppelfunktion des Stadtratspräsidenten, der gleichzeitig auch als Verwaltungsratspräsident amtiert. Wir vertrauen darauf, dass ein ausreichendes Controlling stattfindet, wie es Ernst Zingg schon bekräftigt hat. Abschliessend ist festzuhalten, dass sich die SP sogar gerne dafür ausspricht, die Leistungsvereinbarung für die Jahre 2009 - 2011 zur Kenntnis zu nehmen und den Verpflichtungskredit zu bewilligen. Wir sind überzeugt, dass sich diese Investition für die Stadt mehr als lohnt, denn was eine Institution wie das Stadttheater zur Bekanntheit und zum Image von Olten beiträgt, ist ein Mehrwert, der sich nur schwer in Zahlen ausdrücken lässt.

**Anna Engeler, Fraktion GO/JA:** Es ist jetzt viel gelobt worden. Ich muss auch loben. Die Stadttheater Olten AG leistet zweifelsfrei gute Arbeit, und es ist allen klar, dass eine solche Kulturstätte wie das Stadttheater erwünscht und auch gebraucht wird in Olten. Ein bisschen Kritik habe ich natürlich trotzdem noch anzubringen. Wir haben es etwas genauer

durchgelesen. Ich muss vor allem in einem Punkt dem GPK-Sprecher widersprechen. Wir sehen den Sinn der Umwandlung in die Stadttheater Olten AG zwar schon. Sie leistet gute Arbeit. Aber ein ganz wichtiges Ziel hat nicht erreicht werden können. Es haben nämlich abgesehen von der Stadt Olten keine grösseren Investoren gefunden werden können. Nicht, dass wir dieses Geld nicht gerne ausgeben für die Kultur. Aber das ist in der Leistungsvereinbarung enthalten gewesen. Hier müssten von uns aus gesehen noch grössere Anstrengungen erfolgen. Wenn man dann schon faktisch Alleineigentümerin ist, könnte man etwas Geld in die Hand nehmen und eben gerade solche WC-Anlagen einmal renovieren. Erfreulich ist, dass die Ziele bezüglich Durchführung von Seminaren und Tagungen weitgehend haben erreicht werden und dass man hier eine Auslastung von 95 % hat erreichen können, ist sicher wichtig und gut. So sollte man auch weiter arbeiten. Bei der Leistungsvereinbarung haben wir gesehen, dass man aus unserer Sicht bei den Zielen teilweise auch noch etwas konkreter werden dürfte, dass man nicht nur sagt steigern, sondern vielleicht steigern um 5 %, 10 %, weil sich die Ziele ja nicht nur durch den Inhalt auszeichnen, sondern eben auch durch Ausmass und Zeitbezug, um hier kurz meinen Professor zu zitieren. Zudem hat die Leistungsvereinbarung für uns auch allzu oft eher Berichtcharakter. Es geht ja hier um einen Ausblick in die Zukunft und nicht um die Dokumentation und Analyse der vergangenen Arbeit. Zu guter Letzt noch ein kurzes Wort zum Finanzplan: Uns hat hier etwas stutzig gemacht, dass im Finanzplan bei mehreren Punkten für alle drei Jahre der neuen Vertragsperiode die gleichen Beträge eingesetzt worden sind. Stutzig hat uns dies gemacht, weil wir momentan schon nur eine Teuerung von rund 1,3 % haben, was hier überhaupt nicht eingerechnet ist. Auch beim Energieaufwand dürfte man in Zukunft, so wie es momentan aussieht, mit erheblichen Mehrausgaben rechnen, was schliesslich heisst, dass Fr. 600'000.— im Jahre 2011 weniger wert sein werden als 2009. Es wäre uns recht, wenn man dies vielleicht beim nächsten Mal beachten würde. Du hast zwar gesagt, Nachtragskredite sind je nachdem erwünscht. Wir sehen dies ein wenig anders. Das hat sich schon ein paar Mal gezeigt. Es sind Kritikpunkte, die man vielleicht für die Zukunft zur Kenntnis nehmen kann. Aber es ist eindeutig ein gutes Ergebnis. Deshalb werden wir dem Beschlussesantrag auch einstimmig zustimmen.

**Stadtpräsident Ernst Zingg:** Ich kann selbstverständlich Kritikpunkte vertragen. Bis jetzt ist ja alles positiv gewesen. Aber ich muss kurz drei Punkte richtig stellen. In diesem schön gefärbten Papier, das heute auf den Tischen liegt, in der Erfolgsrechnung auf Seite 9, gibt es einen Posten Sponsoring Kulturbeiträge. Es sind immerhin fast Fr. 230'000.—. Das sind Sponsoren aus der Wirtschaft. Wenn man einmal ins Theater geht und an einem bestimmten Konzert ist, sieht man plötzlich eine ganze Gruppe von Leuten, vielleicht 50 bis 70, herein kommen, die von einer Firma eingeladen werden. Diese Firma bezahlt einen rechten Betrag. Sie hat dann nämlich noch eine Einführung zu diesem Konzert, besetzt diese Plätze und trinkt dann auch noch etwas, generiert also noch einmal Einnahmen. Das ist ein ganz wichtiger Bestandteil, der gepflegt wird. Insbesondere ist dies das Business von Herbert Schibler. Das steht in seinem Vertrag, und er macht dies ausgezeichnet. Zweitens zu den WC-Anlagen: Ich beantworte dies jetzt gerne. Der Chef der Baudirektion, Adrian Balz, ist anwesend, und es steht im Programm 2008. Zu Eurer klaren Beruhigung. Die Renovation der WC-Anlagen ist bewilligt. Die Leistungsvereinbarung kommentiere ich nicht. Das ist ein Text, der allgemein üblich ist. Zum Finanzplan: Auch bei der Stadttheater Olten AG gibt es eine rollende Finanzplanung. Wir warten nicht drei Jahre, bis wir hier wieder über etwas reden, sondern wir bringen jedes Jahr Budget und Finanzplan dementsprechend unter einen Hut. Das kann Veränderungen geben. Es ist eine Aktiengesellschaft und nicht die Stadt, die einen Nachtragskredit gibt. Es ist eine Aktiengesellschaft, die selber schauen muss. Das macht ja den Sinn.

**Marcel Buck, SVP-Fraktion:** Eigentlich könnte ich ja den GPK-Bericht noch einmal herunter lesen. Den Dank und die positive Entwicklung tragen wir, wie die GPK bereits gesagt hat, wiederholen aber nicht noch einmal. Die Fraktion SVP regt Folgendes zur weiterhin positiven Entwicklung an: Der Verwaltungsrat und die Geschäftsführung werden aufgefordert, vermehrt Sponsoring, wie wir es vorher gehört haben, zu betreiben. Das heisst konkret, man soll vermehrt proaktiv potenzielle Sponsoren suchen, die zum Beispiel für einzelne

Aufführungen oder auch durch das ganze Jahr hindurch finanzielle Ressourcen zur Verfügung stellen. Wir sind der Meinung, dass in diesem Vorgehen noch ein grosses Potenzial liegen würde. Uns ist aber auch bewusst, dass es nicht einfach sein wird. Aber genau das ist ja die Herausforderung, das Stadttheater mit eigenem Bahnhof, um Ernst Zingg zu zitieren, noch besser national zu positionieren. Wir hoffen, dass diese Botschaft durchkommt und Olten so als Tagungs- und Seminarstandort weiterhin gefestigt wird. Die SVP Olten stimmt dem Beschlussesantrag mehrheitlich zu und nimmt den Leistungsauftrag somit zur Kenntnis. Damit habe ich meinen Rednermarathon fast erfolgreich abgeschlossen.

**Nadja Rhiner:** Die Fraktion CVP/EVP nimmt Kenntnis von der Leistungsvereinbarung und wird dem Verpflichtungskredit zustimmen. Die Begeisterung, mit welcher Herbert Schibler im Jahre 2005 das neue Theater präsentiert hat, hat viele Leute angesteckt, und wir haben rasch erkannt, dass unsere Stadt mit dem neuen Theater den richtigen Weg eingeschlagen hat. Wir danken Herbert Schibler und seinem Team für die gute Arbeit, die auf einem sehr professionellen Niveau geleistet worden ist. Mit dem Verpflichtungskredit von 2006 - 2008 haben wir erstmals an einer Globalbudgetierung herum geschnuppert. Es ist damals der erste Schritt gewesen, der von vielen gewünscht worden ist. Jetzt hat sich gezeigt, dass wir auch dort auf der richtigen Spur sind. Weil der Kredit von 2009 - 2011 um Fr. 200'000.-- gesenkt werden kann, gehen wir davon aus, dass auch in den nächsten Jahren die stolzen Ziele erreicht werden können. Wir sind zuversichtlich und haben Vertrauen in den Verwaltungsrat, den Geschäftsführer und die Mitarbeitenden und hoffen, dass die ursprüngliche Begeisterung noch viele Jahre anhalten wird.

### **Beschluss**

Mit 44 : 0 Stimmen bei 1 Enthaltung wird Eintreten beschlossen.

### **Beschluss**

Mit 44 : 0 Stimmen bei 1 Enthaltung fasst das Parlament folgenden Beschluss:

1. Die vorliegende Leistungsvereinbarung der Einwohnergemeinde Olten mit der Stadttheater Olten AG für die Jahre 2009 - 2011 wird zur Kenntnis genommen.
2. Das Gemeindeparlament bewilligt einen Verpflichtungskredit von 1,8 Mio. Franken für die Jahre 2009 - 2011 und zwar

zu Handen Budget 2009 Konto 315.352.01	Fr. 600'000--
zu Handen Budget 2010 Konto 315.352.01	Fr. 600'000--
zu Handen Budget 2011 Konto 315.352.01	Fr. 600'000--

3. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

### **Beilage**

Leistungsvereinbarung 2009 – 2011 Stadttheater Olten AG

Mitteilung an:

Stadttheater Olten AG/Ernst Zingg, Verwaltungsratspräsident  
Stadttheater Olten AG/Christian Winiger, Sekretär des Verwaltungsrates  
Stadttheater Olten AG/Herbert Schibler, Geschäftsführer  
Finanzverwaltung  
Finanzkontrolle  
Kanzleiakten

Verteilt am:

# Leistungsvereinbarung

## Stadttheater Olten

Für die Jahre 2009 - 2011

1. Auftraggeberin

*Einwohnergemeinde Olten*

2. Auftragnehmerin

*Stadttheater Olten AG*

3. Grundlagen

*Beschluss des Gemeindeparlaments vom 25. März 2004 betr. Neuorganisation Stadttheater*

4. Zielgruppen

- *Besucher/innen des eigenen Kulturbetriebs (ca. 20 Veranstaltungen im Gastspielbetrieb)*
- *Besucher/innen von Drittveranstaltungen kultureller Art (wie z.B. Oltner Kabarett-Tage) bzw. die entsprechenden Veranstaltenden*
- *Lokale Vereine*
- *Veranstaltende von Seminaren und Tagungen mit und ohne Bankette, Messen*
- *Private*

5. Generelle Ziele

5.1. Seminar-, Tagungs- und Messenbereich

*Das Unternehmensziel, die nachhaltige Etablierung des Stadttheaters Olten auf der schweizerischen Landkarte für Seminare, Tagungen und Messen, konnte erreicht werden. Diesen Stand gilt es zu halten bzw. qualitativ und quantitativ weiter auszubauen.*

5.2. Kulturbereich

*Zielsetzung im Kulturbereich ist das Anbieten eines eigenständigen, identitätsstiftenden Kulturangebots für die Agglomeration Olten und das Zurverfügungstellen von Veranstaltungsraum für „Vereinskultur“ und Drittveranstalter. Das eigene Kulturangebot soll mit dem übrigen städtischen sowie dem regionalen Angebot nach Möglichkeit koordiniert werden.*

5.3. Finanzielle Zielsetzung

*Die Einwohnergemeinde Olten fördert mit der Subventionierung ein hochstehendes Kulturprogramm in Theater- und Konzertsaal. Der Kulturbereich wird in diesem Sinne weiterhin von der Einwohnergemeinde Olten unterstützt. Der Seminar-, Tagungs- und*

*Messebereich ist hingegen wirtschaftlich so zu gestalten, dass er eine branchenübliche Rendite erzielt.*

## 6. Konkreter Auftrag/Aufgaben

*Zu diesem Zweck*

- *gestaltet die Stadttheater Olten AG im Kulturbereich ein eigenes Kulturprogramm in Zusammenarbeit mit einem vom Verwaltungsrat bestellten künstlerischen Beirat.*
- *bietet die Stadttheater Olten AG eine moderne Infrastruktur für Tagungen, Seminare, Kulturveranstaltungen, Vereinskultur und gesellschaftliche Anlässe inkl. Catering an.*

## 7. Vorgaben zum Angebot

### 7.1. Quantität

*Kultur:*

- *Eigenes Kulturprogramm mit 15-18 Gastspielen im Bereich Sprech- und Musiktheater sowie 4-5 Konzerten während mind. 8 Monaten im Jahr. Die heutigen Besuchendenzahlen sollen gehalten, womöglich gesteigert werden. Vorgesehen sind zudem Auswärtsbesuche.*

*Vereinskultur:*

- *Beibehaltung der Zahl und Art von Veranstaltungen.*

*Seminare und Tagungen:*

- *Die erreichte Zahl der Jahre 2006 – 2008 soll mindestens gehalten, womöglich gesteigert werden können.*

*Marktgerechte Preise mit differenzierter Preisstruktur:*

- *Kultur Olten / Vereine*
- *Kultur auswärtige Anbieter*
- *Tagung Olten*
- *Tagung Auswärtige*

*Im eigenen Kulturprogramm werden Vergünstigungen gewährt für:*

- *Abonnentinnen und Abonnenten*
- *Schülerinnen und Schüler/Studierende/Lernende*
- *Mitarbeitende Stadtverwaltung*

### 7.2. Qualität

*Allgemein:*

- *Kundenorientierte und professionelle Dienstleistungen im kulturellen wie auch im Seminar-, Tagungs- und Messebereich*

*Kulturprogramm:*

- *Das eigene Kulturprogramm soll qualitätsmässig weiterhin gesteigert werden, u.a. mit Hilfe von Sponsoring, klassische wie auch innovative Elemente beinhalten und verschiedene Bevölkerungsgruppen, darunter auch Kinder und Jugendliche, ansprechen.*

### 7.3. Unerwünschte Veranstaltungen

*Veranstaltungen mit rassistischem, sexistischem oder gewaltverherrlichendem Inhalt werden nicht durchgeführt.*

### 8. Dauer

*Die Leistungsvereinbarung wird für drei Jahre abgeschlossen, beginnend am 1. Januar 2009. Sie kann während dieser Vertragsdauer von beiden Seiten unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von 12 Monaten auf jeden Termin durch schriftliche Erklärung aufgelöst werden. Im gegenseitigen Einverständnis ist die Leistungsvereinbarung jederzeit abänderbar und ablösbar.*

### 9. Mittel

#### 9.1. Finanzen

*Die Kontraktsumme beträgt Fr. 600'000.- pro Jahr für die Jahre 2009 bis 2011. Die Auszahlung erfolgt quartalsweise auf Grund des bewilligten Globalkredits zu je 25% bis 10. Februar, 10. Mai, 10. August und 10. November.*

*Kapitalfolgekosten bestehender sowie künftiger Investitionen in die Gebäulichkeiten werden von der Einwohnergemeinde Olten getragen. Nicht eingerechnet sind ferner auch die sog. Overhead- und anderen Gemeinkosten (Behörde und andere Verwaltungsleistungen), die von der Einwohnergemeinde im bisherigen Rahmen auch weiterhin erbracht werden. Die Stadttheater Olten AG verpflichtet sich im Gegenzug zur Wirtschaftlichkeit sowie zu nachweisbaren Bemühungen um Beiträge Dritter (Wirtschaft und öffentliche Hand) an den Kulturbetrieb.*

*Über die Vertragsperiode ist ein ausgeglichenes Rechnungsergebnis anzustreben. Allfällige Überschüsse sind einer Ausgleichsreserve zuzuweisen; Verluste sind während dieser Zeit durch eine Entnahme aus dieser Ausgleichsreserve abzutragen.*

#### 9.2. Infrastruktur

*Die Einwohnergemeinde Olten stellt der Stadttheater Olten AG die Lokalitäten Theater- und Konzertsaal an der Froburgstrasse 3 in Olten sowie die dazu gehörenden Mobilien gegen eine Jahresmiete von Fr. 180'000.- zur Verfügung. Für Gebäudeunterhalt und -renovation ist die Einwohnergemeinde Olten verantwortlich. Die Mietkosten werden quartalsweise mit den Auszahlungen der Kontraktsumme verrechnet.*

### 9.3. Organisation

*Die Einwohnergemeinde Olten stellt die Mehrheit der Mitglieder des Verwaltungsrates der Stadttheater Olten AG durch Beschluss des Stadtrates.*

### 10. Qualitätssicherung

*Die Qualität im eigenen Kulturbereich sichert ein künstlerischer Beirat, der ernannt wird vom Verwaltungsrat der Stadttheater Olten AG und aus Fachleuten aus den Bereichen Sprechtheater, Musiktheater und Konzerte besteht.*

### 11. Controlling

*Der Verwaltungsrat der Stadttheater Olten AG erstattet der Einwohnergemeinde (Stadtrat bzw. Gemeindeparlament) Bericht über Jahresbericht, Jahresrechnung und Revisionsbericht im Rahmen des alljährlichen Rechnungsabschlusses sowie die Einhaltung der Bestimmungen der vorliegenden Leistungsvereinbarung.*

*Der Voranschlag der Stadttheater Olten AG ist dem Stadtrat jeweils bis Ende August vorzulegen.*

*Ferner erstattet der Verwaltungsrat dem Auftraggeber (Stadtrat) halbjährlich einen Zwischenbericht über den Geschäftsgang.*

*Bei relevanten Abweichungen von Budgetzahlen ( $\pm 10\%$ ) oder andern wesentlichen Veränderungen informiert die Auftragnehmerin die Auftraggeberin umgehend. Die Auftraggeberin kann zudem jederzeit einen Zwischenbericht anfordern.*

### 12. Kontrolle

*Die Kontrolle der Jahresrechnung der Stadttheater Olten AG erfolgt durch eine externe, unabhängige Revisionsstelle.*

### 13. Öffentlichkeitsarbeit

*Die Stadttheater Olten AG hat über ihre Aktivitäten regelmässig der Öffentlichkeit Bericht zu erstatten, insbesondere soll vor dem jeweiligen Saisonbeginn die wesentlich von der Einwohnergemeinde finanzierte eigene Theater- und Konzertsaison öffentlich vorgestellt werden.*

### 14. Inkraftsetzung

*Die Inkraftsetzung dieser Leistungsvereinbarung erfolgt per 1. Januar 2009.*

15. Unterschriften

Datum:

**Einwohnergemeinde Olten**

Ernst Zingg, Stadtpräsident

Markus Dietler, Stadtschreiber

**Stadttheater Olten AG**

Ernst Zingg, Verwaltungsratspräsident

....., Verwaltungsrat/-rätin

# AUSZUG

aus dem Protokoll  
des Gemeindeparlamentes  
der Stadt Olten

vom 24. Juni 2008

Akten-Nr. 13/11, 18/20, 18/22

Prot.-Nr. 94

## **Direktion Öffentliche Sicherheit, Abteilung Publikumsdienste/Stellenbewilligung und Nachtragskredit**

Sehr geehrte Frau Präsidentin  
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Stadtrat unterbreitet Ihnen folgende Erwägungen und Anträge:

### 1. Ausgangslage

Der Stadtrat hat die Bildung / Neuorganisation der Abteilung Publikumsdienste - unter einbezug von Analysen und Studien über die Aufbau- und Ablauforganisation sowie über den Publikumsverkehr und der damit verbundenen Schalteröffnungszeiten - per 17. September 2007 bewilligt. In den Analysen und Studien wurde festgestellt, dass die 650 Stellenprozente, wie sie vor der Neubildung der Abteilung Publikumsdienste zur Verfügung gestanden haben, nicht ausreichten, um die Schalteröffnungszeiten, Stellvertretungen und Dienstleistungen der Abteilung Publikumsdienste zweckmässig und kundengerecht sicherzustellen. Durch die Unterdotierung erfolgten diverse Mängel und Schwachstellen in der Aufbau- und Ablauforganisation der Abteilung Publikumsdienste. Zudem konnten Zusatzaufgaben (z.B. Projekte) nicht mehr wahrgenommen werden, und die aufgelaufenen Gleitzeitsaldo-, Ferien- und Anerkennungs-Ansprüche (Stand 2006: 85 Arbeitswochen) der Mitarbeitenden nahmen stetig zu. Infolge krankheitsbedingtem mehrmonatigem Ausfall mussten Aufgaben im Bereich Empfang-Information an andere Mitarbeitende vollständig - unter zeitlichem Mehraufwand - übertragen werden. Aus diesen Gründen hat der Stadtrat eine befristete 100%-Stelle „Sachbearbeiterin Publikumsdienste“ bis zum 31.10.2008 bewilligt. Die Sachbearbeiterin Publikumsdienste leistet seither innerhalb der Abteilung Publikumsdienste Einsätze zu Gunsten der Einwohnerkontrolle, dem Empfang-Information, dem Postdienst sowie dem Bestattungsamt.

Die Abteilung Publikumsdienste besteht aus den vier Bereichen Empfang-Information (inkl. interner Postdienst der Stadtverwaltung), Einwohnerkontrolle (inkl. militärischer Sektionschef Olten), Bestattungsamt und Inventuramt, welche dem Abteilungsleiter Publikumsdienste direkt unterstellt sind. Die Abteilung verfügt derzeit inklusive befristeter Stelle über gesamthaft 750 Stellenprozente (siehe Beilage).

Mit der Neuorganisation der Aufbau- und Ablauforganisation konnten diverse Optimierungen und Synergien zwischen den internen und externen Amtsstellen, welche zu einer Effizienzsteigerung führten, genutzt werden. Die Behandlung und Verarbeitung der Tagesgeschäfte konnte in allen Bereichen quantitativ und qualitativ deutlich gesteigert sowie Schwachstellen und Mängel aufgearbeitet werden. Zudem konnten Arbeitsauslagerungen an Dritte (Inventuramt) vermieden und die diversen Schalterablösungen und Stellvertretungen zweckmässig sichergestellt werden. Mit dem vorhandenen Stellenetat konnte die Ansammlung von Gleitzeitsaldo-, Ferien- und Anerkennungs-Ansprüchen vermieden und alte aufgelaufene Saldi grösstenteils reduziert werden. Zudem konnten mit der Neuorganisation

und den zur Verfügung stehenden Personalressourcen die Wartezeiten für Schalterkunden gesenkt werden.

## 2. Analysen und Anforderungen

### 2.1 Stellvertretungen / Ablösungen

Da die Anwesenheit während den Schalteröffnungszeiten zu beachten ist, weisen die Sicherstellung der Stellvertretungen/Ablösungen in der Abteilung Publikumsdienste zwingend gegebene Rahmenbedingungen auf. Im Besonderen muss berücksichtigt werden, dass die acht zeitgebundenen Schalter (Empfang-Information, Postdienst, Einwohnerkontrolle 1, Einwohnerkontrolle 2, Sektions-Chef/Einwohnerkontrolle 3, Bestattungsamt, Inventuramt, Publikumsdienste/Extrafälle) während den Ansprechzeiten permanent bedient sein müssen. Die Publikumskontakte sind generell nicht steuerbar und die aus einem Kontakt entstehenden Nachbearbeitungen (z.B. Mutationen, Meldungen, Ablagen) sind - mitunter aufgrund gesetzlicher Termine - grundsätzlich sofort zu erledigen. Aus diesem Grund kann es sporadisch vorkommen, dass einzelne Kunden und Kundinnen trotz Neuorganisation eine Wartezeit von mehr als 20 Minuten in Kauf nehmen müssen. Des Weiteren sind die Aufgabengebiete und jeweiligen Anforderungen innerhalb der Bereiche Publikumsdienste sehr unterschiedlich. Ausserdem können nicht alle Mitarbeitenden polyvalent eingesetzt werden (z.B. Ausbildung, Teilzeitpensum). Die Mitarbeitenden sind dadurch an die Schalteröffnungszeiten „gebunden“. Umfassende Analysen und Studien haben gezeigt, dass sich für die kundengerechte ganzjährige Bedienung und Aufrechterhaltung der Schalter die eingeführte Betriebs- und Personalorganisation bewährt.

### 2.2 Schalteröffnungszeiten

Die Schalteröffnungszeiten der Schalter Publikumsdienste umfassen wöchentlich 32.5 Stunden (Städte Solothurn und Grenchen jeweils 30 Stunden). Mit den geltenden Öffnungszeiten wird der Kundschaft (Bevölkerung, interne und externe Amtsstellen sowie Dritte) ein durchschnittlicher Dienstleistungs-Standard angeboten. Im Zusammenhang mit der Neuorganisation wurden diverse Abklärungen getroffen und Analysen erstellt. Hierbei - wie auch auf konkrete Kundenanfragen und -wünsche (z.B. Anfragen beim Neuzuzüger- Apéro) hin - wurde festgestellt, dass die Oltner Bevölkerung, allen voran die Pendler und Pendlerinnen, eine Erweiterung der Öffnungszeiten über die üblichen Bürozeiten wünscht. Eine Erweiterung der Öffnungszeiten der Einwohnerkontrolle wurde unter Berücksichtigung des bestehenden Personalbestandes und des Aufgabenkataloges der Abteilung Publikumsdienste geprüft.

### 2.3 Ergänzende Aufgaben / Projekte

Im Zuge der Neuorganisation und mitunter aufgrund gesetzlicher Bestimmungen wurde festgestellt, dass zurückgestellte Aufgaben jetzt zu realisieren sind. Ein Teil dieser Aufgaben konnte im Zuge der Neuorganisation aufgearbeitet und Projekte konkretisiert werden. Im Wesentlichen umfassen die zum heutigen Zeitpunkt offenen Aufgaben und Projekte folgende arbeitsintensive Themenbereiche (nicht abschliessende Aufzählung):

- Vorbereitung, Planung und Umsetzung Registerharmonisierung/Volkszählung 2010
- elektronische Führung und periodischer Abgleich der Zentralen-Ausländer-Register-Nummern (ZAR-Nummern) für das Bundesamt für Migration
- Übernahme der neuen AHV-Nummer

Für die Umsetzung dieser ergänzenden Aufgaben bzw. Projekte bestehen zum Teil gesetzliche Termine, was bedeutet, dass Personalressourcen gebunden sind. Als Beispiel sei die Umsetzung der Registerharmonisierung/Volkszählung 2010 erwähnt. Hierbei stellt der Projektleiter (Abteilungsleiter Publikumsdienste) direktionsübergreifende koordinative Aufgaben sicher. Nebst dem Einsatz des Projektleiters werden während einer Dauer von ca. 1 ½ Jahren rund 50 Stellenprozente der Abteilung Publikumsdienste beansprucht.

### 3. Erwägungen

Die Stadt Olten zählt zur Zeit eine Bevölkerung von rund 17'800 Personen (2004 rund 17'200 Personen), Tendenz steigend.

Die funktionale Aufbau- und Ablauforganisation der Abteilung Publikumsdienste hat sich bewährt und ist, sofern keine wesentlichen organisatorischen Änderungen in der Abteilung Publikumsdienste eintreten, beizubehalten.

Für eine zweckmässig funktionierende Sicherstellung der Aufbau- und Ablauforganisation, d.h. für die:

- Sicherstellung der bisherigen Qualität und Quantität in der Verarbeitung des Tagesgeschäftes sowie in der Verarbeitung der administrativen Nacharbeiten
- Aufrechterhaltung der bisher an Kunden, internen und externen Amtsstellen erbrachten Dienstleistungen (z.B. Auswertungen, Meldungen, Auskünfte)
- Sicherstellung von Ablösungen und Stellvertretungen der Schalter
- Vermeidung der Ansammlung von Gleitzeitsaldo-, Ferien- und Anerkennungs-Ansprüchen der Mitarbeitenden
- Aufrechterhaltung der bisherigen Schalteröffnungszeiten
- Sicherstellung minimaler Wartezeiten für das Schalterpublikum
- termingerechte Umsetzung von - zum Teil durch Bund / Kanton lancierten - ergänzenden Aufgaben bzw. Projekten
- Vermeidung von häufigen Kundenreklamationen

sind 750 Stellenprozente notwendig. Die laufende Optimierung der Prozesse unter Einbezug von Informatik-Lösungen wird weiterhin angestrebt, so auch die weitergehende Förderung der bestehenden Mitarbeitenden.

Die Prüfungen und Analysen belegen, dass ein wesentlicher Teil der 750 Stellenprozente durch die Vorbereitung und Umsetzung der bevorstehenden ergänzenden Aufgaben/Projekte gebunden werden. Zudem muss der Rest früher aufgelaufener Gleitzeit- und Ferienansprüche noch in diesem Jahr vollständig abgetragen werden. Die Erweiterung der gewünschten Schalteröffnungszeiten der Einwohnerkontrolle erfolgt aus diesen Gründen spätestens am 05. Januar 2009. Es ist geplant, die Schalteröffnungszeiten der Einwohnerkontrolle für die Oltnen Bevölkerung zusätzlich ganzjährig jeden Samstag zu erweitern.

	Schalteröffnungszeiten Publikumsdienste HEUTE	Schalteröffnungszeiten Einwohnerkontrolle NACH Erweiterung
Montag - Mittwoch	09.00 – 12.00 Uhr 13.30 – 17.00 Uhr	keine Änderung
Donnerstag	09.00 – 12.00 Uhr 13.30 – 18.00 Uhr	keine Änderung
Freitag	09.00 – 12.00 Uhr 13.30 – 16.00 Uhr	keine Änderung
Samstag	geschlossen	09.00 – 12.00 Uhr
wöchentliche Öffnungszeiten pro Schalter Einwohnerkontrolle	32.5 Stunden	35.5 Stunden

Damit die Kontinuität und das Know-how der Stelle „Sachbearbeiterin Publikumsdienste“ lückenlos genutzt werden kann, soll das bestehende Arbeitsverhältnis mit der bisherigen Stelleninhaberin weitergeführt werden.

#### 4. Finanzielle Auswirkungen / Nachtragskredit

Für die Weiterführung der 100%-Stelle „Sachbearbeiterin Publikumsdienste“ fallen Kosten an:

- a) für die Monate November und Dezember 2008, basierend auf Lk 6 Stufe 1, nichtbudgetierte Kosten von CHF 9'838.00 (inklusive Anteil 13. Monatslohn) zuzüglich Sozialleistungen von CHF 1'968.00. Für diese Kosten ist ein Nachtragskredit erforderlich.
- b) für wiederkehrende Kosten, basierend auf Lk 6 Stufe 5, jährlich rund CHF 68'122.00 (inklusive Anteil 13. Monatslohn) zuzüglich Sozialleistungen von rund CHF 13'625.00. Diese sind im Budget 2009 (20% zu Lasten 090 und 80% zu Lasten 101) zu berücksichtigen.

#### Beschlussesanträge:

##### I.

1. Die 100%-Stelle „Sachbearbeiterin Publikumsdienste“ wird ab dem 01. November 2008 bis 31. Oktober 2011 auf drei Jahre befristet bewilligt.
2. Für das Jahr 2008 wird ein Nachtragskredit von CHF 9'838.00 für Besoldungen zuzüglich CHF 1'968.00 für Sozialleistungen bewilligt.
3. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

##### II.

Ziff. I./1 des Beschlussesantrages unterliegt dem fakultativen Referendum.

- - - - -

Der vorliegende Bericht und Antrag wurde den Parlamentsmitgliedern zusammen mit der Zustimmungserklärung der Geschäftsprüfungskommission zugestellt.

**Rudolf Moor, GPK:** Stadträtin Doris Rauber hat die Vorlage erläutert. Stadtpräsident Ernst Zingg hat uns einen Überblick über zusätzliche Stellenbegehren anderer Direktionen im Rahmen des Budgets 2009 gegeben, was in der Folge Diskussionen ausgelöst hat. Einige Mitglieder haben eine Gesamtübersicht darüber verlangt, was in den nächsten Monaten auf uns zukommt, eventuell auch, um die Prioritäten richtig zu setzen, also um beurteilen zu können, welche Stellen jetzt wirklich die wichtigsten sind. Man hat dann gesehen, dass es relativ schwierig ist, eine solche Gesamtschau zu haben, weil die Stellenbegehren, die hier im Raum herum geistern, auch nicht alle auf dem gleichen Niveau sind und gegeneinander ausgespielt werden könnten. Es ist nachher die Möglichkeit diskutiert worden, die zeitliche Begrenzung der Schalteröffnungszeiten noch zu reduzieren, so dass man, wenn man dann sieht, dass andere Stellen eine höhere Priorität hätten, diese Stelle auf einen kürzeren Termin begrenzen könnte. Die Ausdehnung der Öffnungszeiten und die Qualität der Dienstleistungen der Abteilung Publikumsdienste sind in der GPK unbestritten. Am Schluss hat die GPK einstimmig Eintreten beschlossen. Beim Beschlussesantrag hat es drei Enthaltungen gegeben.

**Stadträtin Doris Rauber:** Ich danke der GPK für die positive Aufnahme dieses Stellenbegehrens. Die Publikumsdienste sind eine wichtige Abteilung für unsere Bevölkerung, denn sehr häufig sind die Publikumsdienste der erste Kontakt, wenn jemand nach Olten zieht. Wir bemühen uns um eine wichtige, speditive, effiziente und kompetente Beratung und Dienstleistung für unsere Bevölkerung. Nachdem der Stadtrat jetzt zwei Jahre diese 100 %-Stelle befristet bewilligt hat, sind wir jetzt verpflichtet, die Stelle dem Entscheid des Parlaments vorzulegen. Es ist auch nicht möglich, dies erst mit den Budgetverhandlungen zu machen, weil wir die jetzige Mitarbeitende mit ihrem Know-how gerne behalten möchten. Wenn wir erst im November über diese Stelle reden würden, ginge uns die Mitarbeitende verloren. Wir wollen die aktuelle Qualität, wie es der GPK-Sprecher gesagt hat, weiterführen. Dafür brauchen wir die 750 Stellenprozente, denn die Alltagsgeschäfte müssen termingerecht erledigt werden. Die acht Schalterbereiche binden unsere Mitarbeitenden an die Schalteröffnungszeiten. Wenn noch fachliche Fragen im Raum stehen würden, wäre Roger Galliker, Abteilungsleiter der Publikumsdienste, präsent und die Fragen könnten ihm gestellt werden. Dem Parlament beantragen wir diese Weiterführung. Wir wollen aber auch einen Mehrwert anbieten und zwar spätestens ab Januar 2009, wenn wir die Einwohnerkontrolle am Samstagvormittag offen halten werden. Das ist ein Wunsch der Bevölkerung und auch der Pendler und Pendlerinnen, die sagen, es sei für sie schwierig, wenn sie von auswärts nach Hause kommen, zur Einwohnerkontrolle zu kommen. Das wollen wir am Samstagvormittag anbieten. Ich bitte das Parlament im Namen des ganzen Stadtrats um Zustimmung zur Weiterführung dieser Stelle.

**Thomas Marbet:** Die SP-Fraktion wird dem vorliegenden Bericht und Antrag des Stadtrates zustimmen. Es ist schon erwähnt worden: Attraktive Publikumsdienste sind für unsere Einwohnerinnen und Einwohner wichtig. Wir haben heute einen freundlichen Empfang. Das ist eine erste Visitenkarte. Wir denken, dass auch attraktive Schalteröffnungszeiten wichtig sind, gerade für Pendlerinnen und Pendler dieser Stadt. Es ist wichtig, dass man auch ausserhalb der Bürozeiten seine Amtsgeschäfte erledigen kann. Das wäre in diesem Fall ab 2009 möglich. Es ist sicher auch einmal gefragt worden: Erleichtert Internet eigentlich diese Dienste oder gibt es Einsparungen? Dazu kann ich vielleicht aus eigener Erfahrung sagen, dass E-government für einen Abbau von Ressourcen eigentlich nur dann etwas bringt, wenn die elektronische Aktenführung auch über den ganzen Verwaltungsakt geht. Das ist heute leider noch nicht möglich, weder in Olten noch beim Bund. Da gibt es Nachholbedarf. Das ist bei Untersuchungen ausgewiesen worden. Deshalb führen elektronische Medien eigentlich nicht unbedingt zu einer Entlastung dieses Personals, sondern im Gegenteil manchmal auch zu einer Belastung, denn viele Akte wie Beglaubigungen, Unterschriften müssen doch vor Ort geleistet werden und können eben nicht über das Internet abgewickelt werden. Es gibt zwar jetzt die rechtlichen Grundlagen für die digitale Signatur. Aber ein breit eingeführtes und auch akzeptiertes Tool ist in diesem Sinne noch nicht sichtbar. Noch eine Bemerkung zur Arbeit, die Roger Galliker geleistet hat: Er hat es jetzt ermöglicht, dass man die Karten des Presscontainers an einem Automaten aufladen kann. Das ist sehr freundlich, und damit muss man nicht mehr in den 7. Stock hinauf gehen und warten, bis gerade jemand Zeit hat, um das Geld einzuziehen. Das ist eine kleine, aber doch spürbare Verbesserung. Roger, merci, auch für das Engagement. Wir würden uns noch wünschen, dass man im Bereich Schalter vielleicht auch baulich noch etwas machen kann. Auf Seite 205 des Verwaltungsberichts ist erwähnt worden, dass die baulichen Massnahmen aus diversen Gründen nicht haben umgesetzt werden können. Vielleicht werden wir dann beim Budget die Möglichkeit haben, einmal über eine räumliche, bauliche Anpassung in diesem Bereich zu reden. Die Fraktion SP wird dem Beschlussesantrag zustimmen und dankt dem Stadtrat für die Vorlage.

**Armand Weissen:** Die CVP/EVP-Fraktion hat die Begehlichkeiten für die Weiterführung der Stelle als Sachbearbeiterin Publikumsdienste für weitere drei Jahre zur Kenntnis genommen. Wir haben aber nicht nur von den Begehlichkeiten Kenntnis erhalten, sondern auch in einem kurzen und äusserst interessant ausgeführten Bericht dargelegt erhalten, weshalb die Notwendigkeit dieser Weiterführung besteht. Die CVP/EVP-Fraktion dankt für die Darlegung dieses Berichts und möchte an dieser Stelle allen Mitarbeitenden bis hinauf zum Leiter der

Publikumsdienste, Herrn Galliker, den besten Dank für ihre Arbeit durch das Jahr ausrichten. Vorweg: Die CVP-Fraktion stimmt diesem Antrag grossmehrheitlich zu. Die anfallenden Arbeiten derart zu erledigen, dass alle zufrieden gestellt werden, wird es wahrscheinlich in der Öffentlichkeit kaum geben. Die grosse Notwendigkeit dieser 100 %-Stelle liegt wohl eher im Back-office-Bereich und ist vielleicht für einige nicht verständlich. Dennoch: Wenn durch die Verlängerung dieser Arbeitsstelle nur schon ein Abbau der oftmals sehr grossen Wartezeiten am Kundendienst etwas erreicht wird, ist dies oft schon eine kleine, für den Bürger eben ersichtliche Dienstleistungssteigerung, die der Bevölkerung zugute kommt. Die CVP/EVP-Fraktion begrüsst vor allem auch die zusätzliche Öffnungszeit am Samstag. Betreffend wöchentliche Öffnungszeiten scheint es uns aber manchmal unpassend und ab und zu auch verwirrend, dass drei verschiedene Endzeiten der Schalteröffnungszeiten gelten. Es wäre eventuell auch zu überlegen, ob man sich nicht geregelt, von Montag bis Donnerstag immer auf 17 Uhr einigen könnte. Der Freitag ist ja bekanntlich nicht zu diskutieren. Nach 16 Uhr ist fast nichts mehr zu erwarten. Auch die Umsetzung dieser verschiedenen ergänzenden Aufgaben und Projekte sprechen für die Weiterführung dieser 100 %, nicht zuletzt wegen der Vorbereitung, Planung und Umsetzung der Volkszählung 2010. Schon aus diesem Grunde ist für die Mehrheit der CVP/EVP-Fraktion eine kürzere Befristung der Stelle absolut nicht denkbar, und sie unterstützt die Befristung auf die vorgeschlagenen drei Jahre. In diesem Sinne stimmt unsere Fraktion dem Antrag des Stadtrates grossmehrheitlich zu.

**Urs Knapp:** Die FdP-Fraktion hat die Vorlage kontrovers diskutiert. Einerseits begrüßen wir die Öffnung der Schalter ausserhalb der üblichen Bürozeiten im Stadthaus. Diese Dienstleistung ist schon längst fällig gewesen. Es ist eigentlich nur schade, dass man sie erst ab Januar 2009 wirklich umsetzen kann. Andererseits kritisieren wir, dass der Stadtrat in seinem Bericht fantasielos einfach wieder eine neue Stelle verlangt oder eine provisorische Stelle verlängern möchte. Wir haben nicht den Eindruck, dass der Stadtrat und die Verwaltung konsequent und kreativ nach Alternativen gesucht haben. Es ist schon ein paar Mal gesagt worden: Die Publikumsdienste sind eine wichtige Visitenkarte jeder Gemeinde. Kundenorientierte Dienstleistungen sind notwendig, und es gibt auch sehr gute Beispiele dafür. Olten könnte sich zum Beispiel die Stadt Baden als Vorbild nehmen. Baden hat vor genau 10 Jahren – das wird jetzt auch gefeiert – „dem Amtsdschungel ein Ende gesetzt“ und ein Stadtbüro eingerichtet. Dieses hat einen ganz klaren Anspruch: „Gerne helfen wir Ihnen kompetent und unbürokratisch während über 50 Stunden pro Woche“. Beim Stadtbüro Baden kann man nicht nur Ausweise, Bescheinigungen, Bestätigungen, Bewilligungen holen. Man kann dort auch Vignetten, Velovignetten, Abfallsackvignetten usw. kaufen, City-Einkaufsgutscheine ablösen, Stadtpläne beziehen und verlorene Sachen abholen. Wenn man einmal warten muss, gibt es im Stadtbüro Baden gratis Internetsäulen, wo man auch etwas tun kann, und das Badener Stadtbüro öffnet ausser an einem Tag immer um 07.30 Uhr und schliesst abends um 18.30 Uhr, an einem Tag sogar erst um 20 Uhr. Deutlich kurz sind die generellen Öffnungszeiten der Stadt Liestal. Aber auch dies kann ein Vorbild sein, denn die Stadt Liestal bietet einen individuellen Service. Wenn man dort im Internet schaut, fällt einem zuerst etwas auf. Dort steht nämlich: „Sie haben die Möglichkeit, Termine ausserhalb der Schalteröffnungszeiten telefonisch zu vereinbaren“. Solche Kreativität wie in Basel oder Liestal würden wir Freisinnigen gerne auch in Olten wünschen. Kreativität heisst nicht, dass man einfach zuerst einmal neues Personal einstellt. Gefragt sind vielmehr gute Ideen, wie zum Beispiel bei den Schalteröffnungszeiten. Warum bietet denn Olten nicht an zwei Vormittagen einen Service mit persönlicher Vereinbarung, zum Beispiel wie in Liestal, an und hält dafür die Schalter konsequent bis 18.30 Uhr offen? Die gesamten Öffnungszeiten wären bei diesem System gleich wie heute. Der Service wäre aber deutlich besser. Zu prüfen oder mindestens zu diskutieren wäre auch, ob nicht eine Zusammenarbeit der Publikumsdienste mit der Stadtpolizei gemacht werden könnte. Die Stadtpolizei ist 24 Stunden in diesem Haus anwesend, hat 24 Stunden geöffnet. Hier gäbe es sicher Synergien, die man wahrscheinlich erschliessen könnte. Man müsste es prüfen. Eine weitere Möglichkeit - das ist ganz neu und Ernst Zingg hat es vorher gesagt - es gibt einen Schalter für Olten an der Froburgstrasse. Für die meisten Einwohner ist ein Schalter für Olten dafür da, damit sich an- und abmelden und die Dienstleistungen der Stadt benützen kann. Auch

das wäre zu prüfen, ob man nicht den Schalter für Olten ausbauen und die Publikumsdienste dort integrieren könnte. Noch bevor man über neue Stellen nachdenkt, müsste man sich auch über Personalförderungsmassnahmen klar werden, über gezielte Aus- und Weiterbildung des bestehenden Personals, weil offensichtlich – das steht so im Bericht des Stadtrates – kann man heute die Mitarbeitenden, die an die Büroöffnungszeiten gebunden sind, nicht polyvalent einsetzen. „Die Mitarbeitenden sind dadurch an die Schalteröffnungszeiten gebunden“. Offensichtlich könnte man diese Leute, wenn man sie besser aus- und weiterbilden würde, polyvalenter einsetzen. Man könnte ihnen wahrscheinlich auch attraktivere Arbeitsplätze anbieten. Man könnte auch Ineffizienz vermeiden. Auch das ist aber kein Thema im Bericht des Stadtrates. Internet: Thomas Marbet hat es gesagt. Auch das könnte einen Beitrag leisten. Die Stadt Olten hat einen Online-Schalter im Internet. Nach meiner Meinung ist die Qualität vergleichsweise bescheiden. Ich bin gestern nacht dort gewesen, habe versucht, mich schlau zu machen. Was kann ich dort machen? Ich habe 30 verschiedene Angebote gefunden. Nicht schlecht. Als ich dann aber etwas genauer geschaut habe, habe ich gesehen, dass von diesen 30 Angeboten 10 Anmeldungen für Quartierbegehungen gewesen sind. Diejenigen, die sich erinnern können: Die letzte Quartierbegehung hat im Mai 2007 stattgefunden. Man kann sich aber immer noch anmelden. Ich weiss nicht, was Aldo Stoppa machen würde, wenn ich mich gestern für all diese Sachen angemeldet hätte. Ich hoffe eigentlich stark, dass die übrigen 20 Einträge in diesem Online-Schalter aktueller sind. All diese Überlegungen hätten wir uns eigentlich vom Stadtrat gewünscht. Doch sein Bericht fokussiert auf die Schaffung oder Beibehaltung einer Stelle und nicht darauf, wie man die Publikumsdienste so gestalten kann, dass sie ihrem Namen gerecht werden: Dienste für das Publikum. Die FdP wird deshalb den Antrag stellen, dass die Befristung nur bis zum 31. Dezember 2009 läuft. So geben wir dem Stadtrat genügend Zeit, um die Publikumsdienste wirklich umfassend anzuschauen. Wir geben ihm auch genügend Zeit, damit er Grossprojekte abschliessen kann. Aus dem Bericht des Stadtrates haben wir gelernt, dass in den nächsten eineinhalb Jahren 50 Stellenprozente plus der Grosseinsatz des Abteilungsleiters beansprucht werden, um Projekte abzuschliessen. Das läuft ja Ende 2009 aus. Gleichzeitig mit dieser Befristung, Weiterführung um eineinhalb Jahre, setzen wir uns auch nicht dem Vorwurf aus, wir drehten den Publikumsdiensten den Hahn zu oder würden den Wert dieser Dienste nicht anerkennen. Zusammenfassend: Wir Freisinnige wollen bessere, bürgerfreundlichere Publikumsdienste, aber wir sehen zur Erreichung dieses Zieles auch andere Wege als einfach eine neue Stelle zu bewilligen. In diesem Sinne bitte ich Sie, unserem Antrag zu folgen und diese Stelle bis 31. Dezember 2009 zu befristen.

**Felix Wettstein:** Wir unterstützen den Antrag, dass diese Stelle im Bereich Einwohnerkontrolle und Empfang/Information weitergeführt wird. Die Grünen und Jungen Alternativen sind - so wie es andere auch schon gesagt haben - überzeugt, dass diese Dienste zu den wesentlichen Visitenkarten der Stadt Olten gehören. Deshalb können wir es uns nicht leisten, mit ausgelaugtem Personal zu arbeiten. Wir möchten betonen und darauf hinweisen, dass es sich hier nicht um ein zusätzliches Stellenbegehren handelt, wie heute Abend auch schon einmal angeklungen ist, sondern wirklich um die Weiterführung einer Stelle - und erneut befristet. Wir finden diese Befristung auch von der Zeitdauer richtig. Dass es genutzt werden soll, sich generell Gedanken über ein noch bessere Dienstleistungsorientierung zu machen, ist unbedingt angesagt, hat aber nichts mit dem Umfang dieser Stelle zu tun. Bei einem Verzicht könnten wir die Aufgabe nicht leisten. Wir finden es auch erfreulich, dass die Schalteröffnungszeiten verlängert werden sollen und gehören mit zu denen, die anregen, dass diese Zeiten noch einmal überdacht werden sollen. Dabei können alle die kreativen Vorschläge, die Urs Knapp ins Spiel gebracht hat, und noch viel mehr mitbedacht werden. Wir könnten uns vorstellen, dass man die Gesamtöffnungszeit von 35 bis 36 Stunden pro Woche einmal festhält, aber neben der zusätzlichen Samstagvormittag-Öffnung auch noch an den Donnerstagabend bis 20.30 Uhr denkt und überhaupt, ähnlich wie es die CVP auch überlegt hat, an den übrigen Werktagen am Abend immer die gleiche Endzeit gilt. Die vermutlich schwächste Zeit wird unmittelbar nach dem Mittag sein. Deshalb können wir uns gut vorstellen, damit es als Gesamtumfang etwa so bleibt wie jetzt angekündigt, 35 oder 36 Stunden, man nach dem Mittag nicht schon um 13.30 Uhr starten

muss. Insgesamt - Iris Schelbert hat es einleitend gesagt - ist ein Postulat aus unserer Fraktion eingereicht worden mit genau dem Ziel, dass man diese Zeiten noch einmal bedenkt, aber mit diesem Umfang arbeitet und sicher nicht darunter geht.

**Christian Werner, SVP-Fraktion:** Auch wir erachten die Schalteröffnungszeiten der Einwohnerkontrolle, wie sie heute vorherrschen, als nicht ideal. Die Gründe sind genannt worden. Insbesondere für die diejenigen, die arbeiten, sind sie sicher nicht gerade freundlich. Wir begrüßen deshalb die angestrebte Öffnung auch an Samstagvormittagen bzw. die Erweiterung über die üblichen Bürozeiten hinaus. Aber wir sind nicht der Meinung, dass man deshalb die Schalteröffnungszeiten insgesamt ausbauen muss, sondern wir denken, es ist besser, wenn man sie einfach verlagert bzw. den Bedürfnissen der Einwohner anpasst. Man könnte zum Beispiel von Montag bis Freitag erst um 10 Uhr öffnen, weil es denjenigen, die arbeiten, ohnehin nicht darauf ankommt, ob um 9 oder 10 Uhr geöffnet wird, und die Rentner sind zwar häufig etwas im Stress, aber sie können auch erst um 10 statt schon um 9 Uhr gehen. Von mir aus gesehen sprechen ernsthaft keine guten Gründe dagegen, dass man erst um 10 Uhr öffnen würde. So könnte man beispielsweise fünf Stunden pro Woche einsparen, ohne wirkliche Abstriche machen zu müssen. Soviel zum Grundsätzlichen. Nachher ist vom GPK-Sprecher schon angetönt worden und es wird sicher in Zukunft kommen: Die Stellenbegehren. Es ist natürlich immer das Gleiche: Wenn man finanziell gut da steht, in guten Zeiten, steigen die Begehrlichkeiten und Ansprüche, und man fordert mehr Lohn in der Verwaltung, will mehr Stellen schaffen oder am besten beides. Wir sind überzeugt, dass hier auch in Zukunft weitere Stellenanträge bzw. Anträge auf Erweiterungen vom Stadtrat an das Parlament kommen werden. Einfach neue Stellen schaffen finden wir relativ billig. In der Vergangenheit haben wir den Ausbau der Verwaltung und damit auch der Bürokratie nicht unterstützt und werden auch diesmal dem Ausbau oder Antrag nicht noch Vorschub leisten und auch in Zukunft nicht. Eine Ausnahme würden wir allenfalls bei der Polizei machen, gesetzt der Fall, der neue Kommandant würde es nach einer Lagebeurteilung, um seine Aufträge erfüllen zu können als notwendig erachten, etwas aufzustocken. Ich denke, dann werden wir dem sicher nicht entgegen stehen. Aber grundsätzlich stehen wir dem sehr kritisch gegenüber, was ausserhalb der Polizei ist. Wir denken, dass es besser ist, statt neue Stellen zu beantragen, die Prioritäten anders zu setzen oder mit anderweitigen Massnahmen diesem Engpass zu begegnen. Beispiele sind vom FdP-Sprecher genannt worden. So, wie es getönt hat, hat er sich wirklich damit beschäftigt, und es sind sicher Sachen hier, die behilflich sein könnten. Prüfwert wäre unserer Meinung nach auch - es ist eigentlich auch schon angesprochen worden, aber ich möchte es gleichwohl noch einmal betonen, weil es uns wichtig ist - wenn man die Online-Dienste auf eine allenfalls mögliche Erweiterung bzw. auf einen Ausbau prüfen würde. Ich kann nicht abschliessend beurteilen, wie weit und ob sie vorhanden und ausgebaut sind. Aber eine Optimierung ist meistens oder immer möglich. Wenn man gewisse Verlagerungen weg vom Schalter hin zum automatisierten Datenverarbeitungssystem machen könnte, könnten sicher weitere Einsparungen getätigt werden. Wir stellen den Antrag auf **Nichteintreten** und falls dem nicht Folge geleistet werden sollte, werden wir einen **Rückweisungsantrag** stellen – prophylaktisch ist es wahrscheinlich besser jetzt schon – und wenn es dann soweit kommt, dass es zu den Beschlussesanträgen kommt, werden wir sie ablehnen.

### **Beschluss**

Mit 40 : 3 Stimmen bei 1 Enthaltung wird Eintreten beschlossen.

### **Beschluss**

Mit 41 : 3 Stimmen bei 1 Enthaltung wird der Rückweisungsantrag der SVP abgelehnt.

**Parlamentspräsidentin Iris Schelbert:** Wir kommen zur Detailberatung. Bei Ziffer 1 gibt es einen Abänderungsantrag. Der FDP-Sprecher hat gesagt, er möchte Ziffer 1 so abändern, dass es heisst: „... bis 31. Dezember 2009“.

**Urs Knapp:** Genau. Bis 31. Dezember 2009 statt bis 31. Oktober 2011. Es gibt einen sachlichen Grund dafür. Die laufenden, im Antrag des Stadtrates angesprochenen Projekte werden in eineinhalb Jahren, also Ende 2009, fertig sein. Damit werden allein an die 100 % frei, 50 % der Sachbearbeiterin und die hauptsächliche Arbeit für den Abteilungsleiter. Von daher müsste man ohnehin dann schon eine neue Bestandaufnahme machen, was man jetzt dort macht. Das andere ist, dass es dann auch mit dem Rhythmus der ganz normalen Budgetierung in dieser Stadt gemacht ist. Wenn man es auf Ende Jahr befristet, kann man, wenn es notwendig ist, auf das Budget 2010 entsprechende Anträge stellen. Von daher beantragen wir die Verkürzung dieser Stelle. Es ändert nichts an der Tatsache, dass diese Dienstleistungen erbracht werden können. Man kann mit dieser kürzeren Befristung auch problemlos die Samstagöffnungszeiten machen. Das Einzige, das man damit macht, ist, dass wir den Stadtrat etwas „schubsen“, wahrscheinlich auch im Sinnes des Postulates der Grünen, das ich zwar nicht gelesen habe, damit er sich Gedanken macht, wie man diese Dienstleistungen optimieren kann.

**Christian Wüthrich:** Offensichtlich liegt ein kleines Missverständnis vor. Der Sprecher der GPK hat erwartet, dass der Stadtpräsident betreffend Stellenbegehren ähnliche oder gleiche Aussagen wie vor der GPK macht. Es sind nicht alle gleich informiert. Christian Werner hat das Geschäft jetzt eigentlich unglücklicherweise auch etwas mit zusätzlichen Stellen, die auf uns zukommen sollen, und Information aus der GPK vermischt. Es scheint mir etwas seltsam, dass man heute Sachen anreißt, wo man eigentlich weder einen Bericht noch einen Antrag hat, geschweige alle wissen, worum es geht. Es geht hier um diese Stelle. Urs Knapp hat von mir aus gesehen für die FDP-Fraktion eine anständige und gangbare Möglichkeit aufgezeigt, nicht nur auf der einen Seite das Begehren zu stellen, sondern daneben eben auch eine Effizienz und vor allem für unser Publikum eine bessere Dienstleistung zu erbringen. Ich weiss jetzt nicht. Ernst hat verneint, dass er etwas zu diesen ominösen Stellen sagen wird, die hier scheinbar gekoppelt gewesen sind. Wir sind der Meinung, dass wir heute einen guten Antrag stellen, und ich bitte Euch, diesen zu unterstützen.

**Stadtpräsident Ernst Zingg:** Ich fühle mich jetzt etwas heraus gefordert. Die GPK ist vom Stadtrat in meiner Person orientiert worden. So steht es wortwörtlich im Protokoll: „... über Stellenbegehren“, die aus der Verwaltung zusammen getragen worden sind von mir, vom Präsidium, in Absprache mit allen Kolleginnen und Kollegen aus dem Stadtrat, die auf uns zukommen könnten. Es ist weder ein Beschluss, noch liegt irgend ein Papier, ein Bericht und Antrag für die einzelnen Begehren vor. Aber es macht Sinn. Meiner Meinung nach ist es in der GPK von allen Gruppierungen, allen Vertretungen, geschätzt worden, dass man transparent sagt, was irgend einmal auf das Parlament oder zuerst einmal den Stadtrat zukommt. Wir müssen es ja auch zuerst bei uns verarbeiten. Aufgrund von Vorgaben, die wir haben, aufgrund von Arbeiten, die kommen, aufgrund von Bedürfnissen, auch aufgrund von Aufträgen, die im Raum stehen. Das ist der Grund gewesen, weshalb wir dies in der GPK transparent gemacht haben. Dann hat die GPK verlangt, dass dieses Papier dem Protokoll beigelegt wird, was geschehen ist. Deshalb habe ich es nicht als nötig erachtet, heute noch einmal etwas zu sagen, weil ich davon ausgehe, dass das Parlament diesen Plan hat.

**Stadträtin Doris Rauber:** Ich danke den Parlamentsmitgliedern für die mehrheitlich gute Aufnahme dieser Vorlage. Wir werden den Ideen, die Urs Knapp hier aufgezählt hat, sicher nachgehen, wie das Stadtbüro Baden oder Liestal dies handeln. Wir haben auch recht widersprüchliche Wünsche in Bezug auf die Öffnungszeiten gehört. Wenn es ja einen Vorstoss gibt, werden wir dies sicher anschauen müssen. Ich möchte noch einmal betonen: Es geht nicht um eine zusätzliche Stelle, sondern eine Weiterführung der Qualität, die wir jetzt bei den Publikumsdiensten haben. Deshalb hat man ja diese Stelle auch einmal befristet geschaffen, um zu schauen, ob es diese Stelle überhaupt braucht oder nicht.

Vorher, als es diese Stelle nicht gab, hat man jeweils wieder - das sieht man im Bericht und Antrag auch - externe Leute nötig gehabt, zum Beispiel für das Inventuramt. Dann die Online-Dienstleistungen, die Thomas Marbet ja schon erwähnt hat. Hier hat man ja spontan den Eindruck, dass dies eine Entlastung der Mitarbeitenden geben könnte. Das ist aber in den allerwenigsten Fällen der Fall, weil es halt bei vielen Angeboten der Publikumsdienste einen persönlichen Schalterkontakt braucht, oder man muss auch irgend einen Betrag bezahlen und wenn man dies direkt erledigen kann, ist es einfacher. Sonst muss man nämlich wieder eine Rechnung senden und dies auch wieder kontrollieren. Von daher bitte ich Euch, dieser Stelle und auch den von uns angegebenen Zeiten mit der Befristung auf drei Jahre so zuzustimmen, weil die Registerharmonisierung und Volkszählung 2010 die Mitarbeitenden sehr in Anspruch nehmen wird. Von daher scheint mir dieser Zeithorizont nur bis Ende 2009 sehr kurz, und ich möchte Euch bitten, der Befristung, wie wir sie beantragen, so zuzustimmen.

**Urs Knapp:** Vorher sind Stellenbegehren im Raum gewesen. Offensichtlich ist der Informationsstand hier im Raum nicht gleich. Deshalb sage ich es jetzt. Der Stadtrat prüft oder diskutiert, im Budget 2009 insgesamt 1'000 Stellenprozent neu zu schaffen, also zehn 100 %-Stellen. Details könnt Ihr bei Euren GKP-Sprechern holen. Die CVP ist nicht anwesend. Aber holt sie dort ab. Ich glaube, es ist wichtig, dass alle vom Gleichen sprechen und alle wissen, worum es geht.

**Thomas Marbet:** Wenn wir diese Befristung verkürzen, werden wir sicher zum jetzigen Zeitpunkt in einem Jahr noch einmal über das Geschäft abstimmen, denn die aufgelisteten Arbeiten – das kann Roger Galliker sicher besser beurteilen – werden nicht alle 2009 vollständig abgeschlossen. Sie gehen weiter bis über 2010 hinaus. Das Schlimmste, was uns ja passieren könnte, wäre, dass man jetzt einer Erweiterung der Öffnungszeiten im Schalterbereich macht und dann sogar noch einschränken müsste. Das würde ich dann eigentlich als sehr ungeschickt empfinden.

**Daniel Probst:** Ich möchte noch gerne eine Erklärung zu den einzelnen Aufgaben, die vorher genannt worden sind als Grund, dass man unserem Antrag nicht zustimmen kann. Herr Galliker hat in der GPK auf unsere Anfrage gesagt, dass die Zusatzaufgaben keinen Einfluss auf diese Stelle haben. Er hat gesagt, sie können auch so erledigt werden. Das ist kein Argument. Dann müssen wir dies heute noch einmal berichtigen. Das ist in der GPK eine Frage gewesen. Wir haben gefragt: Kann man diese nicht erfüllen, wenn es nicht so wäre? Das ist nicht der Fall. Doris, Du bist selber nicht dort gewesen. Aber es ist uns so gesagt worden. Es hat nichts miteinander zu tun.

**Parlamentspräsidentin Iris Schelbert:** Wir stimmen über den Änderungsantrag zu Ziffer 1 der FdP ab. Er lautet wie folgt: „Die 100 %-Stelle Sachbearbeiter/-in Publikumsdienste wird ab dem 1. November 2008 bis 31. Dezember 2009, auf 1 Jahr befristet“ bewilligt.

## **Beschluss**

Mit 29 : 17 Stimmen bei 1 Enthaltung wird der Änderungsantrag der FdP abgelehnt.

## **Beschluss**

Mit 31 : 13 Stimmen bei 3 Enthaltungen fasst das Parlament folgenden Beschluss:

### I.

1. Die 100%-Stelle „Sachbearbeiterin Publikumsdienste“ wird ab dem 01. November 2008 bis 31. Oktober 2011 auf drei Jahre befristet bewilligt.
2. Für das Jahr 2008 wird ein Nachtragskredit von CHF 9'838.00 für Besoldungen zuzüglich CHF 1'968.00 für Sozialleistungen bewilligt.
3. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

### II.

Ziff. I./1 des Beschlussesantrages unterliegt dem fakultativen Referendum.

Mitteilung an:  
Direktion Öffentliche Sicherheit (4)  
Finanzverwaltung  
Finanzkontrolle  
Lohnbuchhaltung/Herr Ruedi Berger  
Personaldienst  
Kanzleiakten (3)

Verteilt am:

# AUSZUG

aus dem Protokoll  
des Gemeindeparlamentes  
der Stadt Olten

vom 24. Juni 2008

Akten-Nr. 56/7

Prot.-Nr. 95

## **Pensionskassen-Statuten, Präzisierung Art. 16/Teilrevision**

**Auf Anregung des Amtes für Berufliche Vorsorge und Stiftungsaufsicht Solothurn ist Art. 16 Abs. 1 der Pensionskassen-Statuten an die gesetzlichen Vorschriften anzupassen.**

Sehr geehrte Frau Präsidentin  
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Stadtrat unterbreitet Ihnen den Antrag der paritätisch zusammengesetzten Pensionskommission zur Präzisierung von Art. 16 Abs. 1 der Pensionskassen-Statuten.

### 1. Ausgangslage

Das Gemeindeparlament hat der Teilrevision der Pensionskassen-Statuten am 26. Januar 2006 einstimmig zugestimmt und die Änderungen rückwirkend per 1. Januar 2006 in Kraft gesetzt. Die Stiftungsaufsicht des Kantons Solothurn hat zu den Statuten eine generell-abstrakte Normenkontrolle vorgenommen. Insbesondere hat sie auf Art. 16, Abs. 1 aufmerksam gemacht und angeregt, dass besagter Artikel der Bundesgesetzgebung zu entsprechen hat. Mit der letzten Teilrevision wollte die Pensionskasse aufzeigen, dass auch die angeschlossenen Körperschaften an der Unterdeckung partizipieren. Dies ist nicht neu und entspricht der bisherigen langjährigen Praxis. Mit einem Anschlussvertrag sind sie verpflichtet im Falle einer Auflösung des Anschlussverhältnisses das auf die Summe der austretenden Versicherten entfallende technische Defizit selbst zu übernehmen und leisten auch ihren Anteil für die Verzinsung des versicherungstechnischen Defizits.

### 2. Erwägungen

Die Anregung zur Präzisierung von Art. 16 der Pensionskassen-Statuten bezieht sich auf Art. 69 Abs. 2 BVG bzw. auf Art. 45 BVV2. Das Bundesrecht lässt unter den vom Bundesrat festgesetzten Bedingungen zu, dass Vorsorgeeinrichtungen von öffentlich-rechtlichen Körperschaften anstelle der vollen Kapitaldeckung ein „gemischtes Finanzierungssystem“ anwenden. Die Garantie kann nur der Bund, ein Kanton oder ein Gemeinwesen abgeben, nicht aber Anschlussmitglieder, die privatwirtschaftliche Tätigkeiten ausüben.

Der Grundsatz für den Anschluss von Körperschaften ist in Art. 64 der Pensionskassen-Statuten geregelt. Danach ist den Gemeinwesen der Bezirke Olten-Gösgen-Gäu (Einwohner-, Bürger- und Kirchgemeinden) sowie andern mit der Stadt Olten verbundenen öffentlich-rechtlichen oder gemischtwirtschaftlichen juristischen Personen für ihre hauptamtlichen Beamten und Angestellten sowie den Teilzeitangestellten der Beitritt zur Pensionskasse der Stadt Olten gestattet.

Anschlussmitglieder sind nebst den Gemeinden Trimbach, Niedergösgen, Bürgergemeinde Olten, Röm.-kath. Kirchgemeinden Trimbach und Niedergösgen, Evang.-ref. Kirchgemeinde Olten auch Organisationen mit privatwirtschaftlichen Tätigkeiten, z.B. Städtische Betriebe, a.en, Altersheime, Kinderkrippen, Zweckverband (ZAO). Letztere können gemäss der Bundesgesetzgebung keine direkte Garantie abgeben. Deshalb muss primär die Garantie

der Stadt Olten bestehen. Die Forderungen gegenüber den angeschlossenen Körperschaften muss die Stadt im sog. „Innenverhältnis“ mit Anschlussverträgen lösen bzw. geltend machen. Dies wird bereits seit Jahren auch so praktiziert.

Der Nachsatz von Abs. 2 lit. a kann ersatzlos gestrichen werden, da es sich lediglich um eine Garantieleistung handelt und nicht um eine Nachschusspflicht innerhalb einer bestimmten Zeitspanne. Zudem ist der Grundsatz der Garantie bereits in Abs. 1 festgehalten. Die neue Fassung entspricht so dem Wortlaut von Art. 16 der Pensionskassen-Statuten vor der letzten Teilrevision.

Gemäss Absatz 3 bisher bzw. Absatz 4 neu übernimmt die Gemeinde zudem die Kosten für die Verwaltung der Pensionskasse. Auch an diese Kosten leisten die Anschlussmitglieder ihren Anteil von 5 % der jährlichen Gesamteinzahlungen (Art. 64 PK-Statuten). Im Jahr 2007 wurden rund Fr. 120'000.-- zu Gunsten der Gemeinderechnung vereinnahmt.

Gestützt auf Art. 72 der Pensionskassen-Statuten beantragt die Pensionskommission auf Anregung der Stiftungsaufsicht Solothurn folgende Präzisierung von Art. 16 der Pensionskassen-Statuten

<b>Fassung GP vom 22.1.2006</b>	<b>Neue Fassung</b>
<sup>1</sup> Die Gemeinde sowie die angeschlossenen Körperschaften übernehmen die Garantie, dass die Pensionskasse ihren Verpflichtungen nachkommen kann.	<sup>1</sup> <b>Die Gemeinde übernimmt die Garantie, dass die Pensionskasse ihren Verpflichtungen nachkommen kann.</b>
<sup>2</sup> Die Gemeinde sowie die angeschlossenen Körperschaften übernehmen neben den Beitragsleistungen gemäss Art. 24 zudem a) die Garantie einer Verzinsung der Kapitalien der Pensionskasse zum versicherungstechnischen Zinsfuss, wenn dieser im 3-Jahresschnitt unterschritten wird. b) die Verzinsung des versicherungstechnischen Defizits zum versicherungstechnischen Zinsfuss	<sup>2</sup> <b>Die Gemeinde übernimmt neben den Beitragsleistungen gemäss Art. 24 zudem</b> a) die Garantie einer Verzinsung der Kapitalien der Pensionskasse zum versicherungstechnischen Zinsfuss. b) die Verzinsung des versicherungstechnischen Defizits zum versicherungstechnischen Zinsfuss
	<sup>3</sup> <b>Sie überträgt fällige Verpflichtungen aus Garantieleistungen sowie die Verzinsung des versicherungstechnischen Defizits anteilmässig auf die angeschlossenen Körperschaften.</b>
Die Gemeinde übernimmt zudem die Kosten der Verwaltung der Pensionskasse.	<sup>4</sup> Die Gemeinde übernimmt zudem die Kosten der Verwaltung der Pensionskasse.

#### Beschlussesantrag:

##### I.

1. Die Teilrevision von Art. 16 der Pensionskassen-Statuten wird im Sinne der Erwägungen genehmigt.
2. Mit dem Vollzug wird die Pensionskommission beauftragt.

##### II.

- I. Ziffer 1 des Beschlussantrages unterliegt dem fakultativen Referendum.

Der vorliegende Bericht und Antrag wurde den Parlamentsmitgliedern zusammen mit der Zustimmungserklärung des Parlamentbüros zugestellt.

**Patrick Kissling:** Das Büro hat den vorliegenden Bericht und Antrag eingehend studiert und diskutiert. Insbesondere haben wir uns noch einmal versichern lassen, dass die Forderungen gegenüber den angeschlossenen Körperschaften im Innenverhältnis mit Anschlussverträgen geregelt sind. Das Büro stimmt dem Antrag zur Präzisierung von Artikel 16 der Pensionskassen-Statuten einstimmig zu und bittet Euch, das Gleiche zu tun.

**Stadtpräsident Ernst Zingg:** Dem ist nichts beizufügen.

**Georg Dinkel:** Die Fraktion CVP/EVP wird der Pensionskassen-Statutenänderung, dem stadträtlichen Antrag einstimmig zustimmen. So ist die Pensionskasse wieder auf einem gesetzlichen Stand.

**Dr. Max Pfenninger, FDP:** Ich habe eine Frage. Vielleicht bin ich zu früh, schon in der Detailberatung. Warum werden die angeschlossenen Körperschaften entlastet und „die Gemeinde übernimmt die Garantie, dass die Pensionskasse ihren Verpflichtungen nachkommen kann“ gemäss neuer Fassung? Dazu noch eine Anschlussfrage: Wir haben 10 Millionen Franken in die Pensionskasse eingelegt. Profitieren hier auch die angeschlossenen Körperschaften oder müssen sie eigene Einkäufe tätigen oder Geld einschiessen, um die Unterdeckung zu verbessern?

**Stadtpräsident Ernst Zingg:** Ich habe vorher bei der Verteilung des Gewinnes der Stadt Olten beiläufig erwähnt, dass auch eine andere Trägergemeinde, die dazu gehört, aus ihrem Überschuss auch eine Einlage macht. So hat man es zumindest gehört. Das ist eigentlich die Antwort. Wir machen für unseren Teil eine Einlage, und alle anderen sind in der gleichen Verpflichtung. Das ist einmal die Antwort auf den zweiten Teil Deiner Frage. Zum ersten Teil ist es so, dass, wenn Du Seite 1 des Berichts und Antrags liest, steht, gemäss Bundesgesetzgebung keine Garantie abgegeben werden kann, dass man andere Körperschaften in einer Gemeindepensionskasse, auch gleich Stadtpensionskasse – das ist gestattet - anschliessen kann. Aber sie können keine direkte Garantie abgeben. Garantie kann nur die Stadt Olten abgeben. Deshalb braucht es diese Anschlussverträge, die regeln, dass es eben gleichwohl eine Garantie gibt. Deshalb ist die Fassung, die jetzt noch in Kraft ist, ist in diesem Sinne nicht korrekt, und es braucht eben die neue Fassung, wo es heisst: „Die Gemeinde“ – gleich die Stadt Olten - „übernimmt die Garantie“. Deshalb ist ganz wesentlich, dass diese Anschlussverträge eben bestehen. Das ist die Erklärung dazu.

## **Beschluss**

Mit 46 : 0 Stimmen wird Eintreten beschlossen.

## **Beschluss**

Mit 46 : 0 Stimmen fasst das Parlament folgenden Beschluss:

1. Die Teilrevision von Art. 16 der Pensionskassen-Statuten wird im Sinne der Erwägungen genehmigt.
2. Mit dem Vollzug wird die Pensionskommission beauftragt.

## II.

I. Ziffer 1 des Beschlussantrages unterliegt dem fakultativen Referendum.

Mitteilung an:  
Mitglieder der Pensionskommission (13)  
Direktion Finanzen und Informatik/Herrn Peter Kohler  
Finanzverwaltung  
Finanzkontrolle/Controlling  
Anschlussmitglieder  
Rechtskonsulent  
Kanzleiakten

Verteilt am:

# AUSZUG

aus dem Protokoll  
des Gemeindeparlamentes  
der Stadt Olten

vom 24. Juni 2008

Akten-Nr. 3/13

Prot.-Nr. 96

## Stadtentwicklung Olten, weiteres Vorgehen/Kenntnisnahme

**Der Stadtrat zieht eine mehrheitlich positive Bilanz der Aktivitäten und der Organisation des Bereichs Stadtentwicklung seit dessen Schaffung im Jahr 2001. Aufgrund der soliden vorhandenen Grundlagen und der neu eingeführten Instrumente sieht er das weitere Vorgehen vorwiegend in einer Konsolidierung des eingeschlagenen Wegs und – zusammen mit Partnerorganisationen – in der Schaffung einer Koordinationsgruppe zur besseren Vernetzung der internen und externen Player der Stadtentwicklung.**

Sehr geehrte Frau Präsidentin  
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Stadtrat unterbreitet Ihnen folgenden Bericht und Antrag:

### 1. Ausgangslage

#### 1.1 Seit 2001 separate Organisationsstruktur für die Stadtentwicklung

Der gewachsene Bedarf einer Positionierung des Standortes Olten, die Grösse und Bedeutung der laufenden Grossprojekte wie beispielweise Entlastung Region Olten, Olten SüdWest, Parkhaus mit Begegnungszone, SBB-Areal Bahnhof Nord, Strukturreformen im Bildungsbereich oder Zusammenarbeit mit Regionsgemeinden, aber auch die im Verhältnis zu den stetig wachsenden Ansprüchen an die öffentliche Hand<sup>1</sup> beschränkten personellen und finanziellen Kapazitäten machen eine Koordination und Schwerpunktsetzung in der städtischen Politik unabdingbar.

Mit der Schaffung einer separaten Organisationsstruktur wurde im Jahr 2001 die Bedeutung der Stadtentwicklung gewürdigt<sup>2</sup>. Auf Grund der Erfahrungen der ersten vier Jahre wurde 2005 diese Organisation neu definiert: Der *Gesamtstadtrat* legt die politischen Ziele der Stadtentwicklung fest und setzt die Prioritäten bei der Realisierung der wichtigsten Projekte; die *Koordinationsstelle* in der Person des Stadtschreibers zieht projektbezogen verwaltungsinterne Fachkräfte sowie externe Stellen der Wirtschafts- und Tourismusförderung sowie des Stadtmarketings bei und dient als interne und externe Ansprechstelle für Stadtentwicklung; die *Kommission für Stadtentwicklung*, die an die Stelle der früheren Planungs-, Wirtschafts-,

---

<sup>1</sup> Vgl. Hans Geser: Die Kommunalverwaltung im Spannungsfeld widersprüchlicher Zielorientierungen. Schweizer Gemeindestudien, November 1998: „Im Unterschied zu den Privatunternehmen müssen die öffentlichen Verwaltungen eine Vielzahl widersprüchlicher Ziele verfolgen. Man verlangt von ihnen, dass sie den demokratischen Volkswillen beachten, mit minimalem Kostenaufwand arbeiten, die Rechtsregeln strikte beachten und flexibel auf die Bedürfnisse der einzelnen Bürger eingehen können. Weil die Ansprüche der Öffentlichkeit in alle vier Richtungen gleichzeitig zunehmen, sehen sich die Verwaltungen immer mehr vor unvereinbare Leistungserwartungen gestellt.“

<sup>2</sup> Vgl. Richtlinie zur Stadtentwicklung vom 10. September 2001 (SRO 112)

Verkehrs- und Umweltkommissionen getreten ist, berät den Stadtrat in Fragen der nachhaltigen Stadtentwicklung, nimmt zu Grundsatzfragen Stellung und bringt wie auch die Koordinationsstelle eigene Inputs ein.

## 1.2 Positive Bilanz der ersten sieben Jahre

Die Neustrukturierung der Stadtentwicklung hat sich weitgehend bewährt. Auf Grund der Initiative der *Koordinationsstelle* wird seit 2006 ein umfassender Mitwirkungsprozess unter dem Titel „Olten 2020 – für eine l(i)ebenswerte Stadt“ durchgeführt, aus dem als eine der im umfassenden Aktionsplan vorgesehenen Massnahmen im März 2008 auch ein Leitbild als Grundlage für die städtische Politik resultierte. Weitere Grundlagenarbeiten wurden in den Bereichen Kultur mit dem Bericht „Kultur in Olten“ und Sport mit der Sportstättenplanung (inkl. Masterplan für deren Umsetzung) geleistet. Derzeit werden Projekte in den Bereichen Gemeindefusionen und Quartierentwicklung vorangetrieben; in Vorbereitung ist zudem eine Bevölkerungs- und Firmenumfrage. Ferner wird viel Kapazität in die Informationsarbeit gegenüber der Kommission und gegen aussen, insbesondere gegenüber den Medien, sowie ins Networking gegenüber anderen am Standortmarketing beteiligten Organisationen (Wirtschaftsförderung, Tourismusförderung, Gewerbeverband etc.) und in gemeinsame Projekte (Wohnregion Olten, Aktionsprogramm Innenstadt, Stadtmarketing etc.) gesteckt. Im Aufbau sind ferner Instrumente zur Vereinheitlichung des Projektmanagements und zur Verbesserung der Übersicht über die laufenden Projekte (vgl. Ziff. 4.3).

An dieser Stelle ist klar festzuhalten, dass mit den vorhandenen verwaltungsinternen Kapazitäten keine zusätzlichen Aktivitäten ausgeführt werden können, beispielsweise was ein Controlling über die laufenden Projekte oder eine regelmässige Datenerhebung bzw. -auswertung angeht, sofern diese als notwendig erachtet werden (vgl. Ziff. 2). Ebenso müssen bei den durch die Leitung Stadtentwicklung selber geführten Projekten Prioritäten gesetzt und können aus Kapazitätsgründen nicht mehrere (Stadtentwicklungs-)Projekte gleichzeitig geführt werden. Eine Synergie bzw. Entlastung wird durch die vom Parlament befristet auf drei Jahre bewilligte 50%-Stelle eines oder einer Integrationsbeauftragten angestrebt, indem diese Kapazitäten in den Bereichen Quartierentwicklung und Networking zur Verfügung stellt.

Die *Kommission für Stadtentwicklung* hat sich im Februar 2006 einen Leitfaden für ihre Tätigkeit gegeben, in dem sie folgende Aufgaben definierte:

- Beratung des Stadtrates in Fragen der Stadtentwicklung
- Umfassende Interessenabwägung von stadtentwicklungsrelevanten Vorhaben hinsichtlich ökonomischer, ökologischer und gesellschaftlich-sozialer Gesichtspunkte
- Überblick über diese Vorhaben und Setzen von Prioritäten
- Erarbeitung eigener Vorschläge zu Händen des Stadtrates
- Mithilfe beim Zusammentragen von Entscheidungsgrundlagen

Die Kommission hat aus verschiedenen Gründen ihre Position noch nicht in befriedigender Weise gefunden; nicht zuletzt sind der zeitlichen Verfügbarkeit ihrer Mitglieder enge Grenzen gesetzt, die mit der Bedeutung der Kommission in Konflikt stehen. Wesentlich mitgewirkt hat sie im Projekt „Olten 2020“, wo sie als Spurguppe wirkte und ihre Mitglieder auch Moderationsarbeit übernahmen. Viel Zeit wird daneben aufgewendet, um einen gewissen Informationsstand zu erreichen; dennoch wird die Kommission immer wieder mit Geschäften „überrascht“, zu denen sie ohne grosse Vorbereitung Stellung nehmen muss.

Generell muss verwaltungs- und behördenintern das gemeinsame Denken gegenüber dem Spartendenken noch gesteigert werden, damit die Stadtentwicklung den ihr zustehenden Stellenwert erhält. Auch hier sind der Belastung durch Projekte aber Grenzen gesetzt.

## 2. Motion Ammann/Bachmann

Am 7. November 2006 wurde von Markus Ammann und Marion Bachmann (SP-Fraktion) eine Motion eingereicht, mit welcher der Stadtrat beauftragt werden sollte, dem Parlament in einem Bericht und Antrag aufzuzeigen, wie die Stadtentwicklung vorangetrieben werden kann, insbesondere wie die Aufarbeitung von Grundlagendaten sowie die Formulierung von Zielen und Strategien zur Stadtentwicklung Olten innerhalb nützlicher Frist sichergestellt werden kann<sup>3</sup>. Handlungsbedarf sahen die Motionärin und der Motionär unter anderem in den Bereichen Öffentlichkeitsarbeit, Sammeln und Sichten von Grundlagenmaterial, Auswerten von Kennzahlen und Formulieren von Leitbildern und Strategien sowie Bearbeiten von aktuellen stadtentwicklungs- und zukunftsrelevanten Querschnittsthemen wie integrale Aufwertung benachteiligter Quartiere, Sicherheit, Standortmarketing, Koordination und Prozesssteuerung sowie periodische Erstellung von Gesamtüberblicken. Gefordert wurde eine Verstärkung in Sachen Ressourcen und Professionalität; eine professionelle personelle Verstärkung in Form einer Stelle „Stadtentwicklung“, zumindest temporär, wurde als unumgänglich bezeichnet.

Der Stadtrat erklärte in seiner Beantwortung, während die Zielformulierung im Rahmen des städtischen Leitbildes aktuell erfolge, stelle sich die Sachlage im Bereich vernetztes Denken komplexer dar: Aufgaben der Stadtentwicklung würden von vielen Organisationen, Gremien und auch von den Verantwortlichen in der Stadtverwaltung täglich wahrgenommen; die Koordination der vielfältigen Bemühungen solle künftig unter der Oberhoheit des Stadtrates mit koordinierenden Gremien verbessert werden. Punkto Grundlagenerarbeitung plädierte der Stadtrat für ein projektbezogenes Vorgehen: Es solle aufgelistet werden, welche Daten wo vorhanden sind; eine aktuelle Erhebung in grossem Umfang solle indessen erst erfolgen, wenn die Daten für ein spezielles Projekt benötigt würden. Der Schaffung einer Stelle Stadtentwicklung vorziehen würde er, so der Stadtrat, dass die vorhandenen Knowhow-Träger aller Stufen, insbesondere die Verwaltungsleiter, die Stadtplanung und der Leiter Stadtentwicklung, über freie Kapazitäten verfügten. Wichtig seien zudem ein koordiniertes Vorgehen, ein vernetztes Denken und die Bereitschaft für eine nutzbringende Zusammenarbeit.

Mit 32:10 Stimmen überwies das Parlament die Motion. Vorausgegangen war eine Diskussion, bei der insbesondere die – unterschiedlich beurteilte – Ressourcenfrage und die Rolle der Kommission für Stadtentwicklung im Zentrum standen.

## 3. Positionierung der Kommission für Stadtentwicklung

In einer Sondersitzung äusserte sich die Kommission für Stadtentwicklung zu Beginn dieses Jahres dahingehend, dass in Sachen Stadtentwicklung in den letzten Jahren viel getan worden sei und man sich auf dem richtigen Weg befinde. Dies genüge aber noch nicht, da keine konsistente Stadtentwicklung bestehe. Die Kommission sprach sich daher für eine noch professionellere Struktur aus, was eine Mehrheit als Mischform aus externen und internen Kapazitäten interpretierte: Externe brächten immer wieder unabhängige Aussensichten und aktuelles Fachwissen ein; intern brauche es Kapazität für die Erhaltung der Kontinuität, für die Koordination und interne Motivierung sowie für Projekt- und Prozessentwicklungen.

Die Kommission sieht sich selber in Zukunft vermehrt als Sparring-Partner und Think-Tank für die übrigen Organe der Stadtentwicklung. Neben den üblichen Sitzungen, bei denen in ihrer Zuständigkeit liegende Geschäfte behandelt und Informationen zu laufenden Projekten vermittelt werden sollen, sind dafür drei bis vier grössere Veranstaltungen pro Jahr vorgesehen, an denen grundsätzliche Fragestellungen traktandiert werden und die Kommission auch selber Neues lancieren kann. Seither hat neben der erwähnten

---

<sup>3</sup> Vgl. Beilage 1

Sondersitzung auch ein Workshop zum Thema Quartierentwicklung auf der rechten Aareseite stattgefunden.

#### 4. Weiteres Vorgehen

##### 4.1 Inhalte: Ziele und Strategien

Mit dem Leitbild der Stadt Olten unter dem Titel „Zentral, urban, natürlich Olten“ hat der Stadtrat im März 2008 die Richtschnur für die Weiterentwicklung der Oltnen Stadtpolitik in den nächsten Jahren formuliert. Es enthält unter anderem 4 Leitziele für eine nachhaltige Entwicklung, 4 Handlungsfelder auf dem Weg ins Jahr 2020 und 4 Handlungsmaximen für die Umsetzung. Ergänzend zu dieser gewissermassen normativen Ebene wird der Stadtrat wie bisher auf der strategischen Ebene der Legislaturplanungen (4 Jahre) Regierungsprogramme und auf der operativen Ebene der Jahresplanungen (1 Jahr) Jahresprogramme vorlegen. Leitbilder und Konzepte werden ferner formuliert zum „Was“ in einzelnen Bereichen (z.B. Alter, Kultur, Integration, Umwelt, Energie, Sicherheit etc.) sowie auf der Ebene einzelner Verwaltungseinheiten über das „Wie“ der Umsetzung. Über Leistungsvereinbarungen wird zudem Einfluss genommen auf die Leitbilder von Partnerorganisationen etwa in den Bereichen Wirtschaftsförderung, Tourismusförderung und Stadtmarketing. Die entsprechenden Grundlagen sind bereits weitgehend vorhanden.

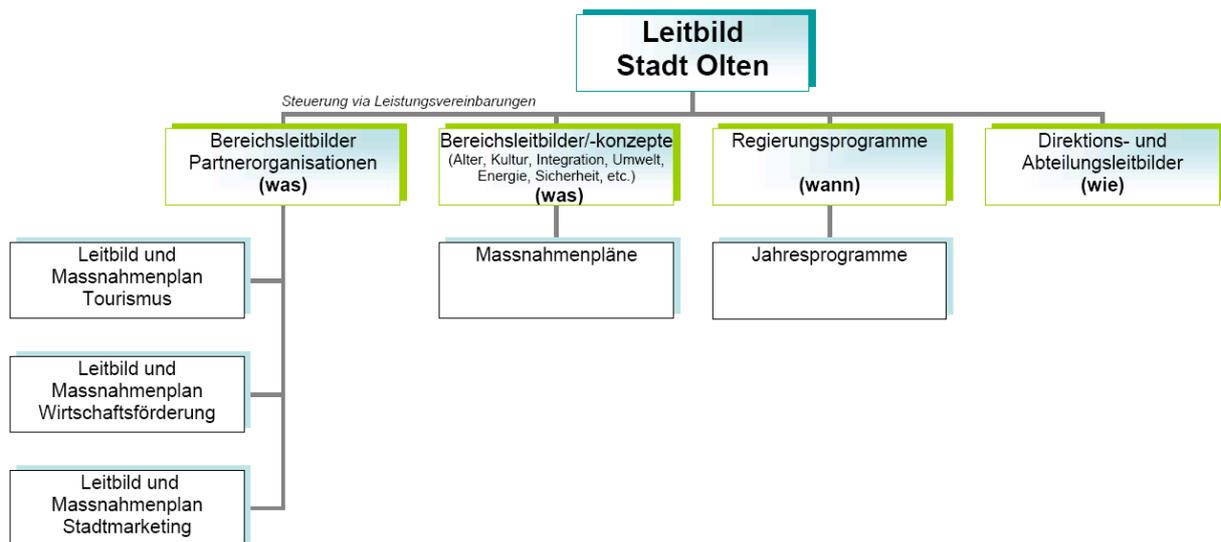


Abbildung 1: Koordination der Inhalte

##### 4.2 Organisation: Einführung einer Koordinationsgruppe Stadtentwicklung

Die bei der Neustrukturierung der Stadtverwaltung eingeführte Organisation im Bereich Stadtentwicklung wird im Wesentlichen beibehalten und im Bereich Koordination ergänzt:

###### a. Stadtrat:

Zu Gunsten einer starken Koordination und Verbindlichkeit definiert der Gesamtstadtrat die politischen Ziele der Stadtentwicklung und setzt die Prioritäten bei der Realisierung der wichtigsten Projekte. Er erteilt der Koordinationsstelle Aufträge und bestimmt über die Verwendung der für die Stadtentwicklung bewilligten Kredite.

###### b. Kommission für Stadtentwicklung:

Die Kommission für Stadtentwicklung berät den Stadtrat in Fragen der nachhaltigen Stadtentwicklung, nimmt zu Grundsatzfragen und zu den Projektergebnissen Stellung und

bringt im Sinne ihres Leitfadens (vgl. Ziff. 1.2) und der Anfang dieses Jahres erfolgten Positionierung (vgl. Ziff. 3) vermehrt eigene Inputs ein.

c. Leitung Stadtentwicklung:

Die Leitung Stadtentwicklung (Koordinationsstelle) befasst sich als Stabsstelle des Stadtpräsidiums mit den Fragen der Stadtentwicklung. Sie hat den Auftrag, Handlungsbedarf frühzeitig zu erkennen, Probleme vertieft und interdisziplinär zu analysieren, Strategien zu entwickeln und Personen zu vernetzen.

Konkret hat sie folgende Aufgaben:

- Interne und externe Ansprechstelle für Stadtentwicklung
- Dienstleistungen für Stadtrat, Kommission für Stadtentwicklung und Parlament
- Initialisierung von Grundlagen zur Stadtentwicklung (statistische Daten, Bevölkerungsbefragungen, Konzepte und Leitbilder, Erfahrungsaustausch mit andern Gemeinden)
- Initialisierung von Projekten nach Vorgaben des Stadtrates
- Einbringen von eigenen Vorschlägen
- Betreuung von übergeordneten Projekten
- Koordination von für die Stadtentwicklung relevanten Projekten
- Unterstützung des Stadtpräsidiums in der „Aussenpolitik“ (Regionalpolitik)
- Vernetzung von Akteuren
- Kommunikation im Bereich Stadtentwicklung zwischen den Akteuren und zur Öffentlichkeit

Dadurch dass die Koordinationsstelle vom Stadtschreiber geführt wird, ist eine Koordination mit der Geschäftsplanung in Stadtrat und Parlament sowie mit der Informationsstelle gegeben. Um die Funktion des Stadtschreibers zu entlasten, wird die Geschäftsstelle AareLand ausgelagert und die Verantwortung für die Oberaufsicht Wahlen und Abstimmungen an die Leiterin Stadtkanzlei abgegeben, die daneben nach Möglichkeit auch weitere Aktivitäten im Stabs- und im Kommunikationsbereich (Internet) übernimmt und zur Stadtschreiber-Stellvertreterin befördert wird. Auf Grund verbesserter Abläufe in der Stadtkanzlei (systematische Erfassung und Verschlinkung von Abläufen, Einsatz neuer Software, Mails statt Post und Unterstützung durch Lernende) lässt sich diese Mehrbelastung der Leiterin kapazitätsmässig bei den übrigen Mitarbeiterinnen auffangen.

Sollten von der Koordinationsstelle neben der Leitung der Koordinationsgruppe Stadtentwicklung (vgl. Abs. f) weitere zusätzliche Arbeiten erwartet werden, braucht es auch zusätzliche Kapazitäten. Der Stadtrat ist indessen der Ansicht, dass erst mit der verbesserten Organisation und den neu eingeführten Instrumenten Erfahrungen gesammelt werden sollen, bevor allenfalls weitere Stellen geschaffen werden. Zudem sollen Synergien mit der neu geschaffenen Stelle einer bzw. eines Integrationsbeauftragten gesucht werden.

d. Weitere interne Beteiligte:

Zu den weiteren internen Beteiligten an Themen der Stadtentwicklung gehören neben der erwähnten neuen Stelle einer bzw. eines Integrationsbeauftragten die Mitarbeitenden der von ihrer Natur her schon interdisziplinär arbeitenden Stadtplanung und Umweltfachstelle. Hinzu kommen die Verwaltungsleitenden, die zusammen mit ihren Mitarbeitenden innerhalb ihrer Direktionen sowie in direktionsübergreifenden Projekten ihr Knowhow zu Gunsten des Gesamtunternehmens einbringen.

e. Externe Fachleute:

Wie es auch die Kommission für Stadtentwicklung an ihrer Sondersitzung im Januar dieses Jahres ausgeführt hat, gilt es daneben auch weiterhin regelmässig aktuelles Fachwissen bei externen Fachleuten einzukaufen, die auch unabhängige Aussensichten gewährleisten.

#### f. Neu: Koordinationsgruppe Stadtentwicklung

Zur besseren Vernetzung zwischen den internen und externen Playern der Stadtentwicklung beabsichtigt der Stadtrat die Schaffung einer Koordinationsgruppe Stadtentwicklung, bestehend aus Stadtpräsident/in, Leitung Stadtentwicklung, Präsident/in Kommission für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderer/in Region OGG, Präsident/in Region Olten Tourismus und Präsident/in Gewerbe Olten. Sie hat die Aufgabe, an mindestens monatlich stattfindenden Treffen die internen und externen Vorhaben gegenseitig zu kommunizieren und zu koordinieren und gemeinsame Projekte zu lancieren.

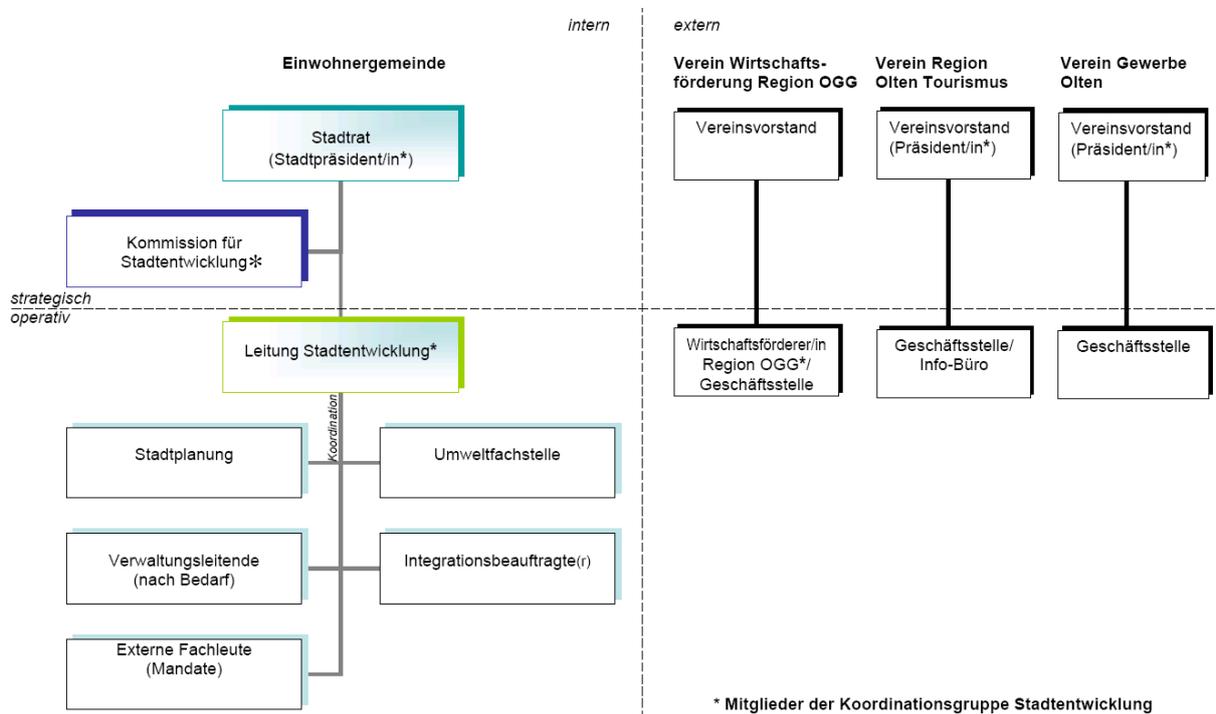


Abbildung 2: Koordination der „Player“

#### 4.3 Abläufe und Übersicht: Projektmanagement

Zur Vereinheitlichung des Vorgehens in den Projekten der Stadtverwaltung hat die Leitung Stadtentwicklung einen Leitfadens Projektmanagement Stadt Olten mit folgenden Zielsetzungen erarbeitet:

- Effiziente Steuerung der Projekte der Stadtverwaltung durch sowohl die Auftraggeber als auch die Beauftragten
- Sicherstellung der Projektziele bezüglich Termin- und Kosteneinhaltung
- Qualitätssicherung durch einheitliches Vorgehen
- Ökonomischer Mitteleinsatz
- Jederzeitige Übersicht über den Stand der wichtigsten Projekte

#### 4.4 Grundlagenerarbeitung

In den ersten drei Monaten des laufenden Jahres ist durch die Leitung Stadtentwicklung innerhalb der Stadtverwaltung eine Auflistung der noch gültigen Leitbilder und Grundlagenbereich initiiert worden; bis Mitte Jahr stösst eine Erhebung der vorhandenen Daten hinzu. Dies soll den internen und externen Projektleitenden wie auch den Verwaltungsleitenden erlauben, ohne grossen Aufwand für die Feststellung, die Erhebung und die Auswertung von Daten nach bestimmten Fragestellungen besorgt zu sein. Dabei

gehört es auch zu den Aufgaben der Direktionen, Daten in ihrem Bereich zu erheben, auszuwerten und mit anderen Gemeinden im Benchmarking zu vergleichen.

Für das Jahr 2009 ist zudem eine Bevölkerungs- und Firmenumfrage geplant als Ausgangslage für ein neues Regierungsprogramm für die Legislatur 2009-2013.

#### 4.5 Öffentlichkeitsarbeit

Zu den vier im neuen Leitbild der Stadt Olten formulierten Handlungsmaximen gehört auch „Worte über Taten“. Mit der Zielsetzung, über das von der internen Informationsstelle bewältigbare „Tagesgeschäft“ hinaus Goodnews einerseits über die Stadtverwaltung und in zweiter Linie über die Stadt Olten, das heisst auch über die Aktivitäten von Partnerorganisationen, zu verbreiten, wurde in diesem Sinne ein externes Kommunikationsbüro mit einem Mandat ausgestattet. Dieses beinhaltet vorderhand die Publikation eines monatlichen Medienberichts aus der Stadtverwaltung – insbesondere aus den Bereichen Stadtentwicklung, Stadtplanung, Einzelprojekte etc. – sowie die Begleitung von Einzelprojekten nach Bedarf. Zusammen mit Goodnews der Partnerorganisationen werden die erarbeiteten Informationen zu einem monatlichen Newsletter im Internet zusammengefasst. Je nach bewilligten finanziellen Mitteln kann diese Zusammenarbeit jederzeit ausgebaut werden.

#### 4.6 Richtlinie zur Stadtentwicklung

Nimmt das Gemeindeparlament vom vorgeschlagenen weiteren Vorgehen Kenntnis, wird die Richtlinie zur Stadtentwicklung vom Stadtrat entsprechend überarbeitet (vgl. Entwurf in der Beilage), wobei auch die im Jahr 2005 erfolgten und nun in Kraft bleibenden Änderungen nachzuvollziehen sind.

#### Beschlussesantrag:

1. Vom geplanten weiteren Vorgehen betreffend Stadtentwicklung wird Kenntnis genommen.
2. Die Motion Markus Ammann/Marion Bachmann betreffend Erarbeitung von Grundlagen zur Stadtentwicklung wird abgeschrieben.
3. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

- - - - -

Der vorliegende Bericht und Antrag wurde den Parlamentsmitgliedern zusammen mit der Zustimmungserklärung der Geschäftsprüfungskommission zugestellt.

**Felix Wettstein:** Die Geschäftsprüfungskommission ist auf das Geschäft eingetreten. Sie empfiehlt Zustimmung zu den stadträtlichen Anträgen, hat aber mehrere Aspekte kritisch beleuchtet. Erstens stellt sie sich die Frage: Wird die strategische Stadtplanung und die Grundlagenbearbeitung wirklich geleistet, anders gesagt, haben wir in Olten eigentlich eine Stadtentwicklungskultur? Wenn ja, dann müssten zahlreiche Personen diese Kultur verkörpern. Zweitens hat die Kommission zustimmend zur Kenntnis genommen, dass gewisse Stadtschreiberaufgaben sinnvoll umgelagert werden sollen. Trotzdem gibt es Bedenken, ob der Weg, der hier für die Stadtentwicklung vorgeschlagen und eingeschlagen wird, nicht zu sehr allein von der Koordinationsstelle in der Person des Stadtschreibers abhängt. Drittens war die Funktion und Aufgabenwahrnehmung der Kommission für Stadtentwicklung ein Thema. Die Geschäftsprüfungskommission ist der Meinung, dass die Kommission für Stadtentwicklung stärker als bisher zu einer gestaltenden Kraft werden müsste. In diesem Sinne empfiehlt die GPK Zustimmung zum ersten Beschlussesantrag,

also die Kenntnisnahme des Vorgehens, wie auch zum zweiten Antrag, die Abschreibung der Motion Ammann/Bachmann. Bei der Frage, ob diese Vorlage wirklich schon genügt, um die Motion abzuschreiben, hat es allerdings für einen Mehrheitsentscheid das doppelte Gewicht des Kommissionsvorsitzenden gebraucht.

**Stadtpräsident Ernst Zingg:** Ich möchte quer durch den Bericht gehen. Es ist ein umfangreiches Papier. Aber ich glaube, es ist wert, dass man zwei, drei Sachen hervor hebt. In der Ausgangslage steht, dass die Stadt Olten oder der Standort Olten, also eine Stadtentwicklung über alle Gebiete, eine Position finden soll, ausserhalb und innerhalb dieser Stadt, insbesondere natürlich auch extern und auch für unsere Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, und damit ist auch die Grösse und Bedeutung von laufenden Grossprojekten gemeint, die hier alle aufgelistet sind, dass man dies hervor hebt und das Ganze eben in den Kontext bringen muss, dass es die öffentliche Hand ist und nicht im Unterschied dazu ein Privatunternehmen. Deshalb ist auch die Fussnote nicht ganz unwesentlich, weil gewisse Hürden in der Privatunternehmung anders oder vielleicht weniger hoch sind als bei der öffentlichen Hand. Wenn dies steht, ist es ein Bekenntnis oder eine Positionierung: Wir wollen Stadtentwicklung. Im Jahr 2001 ist es so gesagt worden. Alle haben dies gesagt, und alle haben eigentlich die Schaffung dieser Organisationsstruktur von damals gewürdigt. Es ist ein Teil der Gemeindeordnung, unserer städtischen Verfassung, die man hier dementsprechend auch mit der Position Stadtentwicklung geäußert hat, mit einer Kommission dazu, und und und... und mit Aussagen, die man im Protokoll nachlesen kann. Man hat bei der Organisationsstruktur gesagt, es gibt einen Gesamtstadtrat, der Ziele festlegt und Prioritäten setzt. Es gibt eine Koordinationsstelle. Man hat dies im Jahr 2005, nach vierjähriger Erfahrung neu definiert. Es wurde gesagt, projektbezogen werden interne und externe Stellen involviert und die Stadtentwicklungskommission - ich möchte in Erinnerung rufen, dass dies die frühere Planungskommission, Wirtschaftskommission, Verkehr- und Umweltkommission waren, die in eine grosse Kommission zusammen gefasst worden sind - berät den Stadtrat in Fragen der nachhaltigen Entwicklung, nimmt zu Grundsatzfragen Stellung und bringt Inputs hinein. Das ist einfach etwas, das wesentlich festzustellen ist. Ja, wir haben das Gefühl, wir ziehen eine relativ positive Bilanz von Seiten des Stadtrates. Die Neustrukturierung der Stadtentwicklung hat zumindest dazu geführt - das sieht man auf Seite 2 unter Punkt 1.2 - dass gewisse Projekte ins Laufen gekommen sind und aus diesen Projekten hat es Massnahmen gegeben. „Olten 2020 – für eine l(i)ebenswerte Stadt“ ist immer wieder etwa belächelt worden, wird zum Teil heute noch falsch beurteilt. Aber aus diesem Paket kommen Massnahmen, die wir alle hier schon beschlossen haben oder noch beschliessen werden, von dem die Bevölkerung ganz konkret etwas hat. Das andere Beispiel ist der Bericht „Kultur in Olten“. Ich meine, wir haben zusammen gefasst, was im Kulturbereich abläuft, Massnahmen daraus hervor gehoben und sind dabei, diese zu realisieren. Beim Sportbereich ist es noch einmal das genau Gleiche. Ich erinnere Euch, die wir uns hier gegenseitig bei der Gründung der Sportpark AG bzw. bei der ganzen Geschichte um die Sportstättenplanung ausgesessen haben, und und und... Diese Sachen sind doch bilanzwert. Es ist festzuhalten, dass wir ganz klar an gewisse Grenzen stossen, an Kapazitätsgrenzen vom Personellen her, wenn wir weitere zusätzliche Aktivitäten in diesem Rahmen, wie wir es bis jetzt gehabt haben, weiterführen möchten und würden. Ganz klar. Die Kommission für Stadtentwicklung hat sich im Februar 2006 einen Leitfaden gegeben. Es ist aufgelistet, was etwa der Tenor ist. Die Kommission sagt selber, sie habe aus verschiedenen Gründen ihre Position noch nicht in befriedigender Art und Weise gefunden. Es hängt ganz sicher damit zusammen – das ist für mich eine Entschuldigung, die man gelten lassen muss, weil es eine Milizkommission ist - dass der zeitlichen Verfügbarkeit der Mitglieder, die selbstverständlich auch berufstätig sind, Grenzen gesetzt sind. Aber sie hat bei diesen grossen Projekten mitgewirkt, und das kann man wirklich nur positiv erwähnen. Generell muss - das ist eine ganz wichtige Aussage – durch die Verwaltung und die Behörden intern das gemeinsame Denken, nicht das „Gärtlidenken“ und nicht irgend welche persönlichen Situationen schaffend, sondern das gemeinsame Denken gegenüber dem Spartendenken eben gesteigert werden. Stadtentwicklung ist etwas, das alle angeht. Sie muss einen Stellenwert haben. Früher hat man auch schon Stadtentwicklung gemacht. Man hat es nur etwas anders gesagt. Die Motion von Markus Ammann und Marion Bachmann hat

ja eigentlich diesen Bericht heraus gefordert. Es ist ja die Antwort auf diesen Bericht. Wir haben dort einen Beschluss gefasst bekommen, dass man eine Aussage zur Stadtentwicklung machen soll. Man hat in dieser Motion auch gesagt, dass insbesondere die Aufarbeitung von Grundlagendaten und die Formulierung von Zielen und Strategien innerhalb einer nützlichen Frist sicher gestellt werden sollen und hat einen gewissen Handlungsbedarf festgestellt. Es wurde aber auch gesagt: Verstärkung in Sachen Ressourcen und Professionalität und eine professionelle personelle Verstärkung in Form einer Stelle Stadtentwicklung müsse man zumindest temporär ins Auge fassen. Es sei auf eine Art unumgänglich. Der Stadtrat hat in seiner Beantwortung auch im Zusammenhang mit den Zielformulierungen im Rahmen des städtischen Leitbilds die Sachlage des Bereichs des vernetzten Denkens etwas erarbeitet und überdacht. Wir sagen, für die Stadtentwicklung hat es Aufgaben für viele Organisationen, Gremien und auch von Verantwortlichkeiten in der Stadtverwaltung, die täglich wahr genommen werden. Die Koordination ist eines der grossen Probleme, all diese Aktivitäten unter der Oberhoheit des Stadtrates – das ist einfach so, wie es auch festgelegt worden ist – zu verbessern. Die Positionierung der Kommission für Stadtentwicklung: Es hat anwesende Personen, die sogar das Vizepräsidium haben oder Mitglieder der Kommission sind, die hier sicher selber etwas dazu sagen können. Die Kommission hat sich in einer Sondersitzung selber überdacht. Sie hat gesagt: Wir wollen mehr zu einem Sparring-Partner werden und zu einem Think-Tank für die übrigen Organe der Stadtentwicklung und möchten neben den üblichen Sitzungen eben auch in drei bis vier grösseren Veranstaltungen zu ganz konkreten, speziellen grundsätzlichen Fragenstellungen selber aktiv werden und uns hier äussern und einbringen können, Neues lancieren. Das ist die Aussage der Kommission. Geschehen. Man hat einen Workshop über das Thema „Quartierentwicklung auf der rechten Aareseite“ gemacht. Davon werden wir im Laufe der nächsten Zeit noch hören. Das weitere Vorgehen: Sie sehen dies auf Seite 4 ff. Ein Leitbild zum Titel „zentral – urban – natürlich – Olten“ ist geschaffen worden. Man hat eine Richtschnur zur Weiterentwicklung der Stadt in den nächsten Jahren entwickelt, Handlungsfelder bestimmt, und und und... zu diversen Themen mit der Frage: Was? Alter, Kultur, Integration und so weiter und so fort. Die Organisation: Wir möchten gerne eine Koordinationsgruppe für die Stadtentwicklung einführen. Der Stadtrat definiert zu Gunsten dieser starken Koordination und Verbindlichkeit politische Ziele und setzt Prioritäten. Die Kommission berät den Stadtrat in dieser Entwicklung und nimmt zu Grundsatzfragen Stellung. Die Leitung der Stadtentwicklung oder die Koordination - ich brauche das Wort jetzt wieder - ist ein Thema, das vorher vom Sprecher der GPK auch schon angetönt worden ist. Ich denke, es ist ein grosses Verdienst unseres Stadtschreibers, was hier bis jetzt geleistet worden ist. Seine Kompetenz, auch durch seine Weiterbildung, hat hier mitgeholfen. Aber irgend einmal geht das nicht mehr. Deshalb braucht es eine Entlastung. Man könnte jetzt sagen, man hat zu viele Leute in der Stadtverwaltung oder im Stadtpräsidium. Das ist auch eine Variante. Meine Antwort ist eine ganz andere. Man kann auch umorganisieren, Abläufe verschlanken und hier jetzt tatsächlich auch Soft- und Hardware ausnützen und sich unter die Arme greifen. Deshalb können wir unseren Stadtschreiber für diese Koordinationsstelle auch entlasten. Weitere Beteiligte: Der Integrationsbeauftragte, die Stelle, die hier im Parlament geschaffen wurde, ist eine wichtige Figur. Sie werden wir in dieser ganzen Materie ganz klar interdisziplinär berücksichtigen. Es braucht auch die externen Leute, die von aussen her über die Schulter schauen. Sie haben natürlich auch eine Kompetenz, gewisse Projekte, die wir nicht inhouse weiterführen können, zu bearbeiten. Die Koordinationsgruppe ist das neue Gebilde und eine Zusammensetzung von Wirtschaft, Tourismus, Gewerbe mit der Stadtentwicklung, mit der Kommission und der politischen Verantwortlichkeit zu einer Koordination, die wir hier gerne einmal für die nächsten Jahre vorschlagen und einführen möchten. Das Projektmanagement gehört dazu. Ich erinnere mich immer wieder an Voten aus dem Mund des geschätzten Candidus Waldispühl, ehemals Gemeinderat, der gesagt hat: Das Projekt muss doch gemanagt sein. Es muss doch eine Ablaufplanung, ein Flussdiagramm vorhanden sein. Darum geht es unter anderem natürlich für die vielen Projekte. Die Grundlagenarbeit in den ersten drei Monaten des laufenden Jahres ist unter der Leitung der Stadtentwicklung innerhalb der Stadtverwaltung aufgelistet worden. Was ist alles vorhanden? Bis Mitte Jahr kommen hier Daten dazu, was letztlich in diesem Hause überhaupt jetzt schon vorhanden ist. Eine Forderung, die damit erfüllt wird. Im

Jahre 2009 möchten wir auch eine Motion, die aus dem Parlament heraus überwiesen worden ist - ich glaube seinerzeit von Daniel Probst - eine Bevölkerungs- und Firmenumfrage machen, die wir in der neuen Legislatur werden laufen lassen. Sie ist geplant. Es sind alle Vorbereitungen getroffen. Öffentlichkeitsarbeit ist ein ganz wichtiges Thema. „Tue Gutes und verkaufe es“ ist tatsächlich ein echtes Thema für Olten. Das sagen uns zum Teil die Medienleute selber, indem sie sagen: Beliefert uns mit Unterlagen oder macht es selber. Dann bringen wir es auch. Das ist auch eine Variante. Ich möchte Sie zusammenfassend noch auf drei, vier Sachen aufmerksam machen. Wenn wir neue Stellen schaffen, brauchen wir sie für die Front, für die Umsetzung von Massnahmen, die möglichst direkt spürbar sind und nicht für Konzepte. Deshalb haben wir als praktisches Beispiel auch seinerzeit beim Kulturkonzept nicht die Stelle des Kulturverantwortlichen geschaffen. Das ist der Grund gewesen, weshalb wir dies zurückgenommen haben. Ich kann dies ja von mir selber sagen. Aber dafür hat man bei der Stadtbibliothek eine 50 %-Stelle bewilligt und die Öffnungszeiten dadurch erweitert. Das ist im gleichen Gemeinderat geschehen. Viele Leute in der Stadtverwaltung machen Stadtentwicklung. Es ist eine Aufgabe, die nicht die einzelnen, Frau Forster, Herr Zingg, Frau Müller oder irgend jemanden angeht, sondern eigentlich alle Leute, die für die Stadt Olten tätig sind, machen auf ihre Art einen Job im Bereich Stadtentwicklung. Es tönt jetzt sehr, sehr einfach. Wir könnten jetzt unzählige Beispiele machen, was es braucht, wie jetzt hier ein Räderwerk in Kraft treten muss, bis irgend etwas entsteht. Es braucht eine Koordination. Ein gutes Beispiel gibt es vielleicht im Zusammenhang mit Kleinholz und Bornfeld. Es ist in der GPK angetönt worden, hier gehe so nichts. Was macht eigentlich die Stadtentwicklung? Schaut: Es gibt noch so intensive Planungen und Steuerungen. Es gibt manchmal gewollte Entwicklungen und manchmal solche, die man von der öffentlichen Hand nicht beeinflussen kann, siehe Fussnote im Bericht und Antrag. Beim Kleinholz geht es um eine Differenz im Altlastenbereich. Hier haben wir im Moment etwas gebundene Hände. Wir sind zwar wieder an diesem Altlastenthema. Ganz konkret, noch nicht sehr lange her, haben wir wieder eine wichtige Verhandlung geführt. Aber es sind uns manchmal in gewissen Sachen etwas die Hände gebunden. Wenn wir sagen: Die Stadtentwicklung hat sich bisher bewährt, heisst das: Vor noch nicht allzu langer Zeit ist im Bereich Stadtentwicklung als Organisation noch gar nichts gewesen. Heute haben wir ein Gebilde, das Erfolg aufweisen kann, wenn es auch noch nicht perfekt ist. Es gilt jetzt, in dieser und auch der nächsten Amtsperiode weitere Erfahrungen zu sammeln, Bilanz zu ziehen und dann über das weitere Vorgehen zu beschliessen. Dann kann es möglicherweise auch um personelle und andere Ressourcen gehen.

**Antonia Hagmann:** Zuerst möchte ich im Namen der CVP/EVP-Fraktion an dieser Stelle auch die Gelegenheit benützen, unserem Stadtschreiber Markus Dietler für das grosse Engagement um die Belange der Stadtentwicklung ganz herzlich zu danken. Beängstigend ist nur, dass nach unserer Ansicht momentan zu viele Aktivitäten und die Organisation vorwiegend von ihm abhängig sind. Wir von der Fraktion sind auch der Meinung, dass eine positive Bilanz der Neustrukturierung der Stadtentwicklung gezogen werden kann, wie es Ernst Zingg schon angetönt hat. Wir unterstützen die Meinung und sind auch der Meinung, dass der vorgeschlagene Weg durchaus auch unsere Unterstützung erhält. Dass die Koordinationsstelle und die Leitung weiterhin vom Stadtschreiber geführt werden, ist unbestritten. Dass die Leiterin der Stadtkanzlei zur Stadtschreiber-Stellvertreterin befördert wird und somit den Stadtschreiber entlastet, ist in unseren Augen eine ideale Lösung und erfüllt für einmal die oft gewünschten internen Rochaden und Aufgabenumverteilung. Wie die heutige Position der Stadtentwicklungskommission ist, kann ich zuwenig beurteilen. Wichtig ist aber für die Zukunft sicher, dass die Kommission früh miteinbezogen wird und die Mitglieder auch eigene Inputs einbringen. Die Schaffung der Koordinationsgruppe Stadtentwicklung ist sehr zu begrüssen, damit die Vernetzung intern und extern stattfindet und Missverständnisse und Leerläufe vermieden werden können. Die angestrebte verstärkte Öffentlichkeitsarbeit und die Mitwirkungsverfahren, die schon im Gange sind, sind unbestritten gut. Aber mit dem Ausdruck „Worte über Taten“ habe ich so meine Bedenken. Gegen gute Information ist wirklich nichts einzuwenden. Aber man sollte bedenken, dass eine Stadt an den umgesetzten Projekten gemessen wird und nicht an den vielen angedachten. Kurz und gut: Wir von der CVP-Fraktion sind mit dem weiteren Vorgehen und

der Revision der Richtlinien zur Stadtentwicklung einverstanden, nehmen sie zur Kenntnis und sind auch mit der Abschreibung der Motion Ammann/Bachmann einverstanden.

**Dr. Markus Ammann:** Die SP-Fraktion hat nicht die genau gleiche Haltung zu diesem Geschäft. Ich sage es gleich zum Voraus: Für uns ist die Stadtentwicklung ein ganz wichtiges Anliegen. Das zeigen wir auch immer wieder, wie wir uns engagieren, sei es für eine Begegnungszone oder sogar unter Umständen für ein Parkhaus. Deshalb sind wir vom vorliegenden Bericht und Antrag des Stadtrates vielleicht auch etwas besonders enttäuscht. Es hat ein paar gute Ansätze in dieser Vorlage, die wir auch gerne weiter unterstützen würden. Die Entlastung des Stadtschreibers – das ist schon mehrmals gesagt worden – ist sicher zu begrüßen. Es fragt sich allerdings, weshalb diese Entlastung so leicht machbar ist oder was denn die anderen Personen, die diese Aufgaben jetzt zum Teil übernehmen, gemacht haben. Der Wille zur besseren Koordination ist sicher positiv. Stadtentwicklung ist eine Querschnittsaufgabe. Koordination ist selbstverständlich ein zentraler Bestandteil. Das muss gestärkt werden. Mit vermehrter Information und Öffentlichkeitsarbeit wird einem Anliegen der Motion auch Rechnung getragen. Das ist sicher auch positiv. Ein professionelles Projektmanagement ist ein altes Anliegen des Parlaments. Ernst Zingg hat es gesagt. Das finden wir auch gut. Allerdings ist dies vielleicht nicht nur ein Stadtentwicklungsthema, sondern eben schon ein Stück weit ein Stadtschreiberthema oder ein Verwaltungsthema. Hier fängt eben auch die Problematik ein Stück weit an. Wir möchten auf zwei Mängel hinweisen, die uns besonders gravierend und ungelöst erscheinen. Die Vermischung der Funktion des Stadtschreibers und Stadtentwicklung tut unseres Erachtens beiden Aufgaben nicht gut, und zwar nicht nur im Interesse der Aufgaben, der Sache an und für sich, sondern auch im Interesse der Person selber. Wir vermuten, dass früher oder später eine Überforderung oder einfach eine Überlastung an den Tag treten wird. Das müssen wir unbedingt verhindern, denn – ich sage es auch offen und ehrlich – ein längerer Ausfall von Markus Dietler würde ein riesiges Loch hinterlassen. Dann wäre wirklich niemandem gedient. Nicht, dass wir uns falsch verstehen: Wir können uns der CVP/EVP-Fraktion vollständig anschliessen. Wir schätzen Markus Dietler. Er hat der Stadt in den letzten Jahren viele neue Impulse, gute Projekte gebracht. Er hat eigentlich einen tollen Stadtentwicklungsjob gemacht. Wir könnten uns auch vorstellen, dass er dies weiter macht, allerdings unter bereinigten Strukturen. Zweitens erkennen wir im Kern eigentlich keinen Fortschritt in der Organisation der Stadtentwicklung. Man schafft zwar jetzt ein neues Gremium. Ohne eine fundierte Analyse wird ein Gremium gebildet oder ernannt, wie auch immer. Wir sind nicht einmal sicher, ob all die Betroffenen, die jetzt hier angesprochen sind, einbezogen worden sind. Wenn man zum Beispiel Abbildung 2 auf Seite 6 anschaut, wissen wir eigentlich nicht genau, wer mit wem sich jetzt unter welcher Leitung koordiniert bzw. ob die Koordinierenden auch etwas davon wissen, dass sie in Zukunft koordiniert werden. Das ist alles etwas schwammig und offen. Letztlich ist einfach keine klare Absicht hinter dieser Organisation oder diesen Funktionen und Rollen, die hier definiert sind, zu erkennen. Wir sagen: Stadtentwicklung ist vorausschauende Planung, und wir sind der Meinung, dass mindestens zwei handfeste Aspekte hier eine wichtige Rolle spielen müssen. Der eine ist so etwas der weiche Aspekt. Auf Seite 5, Punkt c, wo dies wunderbar aufgeführt sind, sind sie gut beschrieben: Koordination, Partizipation, Information, interdisziplinäre Projekte etc. Das ist absolut richtig und wichtig. Das Zweite sind ein Stück weit die harten Aspekte. Ich sage jetzt die bauliche Umgestaltung wird mit dieser Vorlage noch stärker unterschätzt bzw. ein Stück weit an den Rand gedrängt, noch stärker, als es eigentlich bisher schon ist. Der Aspekt der Raumentwicklung oder - das ist dann so das Modewort - von der strategischen Stadtentwicklungsplanung wird noch mehr marginalisiert statt gestärkt. Das Planungsleitbild ist schon längst überholt. Niemand kümmert sich um die Fragen der räumlichen Stadtentwicklung. Die Strategie scheint unseres Erachtens zur Zeit einfach den Weg des geringsten Widerstand zu sein. Ich zitiere es etwas von Ernst Zingg. Man ist blockiert. Man hat gebundene Hände. Dann macht man halt etwas Anderes. Es gibt hinsichtlich der planerischen Entwicklung kein Konzept mehr, schon gar keine Vision und natürlich auch keine saubere Analyse. Die einzelnen Mitarbeiter der Stadtplanung sind zugedeckt mit konkreten Projekten. Das ist richtig. Das hat Ernst Zingg auch gesagt. Sie haben Projekte bis zum Hals hinaus. Jetzt ist halt einfach die Frage: Welche Projekte machen sie und weshalb

machen sie die Projekte? Das heisst, es braucht halt gleichwohl einen konzeptuellen Überbau. Ohne das ist alles nur zufällig. Man kann die Frage gleichwohl stellen: Weshalb wird jetzt im Bornfeld angefangen zu bauen und im Kleinholz passiert nichts? Das kann doch eigentlich nicht sein. Das ist doch stadtentwicklungsmässig völlig falsch. Wer bestimmt eigentlich, welche Gebiete weitergebaut werden? Ist das der Bauherr oder Besitzer oder eben doch im Wesentlichen die Stadt selber, die das bestimmt? Ein anderes Beispiel: Weshalb hat die Hochhausstudie von aussen angestossen werden müssen und ist nicht selber in der Stadtplanung angestossen worden? Oder vielleicht ganz aktuell: Wer bereitet eigentlich raumplanerisch die Fusionen vor, die möglicherweise in nächster Zukunft auf uns zukommen? Da hat wahrscheinlich noch niemand daran gedacht. Beide Aspekte, weich wie hart, muss man letztlich miteinander verheiraten. Das kann unseres Erachtens nur durch zwei professionelle Hauptpersonen funktionieren, die auf der gleichen Augenhöhe miteinander ein Gesamtkonzept für die nächsten zehn, fünfzehn Jahre erarbeiten. Es gibt übrigens noch eine weitere, für uns klare inhaltliche Lücke. Man sieht es in Abbildung 1 des Berichts und Antrags. Zwischen den Leitbildern und den Massnahmenplänen fehlt unseres Erachtens etwas. Wer macht eigentlich die Analysen oder erhebt die Grundlagen, wo nachher eine sinnvolle Strategie und Massnahmen abgeleitet werden können? Es kann nicht sein, dass wir im Rahmen der Umsetzung dann noch Grundlagen erhebt, wenn man eigentlich die Massnahme schon hat. Das ist irgendwie das Pferd von hinten aufgezäumt und vor allem nicht vorausschauend. Unser Vorstoss hat zu guten Teilen gerade in diese Lücke zielen wollen, die jetzt explizit ausgeschlossen worden ist mit der Begründung, dass man nicht mehr Ressourcen beantragen möchte. Unsere Konsequenz ist: Wir lehnen das vorgelegte Vorgehen ab. Es nimmt eigentlich die wesentlichen Kritikpunkte der Motion nicht auf, bringt die Stadtentwicklung unseres Erachtens nicht wirklich weiter. Wir schlagen zwei mögliche Wege vor: Erstens: Der Stadtrat macht eine saubere, neutrale Analyse, definiert die Rahmenbedingungen, erarbeitet die Ziele für eine klare, professionell und zukunftsorientiert strukturierte Stadtentwicklung. Dann legt er, und zwar unabhängig von bestehenden Personen und Organisation, den Bedarf fest und passt dann möglicherweise die Organisation bestmöglich an diese Zielvorstellungen an. Wir denken aber, das geht nicht ohne professionelle Unterstützung. Ich denke persönlich, da muss wahrscheinlich mit einer externen Organisationsberatung einmal überlegt werden, wie die Stadtentwicklung aufgebaut werden soll. Zweitens: Der Stadtrat macht eine professionelle Arbeitsplatzanalyse und -bewertung der Stellen des Stadtschreibers und des Stadtentwicklers getrennt, und das Resultat bestimmt dann das weitere Vorgehen. Wir haben die Unterlagen gelesen und weitgehend enttäuscht zur Kenntnis genommen. Wir werden deshalb die Kenntnisnahme zwar nicht verweigern, weil wir es ja gelesen haben, aber so in einer Art stummem Protest uns der Stimme enthalten und die Motion sicher nicht abschreiben, damit wir die Chance haben, in absehbarer Zukunft doch noch einen guten Schritt in Richtung einer modernen Stadtentwicklung zu kommen.

**Thomas Frey:** Ich kann es etwas kürzer machen. Die Fraktion der FdP war relativ gespalten und dies eigentlich schlichtweg, weil die Vorlage bei unserer Fraktion auf relativ geringes Interesse gestossen ist. Es geht uns ähnlich wie Markus. Wir nehmen es einfach zur Kenntnis, weil wir es gelesen haben. Die Wichtigkeit der Stadtentwicklungskommission ist aber deutlich aufgezeigt und wir sind mit dem weiteren Vorgehen einverstanden. Noch eine Bemerkung: Die Stadtentwicklungskommission müsste durch ein stärkeres Präsidium ihre Funktion als Sparringpartner, wie es Ernst Zingg gesagt hat, noch finden. Wir nehmen dies zur Kenntnis und werden die Motion abschreiben.

**Anita Huber:** Herzlichen Dank an den Stadtrat, dass die Motion verhältnismässig schnell behandelt worden ist. Ganz grundsätzlich haben wir den Eindruck, dass in Olten wenig geplant, dafür eher reagiert wird. Wenn ein Investor mit dem Geldbündel winkt, wird versucht, das Projekt umzusetzen. So entsteht ein städtebaulicher Flickenteppich. Gleichzeitig ist man in Olten bisher nicht offen für visionäre Entwicklungen und grosse Würfe. Statt auch einmal Geld aufzuwerfen, zum Beispiel bei der Sportstättenplanung, entscheidet sich die parlamentarische Mehrheit lieber für die billigere, aber schlechtere Variante. Wir haben das Gefühl, in Olten sitzt man auf dem Geld, um dann am Jahresende die Steuern zu

senken. Aber so bleibt Olten eine Kleinstadt, die der Parkplatzsituation eines Gäuparks naheifert oder dem Eigenheimbauer die gleichen Freiheiten bieten möchte, wie bei einem Bauplatz im hintersten „Chrachen“. Wir vermissen, dass Olten sich auf seine Stärken konzentriert und zum Beispiel als Bahnknotenpunkt umweltinteressierte Pendler anzieht, indem ein Minergiequartier gebaut und damit auch geworben wird. Wir haben bemerkt, dass sich in den letzten Jahren in der Stadtentwicklung mehr bewegt hat als früher. So ist der Prozess „Olten 2020“ durchgeführt worden. Alle, die an diesem Projekt teilgenommen hatten, haben damals eine Aufbruchstimmung gespürt. Die Treibkraft hinter dieser positiven Entwicklung ist Markus Dietler. Unterdessen ist er neben seiner offiziellen Funktion als Stadtschreiber zum eigentlichen Stadtentwickler geworden und zwar zu einem kompetenten Stadtentwickler mit Leistungsausweis. Doch die Konzentration auf eine einzige Person birgt auch Risiken. Deshalb sollte die Stadtentwicklung breiter abgestützt werden. Die Kommission für Stadtentwicklung hat vor allem in der Vergangenheit eine recht passive Funktion gehabt. Ihr sind die Projekte vorgestellt worden, und diese hat sie dann zur Kenntnis genommen. Aus unserer Sicht sollte die Kommission langfristige Visionen entwerfen, mittelfristige Entwicklungen vorpfaden und kurzfristige Projekte anreissen und praxisorientiert umsetzen. Diese Ideen sollen aber nicht nur auf Beton und CAD-Pläne beschränkt sein, sondern auch Probleme aus Umwelt und Gesellschaft angehen. Dazu wäre es auch dringend nötig, dass Frauen in dieser Kommission vertreten sind. In der Kommission für Stadtentwicklung sollen Leute Einsitz nehmen, die entsprechenden Kenntnisse haben, visionäre Ideen entwickeln können oder die Fähigkeit besitzen, konkret Projekte mutig umzusetzen. Nicht das Parteibüchlein, sondern die Eignung soll entscheiden, wer als Mitglied in dieser Kommission die Zukunft von Olten andenkt, wobei es nicht darum geht, das Rad neu zu erfinden. Es gibt viele Beispiele erfolgreicher Stadtentwicklung. Der Kommission ist empfohlen, sich inspirieren zu lassen, beispielsweise von der Begegnungszone in Burgdorf, den neu überbauten ehemaligen Industriequartieren in Baden, Winterthur und Zürich, aber auch von Freiburg im Breisgau, das eine schöne Altstadt hat, aber auch ein „Autofrei wohnen“-Quartier. Zu begrüßen ist auch ein punktueller Beizug von internen und externen Fachleuten, aber auch von Behörden, Politikerinnen und Politikern aus Gemeinden mit vorbildhaften Stadtentwicklungsprojekten. Man muss nicht immer teuer externe Fachleute beiziehen. Wir empfehlen, dass sich die Kommission für Stadtentwicklung aus dem neuen Leitbild selber Aufgaben gibt und konkret Projekte voran-treibt. Die Kommission soll sich am Anfang ihrer vierjährigen Legislatur entsprechende Ziele selber setzen. Nach zwei oder drei Jahren soll die Kommission eine Bilanz des Projektstandes ziehen. So hat sie nämlich genügend Zeit, um bis ans Ende der Legislatur die Projekte noch umzusetzen oder Korrekturen anzubringen. Auf das Ende der Legislatur soll sie dann berichten, wie weit sie gekommen ist. Wichtig ist, dass die Kommission nicht Papierberge produziert, sondern mutig Projekte umsetzt. Die Kommission soll auch nicht an der Zahl der Sitzungen, sondern an den konkreten Taten gemessen werden. Die Fraktion Grüne/Junge Alternative nimmt vom Vorgehen zur Stadtentwicklung Kenntnis. Die Stadtentwicklung hat die ersten Schritte unter die Füsse genommen, doch der Weg ist noch weit. Aus unserer Sicht ist die Motion von Markus Ammann und Marion Bachmann noch nicht umgesetzt. Wir möchten diese Motion deshalb auch noch nicht abschreiben.

**Rudolf Lutz:** Ich möchte versuchen, mich ganz kurz zu fassen. Ich glaube, es ist soviel gesagt worden, dass ich es nicht wiederholen möchte. Wir wissen, dass die heutige Zeit Veränderungen braucht. Das heisst, auch in dieser Kommission wird es Veränderungen brauchen. Ich möchte einfach einmal sagen, was diese Kommission für uns oder vor allem für mich als Mitglied ist. Für mich ist es die Verbindungs- und Kommunikationsplattform zwischen den verschiedenen Gremien. Das heisst, wir erhalten Informationen, die wir sonst holen müssen. Das erscheint uns auch wichtig, und vor allem dürfen wir dort auch aktiv unsere Meinung dazu sagen. Wir möchten damit eigentlich auch vermeiden, dass immer alles ins Parlament muss und wir es hier noch einmal so breit treten müssen wie dieses Geschäft. Deshalb werden wir dem Beschlussesantrag zustimmen und das Geschäft abschreiben.

**Dr. Markus Ammann:** Ich gehöre wahrscheinlich zu denjenigen aus der Stadtentwicklungskommission, der quasi der härteste Kritiker der Stadtentwicklungskommission selber ist. Allerdings möchte ich schon auch davor warnen, überzogene Erwartungen an eine solche Milizkommission zu haben. Die Stadtentwicklungskommission kann nicht Stadtentwicklung machen. Das kann nicht die Aufgabe einer Stadtentwicklungskommission sein. Sie kann als Sparringpartner dienen und viele Aufgaben übernehmen. Aber Stadtentwicklung muss professionell gemacht werden.

**Mario Clematide:** Zuerst etwas zu meinem Vor-Vorredner. Ich weiss nicht, ob ich richtig gehört habe. Ruedi, hast Du gesagt: Die heutige Zeit braucht Veränderung? Dies aus dem Mund eines SVP-Mannes. Chapeau. Das zeigt auch, dass man hier lernbereit. Vielleicht zur Sache zwei Punkte: Bevor Markus Dietler sich im Rahmen seiner Weiterbildung mit der Stadtentwicklung befasst hat, sind für mich die beiden Begriffe Stadt Olten und Stadtentwicklung Widersprüche in sich gewesen. Das hat für mich nicht existiert. Seitdem er die Sache angegangen ist, kann man hier auch sagen: Chapeau. Zweiter Punkt: Dein Anliegen, Markus Ammann, ist in der Vergangenheit in diesem Rat jeweils von Deinem Fraktionskollegen Daniel Schneider vertreten worden. Vielleicht etwas weniger intellektuell, aber ich denke für die Allgemeinheit etwa gleich wirkungslos.

**Rolf Sommer:** Wenn ich das ganze vorliegende Dossier der Stadtentwicklung durchlese, fehlt mir hier eine Sache. Das ist bei mir bei einem Geschäft immer so. Wo sind die finanziellen Konsequenzen? Auf Seite 5 steht, dass die Leiterin Stadtkanzlei zur Stadtschreiber-Stellvertreterin befördert wird. Welche finanzielle Konsequenz hat dies? Ich bin natürlich erstaunt. Bis jetzt hat dies noch niemand irgendwie erwähnt. In den neuen Richtlinien Artikel 2 Punkt 3 erhält die Stadtentwicklung eine Kompetenz von Fr. 200'000.--. Da müsst Ihr wissen, wenn Ihr dies zur Kenntnis nehmt, heisst dies zwar, Ihr nehmt es zur Kenntnis, aber bei den Auswirkungen ist es nicht immer so harmlos, etwas zur Kenntnis zu nehmen. Das sind meine politischen Erfahrungen, die ich schon seit vielen Jahren habe. Kenntnisnahme heisst auch fast bewilligen. Das habe ich erlebt beim ganzen Theater, das wir mit der Sportstättenplanung gehabt haben. Ihr nehmt zur Kenntnis, dass Ihr hier jemanden befördert und man Kosten von Fr. 200'000.— hat.

## **Beschluss**

Mit 45 : 0 Stimmen bei 1 Enthaltung wird Eintreten beschlossen.

### Beschlussesantrag

**Parlamentspräsidentin Iris Schelbert:** Bei Ziffer 2 liegt von der SP der Antrag, die Motion nicht abzuschreiben.

## **Beschluss**

Mit 28 : 1 Stimme bei 15 Enthaltungen wird Ziffer 1 zugestimmt.

Mit 23 : 21 Stimmen bei 2 Enthaltungen wird dem Antrag auf Nichtabschreibung zugestimmt.

## **Gesamtbeschluss**

Mit 22 : 18 Stimmen bei 7 Enthaltungen fasst das Parlament folgenden Beschluss:

1. Vom geplanten weiteren Vorgehen betreffend Stadtentwicklung wird Kenntnis genommen.
2. Die Motion Markus Ammann/Marion Bachmann betreffend Erarbeitung von Grundlagen zur Stadtentwicklung wird nicht abgeschrieben.
3. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

Mitteilung an:  
Stadtschreiber  
Kanzleiakten

Verteilt am:

Die Parlamentspräsidentin:

Der Stadtschreiber:

Die Protokollführerin:

Protokollgenehmigung:

Einsprachen sind der Stadtkanzlei zuhanden der Parlamentspräsidentin innert 10 Tagen nach der Zustellung schriftlich einzureichen.